

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 1.30 Mark monatlich...

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Mittwoch, den 7. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Sozialdemokratie und bürgerliche Intelligenz.

In einer Wochenschrift begegneten wir dieser Tage einem erquickend offenen Geständnis über die Stellung, die der literarisch bagabondierende bürgerliche Deklassierte der Sozialdemokratie gegenüber einnimmt...

Der Verfasser feiert die Sozialdemokratie als die „Partei der Kultur“. Die Sozialdemokratie habe es verstanden, sich im heutigen Deutschland zur einzigen Partei der Kultur zu machen...

Wenn wir nach der möglichen Unabhängigkeit in jeglicher Hinsicht und einem ungehinderten Erzeugen und Genießen geistiger Güter streben, so ist die Existenz der Sozialdemokratie für uns eine Frage von höchster Bedeutung...

An einer anderen Stelle ist der Verfasser noch deutlicher. Er behauptet, daß, wenn einmal unter den Angehörigen der bürgerlichen Stände, die sozialistisch wählen, eine Enquete veranstaltet und aufrichtig beantwortet werden würde, 90 Proz. die Frage, was ihnen eigentlich am Wohl der arbeitenden Klassen liege, mit „gar nichts“ beantworten würden...

Das klingt beinahe jhmisch, ist aber im Grunde nur ehrlich. Und es ist für gedulte Sozialdemokraten auch zu allererst etwas Neues! Wir wissen längst, daß es mit den Sympathien der bürgerlichen Mitläufer für die eigentlichen proletarischen und sozialistischen Ziele der Partei sehr zweifelhaft aussteht...

Es gibt deshalb nichts Törichteres, als wenn Genossen aus bürgerlichen Kreisen, die selbst noch nicht allzu tief in die sozialistische Ideewelt eingedrungen sind, die Sozialdemokratie davor warnen zu müssen glauben, doch ja nicht die Mitläufer aus dem bürgerlichen Lager gering zu schätzen...

Solche Warnungen gehen von der ganz falschen Voraussetzung aus, als ob es sich bei dem ehrlichen und bewußten Uebertritt von der Bourgeoisie zum Proletariat — in normalen Zeiten wenigstens — jemals um mehr als eine Person handeln könnte...

Seinze-Männer gebrauchen zu können, hält sich die Sozialdemokratie mit Zug und Recht möglichst weit vom Leibel! Warum die Zahl der Sozialisten unter den bürgerlichen Gebildeten eine so überaus winzige ist, hat Kautsky in seiner Schrift „Das Erfurter Programm“ schon 1892 in vorzüglicher Weise dargelegt:

„In den höheren Schichten der Besitzenden ist mehr Bildung und ein weiterer Blick zu finden. Auch wirkt in manchen Gebildeten noch ein Rest des alten Idealismus nach aus der Zeit der revolutionären Kämpfe des aufstrebenden Bürgertums, der Zeit der Aufklärung...“

Von den besitzenden Klassen hat also die Sache des Sozialismus nicht viel zu erwarten. Einzelne ihrer Mitglieder können für den Sozialismus gewonnen werden, aber nur solche, die ihrem Bewußtsein nach zu der Klasse nicht mehr gehören...

Alle Gebildeten in Beamtenstellungen sind so von vornherein für den Sozialismus verloren. Aber auch in den „freien Berufen“, unter den Juristen, Medizinern usw., gibt es bitter wenige, die sich rückhaltlos zum Sozialismus bekennen. Der Idealismus ist eben nur bei wenigen so stark, um das Masseninteresse zu überwinden...

Es ist ja auch nur zu begreiflich, daß unsere Literaten sich nicht in den proletarischen Klassenkampf einzugliedern vermögen. Ihr Ideal ist physisches und geistiges Genießen, das der Gegenwartskampf des Proletariats nicht zu bieten vermag...

Aber selbst diejenigen, die nicht zu Renegaten werden, sondern auf dem verlorenen Posten ihres ethischen und ästhetischen Idealismus ausharren, beurteilen den politischen und sozialen Kampf nur zu gern durch die Brille ihrer künstlerischen Persönlichkeit, wodurch sie jeden Maßstab für die Bewertung der einzelnen Aktionen sowohl wie des gesamten Klassenkampfes verlieren...

Daß dieser mächtige und unerbittliche Klassenkampf das einzige Mittel ist, die Kulturziele des Sozialismus zu erreichen, das verstehen eben diese bürgerlichen Mitläufer nicht. Die Genossen aber, die sich nicht enthalten können, die entschiedene Klassenkampftaktik der Sozialdemokratie zu bekriteln, sollten sich erst einmal ein wenig in unser Parteiprogramm vertiefen, in dem es heißt:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein...“

Die Revolution in Rußland.

Mekelei in einem Nigaer Vereinshause.

Niga, 6. Februar. Unbeschreibliche Szenen spielten sich gestern abend in einem leitischen Vereinshause ab. Die Mitglieder des Vereins hielten eine Versammlung ab, als das Haus plötzlich von Militär umzingelt wurde...

Selbstanklagen der Regierung.

Petersburg, 6. Februar. Die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ ist ermächtigt, eine Vätermedung, nach welcher der frühere Generalgouverneur von Moskau, Durnowo, im Reichsrat erklärt haben soll, die Schuld an dem Moskauer Aufstande treffe die Zentralregierung...

Petersburg, 6. Februar. 48 Druckereien, die gestern von der Polizei geschlossen worden sind, sind heute wieder geöffnet worden. Der Minister des Innern Durnowo ersuchte eine bei ihm erschienene Abordnung der Druckereibesitzer, ihren Verfassungen anzuempfehlen, daß sie keine beleidigenden Karikaturen hochstehender Personen drucken möchten...

Zur Herstellung der „Ruhe“ in den Ostseeprovinzen.

Man schreibt uns aus Riga: In allen Flecken der Ostseeprovinzen herrscht jetzt eine Militär nicht zum Beschreiben, es gibt kein Gericht, die Soldaten schießen ganz gewöhnlich einen jeden nieder, der ihnen nur verdächtig erscheint. Eine ganze Menge von Grewen und Kindern sind schon von ihrer Hand gefallen...

Die Bekämpfung der Freiheitsbewegung kostet die russische Regierung täglich 100 000 Rubel, also das Land bezahlt der Regierung eine sehr hübsche Kontribution für das Vergnügen, ohne Gericht niedergebroschen zu werden...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Februar.

Vor leeren Bänken!

Die schwache Besetzung des Hauses bereitete heute die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über den Schachtbrand auf der Zeche „Vorussia“ bei Dortmund, wo 39 Arbeiter getötet wurden...

Dann wurde die Beratung über den Etat des Reichsamtes des Innern fortgesetzt. Den Reigen der Reden eröffnete heute Graf Kanitz, der die Arbeiterversicherungsbeiträge als eine drückende Last für die Junker bezeichnete. Zwar ist es dem edlen Grafen Bewußtseinspflicht, den Armen zu helfen, aber das hindert ihn nicht, in Punkt Sozialpolitik der Regierung zuzurufen: Stopp! Sein Wunsch nach Vereinheitlichung der ganzen Arbeiterversicherung entspringt natürlich auch nur der Drüdebergerei vor den Kosten...

Demokratie und verriet damit die innersten Regungen eines
Lidgewordenen Spießers, dem die Regierung als feige
Memme gegenüber der Sozialdemokratie erscheint, und der
sich selbst für den „starken Mann“ im ärztlichen Sinne
hält. Die Sozialdemokraten wurden durch seine Wildheit er-
heitert.

Graf Kosadowsky hielt darauf seine zweite große
Rede, die freilich seiner ersten ziemlich Eintrag tat; denn er
verrannte sich heute in Zukunftsstaatsfragen, die bekanntlich
den Fragern keine staatsmännischen Erfolge einzubringen
plügen. Besser schmitt unter Genosse Sue ab, der unter
der Aufmerksamkeit des schwach besetzten Hauses erschütternde
Wörter des Födes der Arbeiter in Hütten und Bergwerken
aufstufte. Ist dem Grafen Kosak die offizielle Sozialpolitik
schon zu überschwänglich in ihrer Fürsorge für die Arbeiter,
so zeigte sich in diesen Schilderungen Sues, wie unendlich
viel noch zu tun ist, um nur den elementarsten Schutz gegen die
brutale Ausbeutung der Arbeiter, speziell der Arbeiterinnen,
zu schaffen. Es schien, als ob Graf Kosadowsky selbst sich
ergriffen fühlte von den aus eigener Erfahrung fließenden
Schilderungen proletarischen Elends; aber Kosak schwelgt zu
sehr in dem Gedanken von der „mustergültigen deutschen
Arbeiterschutzesgesetzgebung“.

Morgen: Schwerinstag, auf dessen Tagesordnung nur
der Wahlrechtsantrag unserer Fraktion steht, da das Zentrum
seinen Toleranzantrag höchst merkwürdigerweise „einstweilen
zurückgezogen“ hat. Dieses „Aufgehoben“ scheint aber
eine Art „Aufgehoben“ zu bedeuten!

Der Etat des Ministeriums des Innern im Abgeordnetenhaus.

Bereits zu Beginn der Dienstagssitzung wurde dem Minister
sein Gehalt bewilligt. In der vorausgegangenen General-
debatte brach noch der Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) eine
Lanze für das allgemeine gleiche direkte und geheime
Landtagswahlrecht, die Mehrheit jedoch machte den
ihr unangenehmen Erörterungen über die Wahlrechtsfrage
durch einen Schlußantrag ein Ende. Es ist bezeichnend, daß
während der ganzen Etatsdebatte das Zentrum sich über seine
Stellung zum Wahlrecht nicht geäußert hat! —

In rascher Reihenfolge bewilligte das Haus sodann eine
Reihe von Kapiteln des Etats. Von Bedeutung ist die Er-
klärung, die der Minister von Bethmann-Hollweg im
Laufe der Diskussion über seine Stellung zum Aus-
scheiden von Städten aus den Kreisen abgab. Bekanntlich haben die Städte, sobald ihre Einwohner-
zahl 25 000 beträgt, das Recht, aus den Kreisen aus-
zuscheiden. Die Regierung fürchtet nun, daß die großen
Landgemeinden um Berlin, sobald sie Städte geworden sind,
von diesem Rechte Gebrauch machen. Dadurch würden die
Kreise natürlich schwer geschädigt, sie würden ihre beste
Steuerkraft verlieren, und aus diesem Grunde nimmt die
Regierung gegenüber Anträgen von Landgemeinden auf
Stadtverding eine sehr vorsichtige Haltung ein; sie erkennt
aber an, daß es so wie bisher nicht weiter geht. Zu einem
bestimmten Beschluß ist sie bislang noch nicht gekommen.

Allgemeines Interesse erweckte ferner eine Prosti-
tutionsdebatte, die der freisinnige Abg. Rönneberg
anschnitt. Mit Recht wandte sich der Redner gegen die un-
würdige Behandlung der Frauen und gegen die Polizei-
verordnungen, die oft zu Mißgriffen führen. Auch darin
gehen wir ihm recht, daß eine vernünftige Wohnungs-
gesetzgebung manches Mädchen vor dem Herabsinken zur
Prostituierten bewahren könnte. Aber damit allein ist es
nicht getan. Will man der Prostitution wirksam zu Leibe
gehen, dann muß man ihre Ursachen aus der Welt schaffen.
Innerhalb der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung
wird der Kampf gegen die Prostitution niemals ersprieß-
liche Resultate zeitigen; denn die Ursachen dieses Übels liegen
in unseren wirtschaftlichen Einrichtungen, die es zulassen,
daß Tausende und Abertausende von Frauen zu Löhnen
arbeiten müssen, die sie geradezu zwingen, sich zu prostituieren,
wenn anders sie nicht den Hungertod vorziehen. Wir haben
genow nichts dagegen einzuwenden, wenn der Minister im
Bereim mit Sachverständigen die Prostitutionsfrage ernstlich
erwägen will, wir sind aber überzeugt, daß dabei nicht
viel herauskommen wird.

Am Mittwoch wird die Etatsberatung fortgesetzt. —

Ein Unerfahrener.

Dem preussischen Staat, speziell seiner Landwirtschaft, droht ein
schwerer Verlust. Seine hervorragende Kapazität: Exzellenz
v. Pöbdielski, königlich preussischer Staatsminister und Minister für
Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Wirklicher Geheimrat, Rat,
Generallieutenant z. D. à la suite des Husarenregiments v. Zieten usw.,
muß gehen. Schon vor einiger Zeit wählten verschiedene Blätter,
darunter auch die „Deutsche Tageszeitung“, zu melden, daß Pöbdielski
in seiner Stellung wackele; aber in Anbetracht der allerhöchsten Gunst,
der sich noch kurz vor jener Meldung der Landwirtschaftsminister
rühmen durfte, erschien das Gerücht wenig glaubwürdig. In ihrer
Wochenübersicht nimmt jedoch jetzt die „Kreuzzeitung“ mit
solchem elegischen Ton von dem „halb bevorstehenden Rück-
tritt des Landwirtschaftsministers“ Notiz, und die „Deutsche Tages-
zeitung“ stimmt so schmerzlich bewegt in diese Totenklage ein, daß
an der Richtigkeit der Meldung kaum noch zu zweifeln ist. Das
Münderblatt weiß sogar bereits den Nachfolger Pöbdielskis auf dem
Ministerposten zu nennen: es ist der Oberpräsident Dr. Wenzel in
Hannover, den das Blatt in seiner Verwirrung über den Sturz
seines Gönners als „Oberpräsident des Innern“ bezeichnet. Es
schreibt:

„Sollte übrigens, was wir immer noch bezweifeln, der Rück-
tritt erfolgen, so würde er mit der Politik, insbesondere mit der
Stellung der Regierung zur Frage der sogenannten Fleischnot
nicht das geringste zu tun haben, sondern auf andere, außerhalb
der eigentlichen agrarpolitischen Sphäre liegende Gründe zurück-
zuführen sein. — Als sorgfältige Chronisten können wir nicht an
einem Gerüchte vorübergehen, das heute in parlamentarischen
Kreisen aufsteht und vielfach erörtert wurde. Danach soll der
zeitige Oberpräsident des Innern Dr. Wenzel über kurz oder
lang als Nachfolger des Landwirtschaftsministers Herrn v. Pöbdielski
in Aussicht genommen sein. Man erinnert sich, daß Herr
Dr. Wenzel Kandidatur schon nach dem Hinsehen des
Freiherrn v. Hammerstein für den Posten des Ministers des
Innern bekanntermaßen ernsthaft in Frage kam. Wenn auch viel-
leicht anzunehmen sein dürfte, daß der Oberpräsident von Han-
nover nicht abgeneigt sein würde, ein etwa freierwerdendes Mini-
sterium zu übernehmen, so können wir doch kaum glauben, daß er
den Anforderungen eines so schwierigen Ministeriums wie des-
jenigen für Landwirtschaft gewachsen sein dürfte. Die Fähigkeiten
des genannten Herrn liegen jedenfalls auf anderen Gebieten.“

Das Deutsche Blatt hofft mit der „Kreuzzeitung“, daß Herr
v. Pöbdielski „wertvolle Dienste seinem Könige und dem Staate
noch recht lange erhalten bleiben“. Wir verstehen diesen Wunsch
und stimmen ihm bei — wenn auch aus anderen Gründen. Ob
Pöbdielski oder Wenzel als Landwirtschaftsminister fungiert, ist für die
Stellungnahme der Regierung zu den agrarischen Fragen einerlei.

Die Landwirtschaft ist heute Trümmer, und unter den bestehenden
Verhältnissen vermag auch Herr Wenzel nichts anderes zu leisten,
als den alten Faden weiterzuspinnen. Dafür scheidet aber mit Pöbdielski
eine Persönlichkeit aus dem Dienste, deren hochtönende Originalität
die Eigenart preussischer Regierungskunst bisher prächtig charak-
terisierte und die Mäßigkeit des bekannten Orensiernischen Aus-
spruchs auch dem Blödesten ad oculos demonstrierte. Unter allen
seinen Kollegen ist Herr v. Pöbdielski der feinste Typus seiner
Klasse. Er verkörpert in seiner mehr durch Voluminösität als durch
Geistesfülle ausgezeichneten Person nicht nur die tiefe klassische
Bildung des östpreussischen Junkertums, sondern auch ihre ideale
Gemütsrichtung und ihren feinen Epirit, wie verschiedene seiner
wichtigen Ansprüche beweisen. Und gleich Hervorragendes leistet er
auf dem Gebiete agrarischer Sachverständigkeit, namentlich in der
Schweinezucht und der Milchvermehrungswirtschaft. Es wäre wirklich
schade, wenn diese Kapazität, die unserer ganzen heutigen Regierung erst
nach außen das nötige Relief gibt, aus seinem Ministerium
schwinden sollte. Wir hoffen deshalb mit der „Kreuzzeitung“ und der
„D. Tagesztg.“, daß es gelingt, diesen Repräsentanten adeliger
Gemüts- und Geistesbildung dem Staate zu erhalten, zumal Herr
v. Pöbdielski seine vielseitige Verwendbarkeit bereits glänzend be-
wiesen hat als Generalfeldoffizier, Leiter von Husarenregimentern
und Kavalleriebrigaden, Staatssekretär des Reichspostamts, Land-
wirtschaftsminister usw. Vielleicht würde er sich auch zur Sanierung
der Reichsfinanzen qualifizieren. Seine Sachverständigkeit auf
diesem Gebiete dürfte fast ebenso bedeutend sein, als auf dem Ge-
biete der höheren Schweinezucht — und schließlich ist ein preussischer
Kavalleriegeneral zu allem zu gebrauchen. —

Die Wahlbewegung im Chemnitzer Reichstagswahlkreis.

Die Wahlagitator in 16. sächsischen Wahlkreise ist jetzt flott in
Gang gekommen. Unsere Parteigenossen waren natürlich schon
frühzeitig zu einer Zeit bei der Agitation, als sich im gemäßigten
Lager noch nichts rührte. Das lebhafteste Interesse der Arbeiterschaft
an der Wahl trat schon bei der Nachprüfung der Wählerlisten in
die Erscheinung. Koch bei seiner Wahl im Kreise sind die Wähler-
listen von so vielen Leuten eingesehen worden wie diesmal.

So wie den Kartellparteien ist es auch den Freisinnigen recht
fauer geworden, bis sie einen Durchfallskandidaten aufstellen konnten.
Sie nehmen an, daß in den Reihen der nationalliberalen Partei
starke Abneigung gegen die Kartellkandidatur Hermsdorf besteht und
hoffen deshalb auf eine nicht unbedeutende Vermehrung ihrer
Stimmen. Zu dem Zweck glaubten sie auch einen außergewöhn-
lichen Kandidaten aufstücken zu müssen: der Landtagsabgeordnete
Günther hat sich schließlich bereitwillig gelassen. Nun wird er
mit jahrmakelmäßigem Takt den Wählern angepriesen als ein
Mann, der für sich allein ein Programm bedeute. Der Freisinn
dankt als Partei vollkommen ab. Er beruft sich nicht mehr auf
Grundsätze, lehrt nicht mehr sein Programm hervor, sondern setzt
seine ganze Hoffnung auf einen Mann, den einzigen Mann in
Sachsen, den Dölar Günther. Das Gefühl dafür, wie traurig das
ist, haben die Freisinnigen offenbar ganz verloren.

Zur Eröffnung des Wahlkampfes hatten sich die bürgerlichen
Parteien den Sonntag ausgesucht, an dem in Sachsen und Preußen
die Arbeiterschaft für ihre Wahlrechtsforderungen demonstrierte. Wie
auf Verabredung veröffentlichten die Kartellparteien und die Frei-
sinnigen Wahlaufreife. Sie stellten das Bedürfnis, ein Gegenstück
zu den machtvollen sozialdemokratischen Versammlungen zu liefern,
die an diesem Tage auch im Chemnitzer Wahlkreise stattfanden. Auf
der vollen Höhe der Erbärmlichkeit zeigte sich der Freisinn. Während
die Kartellmänner sich in der Hauptsache darauf beschränkten, die
angehenden Vorzüge ihres Kandidaten gegenüber unserem Genossen
Koske, der ihnen zu „jugendlich“ und als „Schwärmer“ und
„Theoretiker“ erscheint, feilen die Freisinnigen schmähen, hegden
und denunzierend über die Sozialdemokratie her und zwar haupt-
sächlich wegen des Vorgehens unserer Partei in der Wahlrechtsfrage.
Nicht in der Belämpfung der Reaktion erblickte der Chemnitzer Frei-
sinn seine Aufgabe in dem Augenblick, wo die gesamte reaktionäre
Sippchaft in Sachsen und im Reich sich wie besessen gebärdete,
sondern er erklärte an der Spitze seines Aufrufs:

Dringender als je ist es heute erforderlich, mit allen
Kräften den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzu-
nehmen, deren wesentlichste Aufgabe darin besteht, die heutige
Staats- und Gesellschaftsordnung bis aufs Messer zu bekämpfen.
Die Gewinnung der Staatsgewalt durch das Proletariat schwebt dieser
Partei als Ideal vor, ein Ziel, welches, wenn überhaupt, nur
auf dem Wege der offen verheerlichten und an-
empfohlenen gewalttätigen Revolution erreicht
werden könnte. . . Gegen diese staats- und kulturfeindlichen Pläne
anzukämpfen muß die erste Pflicht eines jeden sein, der es
gut meint mit der Wohlfahrt des Vaterlandes und mit seiner frei-
heitlichen Entwicklung.“

Gründlichere Dienste als „Schleppenträger der Reaktion“ ver-
mag der Freisinn kaum noch zu leisten. In ihrem ersten Flugblatt
spinnen die Freisinnigen denselben Faden weiter. Als erste Empfeh-
lung für ihren Kandidaten führen sie an, daß er seit Jahren un-
ermüdet gegen die Sozialdemokratie kämpft!

Die Kartellparteien haben bisher noch gar keine Versammlung
abgehalten. Dafür beginnen sie jetzt den Kreis mit den bekannten
Schmähschriften des famosen Vereins zur Bekämpfung der Sozial-
demokratie zu überschütten. Das kostet sie gar keine geistige An-
strengung; die Geldlosen kann ihr Durchfallskandidat leicht tragen,
denn er hat aus den Knochen der Arbeiter seiner Riefenbetriebe
Millionen herausgeschlagen. Darüber sind sich die Kartellparteien
klar, daß sie in diesem Kampfe nur Stimmen zu verlieren haben.

Zahlreiche sozialdemokratische Versammlungen haben schon statt-
gefunden. In dieser Woche sprechen außer dem Kandidaten noch
die Genossen Vebel, Geyer, Singer, Ad. Hoffmann, Schre, Rauens-
brecher. Daß der 18. Februar ein neuer Ehrentag für unsere Partei
sein wird, darf schon jetzt als sicher gelten. —

Deutsches Reich.

Abnahme des Fleischverbrauchs.

Die agrarische Presse leistet sich noch immer das Vergnügen, auf
die Klagen über die Fleischnot damit zu antworten, daß sie Auszüge
aus Marktberichten abdruckt, in denen erwähnt wird, auf diesem oder
jenem Schlachtviehmarkt wäre nicht der ganze Auftrieb geräumt
worden: eine Beweisführung, die nichts anderes beweist als die
Einfältigkeit jener Blätter; denn es ist ganz selbstverständlich, daß
bei der Planlosigkeit unseres heutigen Wirtschaftssystems, dessen
Markthverhältnisse durch Angebot und Nachfrage geregelt werden, sich
neben den vielen Markorten mit einem Unterangebot von Schlacht-
vieh auch zeitweilig einige Markorte mit einem Ueberangebot be-
finden. Außerdem aber hat die Nachprüfung derartiger Marktberichte
gezeigt, daß der „Ueberstand“, d. h. das nicht verkaufte Vieh, durch-
weg von einer Beschaffenheit war, die es den Schlächtern geradezu
verbot, die geforderten hohen Preise zu zahlen, wenn sie nicht mit
Verlust arbeiten wollten.

Was das ganze Geschwätz jener Presse wert ist, zeigt auf das
deutlichste die soeben von der „Statist. Korrespondenz“ veröffentlichte
monatliche Zusammenstellung der Ergebnisse der Schlachtvieh- und

Fleischbeschau für das vierte Vierteljahr 1905. Nach diesem Bericht
find im dritten Vierteljahr des vorigen Jahres 265 747 Schweine,
d. h. ungefähr 13 Proz. und im vierten Vierteljahr 325 758
Stück oder 20 Proz. weniger geschlachtet worden, als
in den entsprechenden beiden Quartalen des Jahres 1904.
Im zweiten Halbjahr 1905 betrug demnach der Rinder-
verbrauch rund 790 000 Stück, und doch nimmt in
jedem Jahr die preussische Bevölkerung ungefähr 400 000 Köpfe zu;
sie war also im letzten Jahr um diese Kopfzahl größer als im Jahre
1904. Dafür hat allerdings die Zahl der Rindviehschlachtungen im
vierten Quartal nur 27 338 Stück und der Schafschlachtungen um
13 671 Stück zugenommen; aber diese Zunahme vermag die Ab-
nahme der Schweineschlachtungen nicht entfernt auszugleichen, da
auch die Zahl der geschlachteten Käiber um 68 630 Stück niedriger
gewesen ist als im vierten Vierteljahr 1904.

Troydem behaupten die Herren Agrarier: Fleischnot ist in
Deutschland nicht vorhanden — selbstverständlich nicht für den, der
ohne Bedenken die höchsten Preise zahlen kann. —

Zentrums-Rückzug.

Nachdem das Zentrum mit seinem Toleranzantrag paradiert
und seinen Anhängern gegenüber sich aufs neue als unentwegler
Vertreter der katholischen Kircheninteressen borgezeigt hat, hält es
jetzt für angebracht, einen Rückzug anzutreten und die Parade auf
eine bessere Gelegenheit zu verschieben. In einer am Montag ab-
gehaltenen Fraktionsung beschloß, wie eine Parlamentskorrespondenz
berichtet, das Zentrum, den Toleranzantrag fallen zu lassen und
dafür die Resolution Stöcker zuzustimmen, welche die Forderung
stellt, daß die in einzelnen Bundesstaaten noch bestehenden Be-
schränkungen der Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung
zu Religionsgemeinschaften und der gemeinsamen Religionsübung
baldigst im Wege der Landesgesetzgebung beseitigt werden. Die
Resolution soll in der Mittwochssitzung des Reichstages zur Ab-
stimmung gelangen.

Daß die große Aktion in dieser Weise verlaufen werde, war
voranzusehen, und das Zentrum hat am allerwenigsten auf einen
anderen Erfolg gerechnet. Sein Zweck war von vornherein nur,
seiner Gefolgschaft ein Paradestück vorzuführen. —

Aufhebung der Bergfreiheit in Württemberg. Wie auf so vielen
anderen Gebieten schreiten auch in bezug auf die Vergesetzgebung
die süddeutschen Staaten dem preussischen Staat voran. Die
württembergische Regierung hat den Ständen eine Novelle zum Vergesetz
vorgelegt, welche die seit 1874 bestehende Bergfreiheit aufhebt
und das Schürfen nach Salz und Solquellen ausschließlich dem
Staate vorbehält. —

Ein Rotzfärel.

Königsberg, 4. Februar.

Dieser Tage erhielt der Parteisekretär für Ostpreußen von einem
durchaus königstreuen Landarbeiter aus Puhlanen bei Neu-
Argentinien (Kreis Tilsit) folgenden Brief:

„Ich bin gezwungen, mich an die Sozialisten zu wenden und
Ihnen mein schweres Leid zu klagen. Ich war am 15. Januar
d. J. 50 Jahre alt. Habe neun Kinder in der Ehe gehabt. Die
ältesten fünf habe ich bis zur Einsegnung zu Hause gehabt, jetzt
sind sie in der Fremde. Die vier schulpflichtigen Kinder
habe ich noch zu Hause und ernähre sie, wie ich die anderen
ernährt habe. Ich werde auch ferner meine Pflicht tun, so lange
ich lebe. Kein Mensch kann hier sagen, daß ich arbeitslos bin.“

Nun aber, da ich 50 Jahre alt bin und noch 4 Kinder habe,
will keiner an mir eine Wohnung vermieten. Denn die
Ortschulzen von Puhlanen sowie vom Nachbar-
dorf Argentinien gehen zu den Vermietern und
sagen, sie möchten mich nicht reinnehmen; denn
ich könnte ein Ortsarmer werden. Es wird so weit
kommen, daß ich auf das Dorf-Privatland rausgesetzt werde und
dann zuhause muß, wie meine Frau und 4 Kinder leiden, bis sie
zu Tode erstarrt sind. Selbstmord kann ich doch nicht begehen,
um der Plage ein Ende zu machen.

Ich bitte Sie sehr, doch zu sorgen, daß wenn die Abgeordneten
in Berlin zusammen kommen, möchten sie beschließen, daß das
arme Volk, dem die Ortschulzen die Wohnungen verweigern, vom
Militär erschossen wird, aber gleich mit der jungen Familie zu-
sammen, damit es sich nicht vermehren kann. Ich bin bereit,
nicht nur feindlichen, sondern auch deutschen Augen und Sa-
jonetten gegenüber zu stehen. Ich bitte mir mitzutellen, wie ich
es bis dahin machen soll.“

Hochachtungsvoll A. J. . . .

Dieser Rotzfärel beweist die Dringlichkeit der Reform des Ver-
gesetzes über den Unterfügungswohnsitz! —

Die Hamburger Wahlrechtsdemonstration vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht VI in Hamburg spielte sich am Montag
ein eigenartiger Vorgang ab, bei dem die staatsanwaltschaftliche
Logik etwas zu kurz kam. Als Angeklagter erschien der Einberufer
der Protestversammlung in Hamburg-Eimsbüttel, Genosse Bremer,
angeklagt der Uebertretung des § 3 des hamburgischen Vereins-
gesetzes und § 58 der Strafgesetzbuchordnung. Nach der ersten Ver-
stimmung wird mit Geldstrafe bis 150 M. bestraft, wer ohne polizei-
liche Erlaubnis Versammlungen unter freiem Himmel veranstaltet,
und nach § 58 der Strafgesetzbuchordnung kann auf Geldstrafe bis zu
60 M. erkannt werden, wer ohne Genehmigung Anlauf gibt zu
Menschenansammlungen auf den Straßen. J. hat nun in der
Versammlung vom 17. Januar aufgefordert, nicht nach dem Rath-
hause zu ziehen, und als aus der Mitte der Versammlung der
Auf ertante: „Wir gehen doch!“ und den Worten die Tat folgte,
so hat, nach der Logik der Staatsanwaltschaft, der Angeklagte sich
strafbar gemacht, weil die Versammlung ihn dahin verstanden
hätten, doch vor das Rathaus zu ziehen. Also in der Aufforderung,
etwas zu unterlassen, wird eine indirekte Aufforderung zur
Uebertretung der betr. Bestimmungen erblickt. Wie die beiden
überwachenden Polizeibeamten befanden, hat J. der Ver-
sammlungsleiter vor, am Schluß gesagt: „Ich fordere Sie auf,
nicht vor das Rathaus zu ziehen, unterlassen Sie das“,
maßdem er vorher erklärt habe, es wäre ganz schön, wenn einmal
die Herren Volkstreiter sich von der Stärke der Protestbewegung
gegen den Wahlrechtsraub überzeugen würden. Die Beamten er-
klärten, sie hätten nicht den Eindruck gemommen, daß der An-
geklagte begreift habe, die Versammelten nach dem Rathaus zu
dirigieren. Sie hätten mehr auf den Wortlaut als auf den Sinn
der Rede geachtet. Zurufe aus der Mitte: „Wir gehen doch!“ seien
erfolgt.

Troydem beantragte der Amtsanwalt, Assessor Dr. Lübes, die
Verstrafung des Angeklagten wegen Uebertretung der Strafgesetzbuch-
ordnung — Höchststrafmaß —, dagegen läßt er die Anklage wegen
Uebertretung des Vereinsgesetzes fallen. Der Ankläger bemerkte,
er wolle die Politik beseitigen lassen, meinte aber in denselben
Kreuzzuge, die Sozialdemokratie dürfe man nicht nach ihren
Worten, sondern nach ihrem Wesen beurteilen. „Ich will es nicht gesagt
haben, aber tun Sie es ruhig,“ das sei ungefähr der Gedanken-
gang des Angeklagten gewesen. Für die Exzesse machte er die
Versammlungen nicht verantwortlich.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. F. R. F. H. e. m., ironisierte
das Versprechen des Amtsanwalts, nicht politisch werden zu wollen,
und führte unter Hinweis auf die Befundungen der Polizei-
beamten aus, daß die Anklage in jeder Richtung unhaltbar sei. Es
gab doch viele Leute mit formaler Bildung, die ihre Gedanken
nicht in Worte zu kleiden verstanden, wovon man sich in Ver-
sammlungen überzeugen könne. Hier handle es sich um einen
Mann aus dem Volke, der in der Erregung über die geplante
Wahlrechtsüberschreitung sich vielleicht ungeschickt ausgedrückt,
aber

Aber, wie von den Beamten bekundet, genau das Gegenteil von dem, was die Staatsanwaltschaft herausgefunden. Es geht doch nicht an, die Worte einfach umzudeuten. Der Angeklagte habe sich weder in subjektiver noch objektiver Hinsicht straffällig gemacht.

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung des Angeklagten, weil Zweifel an seiner Schuld vorlägen, und nach der Befragung der Polizeibeamten lägen solche vor.

Landrat und Vereinsgesetz.

In Springe, Provinz Hannover, residiert als Nachfolger des im Duell erschossenen Landrats v. Vennigsen der Landrat v. Laer, ein eifriger Sozialistenbekämpfer. Dieser Herr scheint über das Vereinsgesetz und seine Pflichten als Hüter des Gesetzes seine eigenen Ansichten zu haben, wie folgender Vorkfall beweist. Der Konsumverein von Springe meldete am Donnerstag dem Landrat auf Grund des Vereinsgesetzes, daß am Sonntag, den 4. Februar, im Pottischen Saale ein Lichtbildervortrag stattfinden werde, und hat um die Anmeldebefreiung. Am Freitag morgen erhielt der Einberufer vom Gastwirt Pott einen eingehenden Brief, in dem dieser mitteilte, daß er seine Zusage, für diesen Vortrag den Saal zu überlassen, zurückziehe. Und am Freitag nachmittag kam folgendes landräuliche Schreiben an:

Springe, den 2. Februar 1906.

Die für das Vorführen von Lichtbildern und zu einem Vortrage über die Konsumgenossenschaftsbewegung für den 4. d. M. erteilte Erlaubnis kann nicht erteilt werden, da Ihnen nach mir gewordener Mitteilung der Saal des Herrn Pott für den Tag nicht zur Verfügung steht.

Herrn Wilhelm Steingraube
in Springe.

Merkwürdig ist an dem Schreiben zunächst, daß der Landrat von Erlaubnis redet! Er war um eine Erlaubnis gar nicht gefragt und hatte im übrigen auch gar nichts zu erlauben. Seine Pflicht war, sofort eine Bescheinigung zu erteilen, daß die Versammlung angemeldet ist, und um weiteres hatte er sich gar nicht zu kümmern. Aber wenn sich der Landrat schließlich in einem Irrtum über die gesetzliche Verpflichtung bei Anmeldung einer Versammlung befand, so mußte er sich doch selbst sagen, daß der Grund, den er für das Versagen der Erlaubnis anführt, gesetzlich niemals zu rechtfertigen sein kann. Hier ist ein Irrtum auf alle Fälle ausgeschlossen. Die Genossen in Springe vermuten nun, daß der Landrat selbst auf irgend eine Weise auf den Wirt eingewirkt habe, und schließen dies aus der chronologischen Aufeinanderfolge der Ereignisse. Der Vortrag hat übrigens doch stattgefunden, wenn auch in einem anderen Lokale.

Weitere Kameruner Skandale.

Die „Frankf. Bg.“ erhebt neue Anklagen gegen die Kameruner Kolonialverwaltung. Viel Erregung sei in Kamerun darüber entstanden, daß zwei eingeborene Mädchen, die schon mit eingeborenen Männern verlobt gewesen seien und für die bereits die Hälfte des landesüblichen Preises bezahlt war, von hohen Beamten den Eltern „abgekauft“ worden seien!

Ein anderer Fall, der ebenfalls viel Erbitterung hervorgerufen habe, habe in dem folgenden bestanden. Zwei Vertreter großer Handelsfirmen in Kamerun hätten am hellen Tage die Frau eines — mit Namen genannten — Häuptlings überfallen und mit Gewalt unzüchtig berührt. Erst hinzueilende Eingeborene hätten die Frau befreien können. Die schamlos beleidigte Frau habe bei dem kaiserlichen Bezirksamtmann Regierungsrat v. Brauchitsch Anzeige erstattet. Sie erhielt darauf einfach vom Bezirksamtmann Brauchitsch die Mitteilung, die beiden Handelsvertreter würden bestraft werden. Es ist aber nichts von einer Bestrafung bekannt geworden. Man weiß nur, daß die beiden Herren mit dem Bezirksamtmann zusammen ein paar Tage später ein gemächliches Beisammensein hatten.

Feiner wird demselben Bezirksamtman vorgetworfen, daß er durch solche Mitteilungen Veranlassung gegeben habe, daß gegen den in Hamburg weilenden Sohn des King Kwa eine Anklage wegen versuchten Schwindels erhoben worden sei, in Folge deren dieser Sohn King Kwa drei Monate lang unschuldig in Untersuchungshaft habe zubringen müssen!

Endlich soll der genannte Bezirksamtman bei der Abwicklung eines Geschäfts mit King Kwa unkorrekt verfahren sein und sich unstatthafte Uebergreife haben zuschulden kommen lassen.

Bann endlich wird sich der Reichstag dazu aufraffen, die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung all dieser ungeheuerlichen Skandale zu fordern?

Neue Ansichten für Südwestafrika.

Wenn Oberst Deimling vor einigen Wochen im Reichstage die baldige Beendigung des Hottentottenfeldzuges ankündigen zu können glaubte, so versichert die neueste Denkschrift über den südwestafrikanischen Feldzug gerade das Gegenteil! Heißt es doch in der Denkschrift:

... Im äußersten Süden steht Morenga noch mit einem Anfang von mindestens 400 gut bewaffneten Leuten in ungeborener Kraft in der Gegend von Hartbeestmond. Das dort am 24. Oktober gelieferte Gefecht hat ihm keinerlei Abbruch getan. Im Gegenteil ist seine Unternehmungslust eher gewachsen, was er durch mehrfache Uebergänge und Beutezüge, besonders an der Gattensstraße Namandriest—Wambad, noch in den letzten Tagen zur Genüge bewiesen hat. Unzufriedene Elemente von Diesseits und jenseits der Grenze haben sich ihm angeschlossen und seine Streikraft erhöht. Landeskundig, bedürfnislos, und unabhängig von rückwärtigen Verbindungen, weiß er sich immer wieder Munition und Proviant zu verschaffen. Morenga ist als ein beachtenswerter Gegner einzuschätzen. Seine Niederwerfung wird aller Wahrscheinlichkeit nach längere Zeit in Anspruch nehmen.

Unsere gegen Morenga setzenden Truppen sind für ihren Rucksack zurzeit allein auf Linderichsdacht angewiesen, denn die Landeppenstraße Windhof—Keevanshoop—Wambad erreicht die Länge von 830 Kilometer (Erdlinien—Wagdeburg). Rindapest und Mlabrand aber haben den Betrieb mit den landesüblichen Dampfsperren stark eingeschränkt, und wenn auch die Sperre kürzlich aufgehoben ist, so ist doch zu bedenken, daß ein großer Teil des Viehs der Suche wegen getötet worden ist. Radbüchsig wird der Betrieb mit Maultieren aufrecht erhalten und jetzt sollen Dromedare für den Rucksack eingestellt werden. Mit dem Wiedereintritt der Seuchen ist ständig zu rechnen. Tatsächlich lebt die Mehrzahl unserer Truppen fast ausschließlich von der Zufuhr aus der Kapkolonie und ist abhängig von dem Entgegenkommen der dortigen Behörden. Ein Wandel zum Besseren wird zwar eintreten, sobald die Bahn Luderichsbuch—Kubub in Betrieb sein wird. Aber ihre baldige Fortführung bis Keesmanshoop ist für die Beendigung des Aufstandes ein unbedingt Erfordernis. Nur dann kann man die Truppe unabhängiger von der Zufuhr und damit beweglicher machen. Dann erst wird sie in der Lage sein, das zu erreichen, was sie in entbehrungsreichen Streiz- und Quersügen bisher erstrebt hat, die bleibende Niederwerfung des Gegners.

Rätselhaft ist bei alledem, warum man immer neue Truppen nach Südwestafrika schickt. 15.000 Mann sollten doch wirklich 400 Hottentotten, wenn auch nicht unschädlich machen, so doch einigermaßen in Schach halten können! —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsbewegung in Galizien.

Wohl noch nie dürfte Galizien eine so hochgehende politische Bewegung gesehen haben wie jetzt. In Lemberg fand dieser Tage am Franz-Joseph-Berg ein gewaltiges rutenisches Wahlrechtsmeeting statt, an dem mehr als 30.000 Personen teilnahmen. Zehn Sonderzüge brachten die Delegierten, die aus allen Teilen des Landes zusammengedrängt waren, nach Lemberg und zurück. Die Bauern, vielfach in ihrer Nationaltracht, waren schon im Laufe der Nacht eingetroffen. In der Versammlung hatten die einzelnen Gruppen ihren bestimmten Standplatz; unter den zahlreichen Standarten und Emblemen sah man auch rote Fahnen flattern. Die rutenischen Bauern erklärten in der sehr lebhaften Debatte, die den Reden der Demokraten und Sozialisten folgte, die polnische Schmach als den Feind; die Resolution für das allgemeine gleiche Wahlrecht wurde unter großer Begeisterung angenommen. Im ganzen haben bisher 700 rutenische Versammlungen stattgefunden; außerdem sind an 800 verboten worden. — Einer so tiefgehenden Volksbewegung gegenüber gibt es kein Zurück mehr; die österreichische Regierung wird ihr Versprechen unbedingt einzulösen haben.

Italien.

Schwere Geburt. Rom, 6. Februar. (B. G.) Sonnino stößt bei der Kabinettsbildung auf große Schwierigkeiten. Die Kabinale wollen nur dann ins Kabinett eintreten, wenn ihnen strenge Durchführung des Gesetzes gegen die religiösen Genossenschaften, sowie die Verschärfung und Verweltlichung des gesamten Volksschulunterrichts zugesichert wird. Dies kann aber Sonnino nicht bewilligen, weil er dadurch zahlreiche Freunde verlieren würde. —

Dänemark.

Die „teure“ Monarchie!

Kopenhagen, 6. Februar. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung des Riksstings brachte Ministerpräsident Christensen außerhalb der Tagesordnung einen Gesetzentwurf ein betreffend die Zivilliste für König Frederik VIII., die Spanage für Kronprinz Christian und das Radelgeld und die Witwenrente für die Kronprinzessin Alexandrine. Es wird vorgeschlagen, die Spanage für den Kronprinzen auf 120.000 Kronen jährlich und das Radelgeld für die Kronprinzessin auf 11.200 Kronen jährlich festzusetzen; im Falle des Todes des Kronprinzen erhält die Witwe außer einer ständesgemäßen Wohnung eine jährliche Witwenrente von 60.000 Kronen. Die Zivilliste des Königs soll unverändert auf eine Million Kronen festgelegt bleiben. Auf die Zivilliste soll das Schloß Christian IX. übertragen werden, sowie das Schloß Charlottenlund. —

Amerika.

Ueber den 22. Januar berichtet unser New Yorker Korrespondent nachträglich noch verschiedene Einzelheiten, denen wir folgendes entnehmen:

Als erfreuliches Zeichen ist anzuführen, daß an einer Anzahl von Orten die Mitglieder der „Socialist Party“ und der „Socialist Labor Party“ gemeinsam handelten und zwar nicht nur im Nordwesten, wo dies vorzugsweise war, sondern auch an manchen Plätzen im Osten, so in Buffalo, Elizabeth N. J., New Haven Conn., New Bedford Mass. usw. Dasselbe wird aus Cincinnati O. und Kansas City, Missouri, gemeldet. In New York war der Umzug von der „S. P.“ in Gemeinschaft mit einer Anzahl Gewerkschaften und sonstigen Organisationen arrangiert worden, während die „S. L. P.“ zusammen mit den zur „Industrial Workers of the World“ gehörenden Gewerkschaften usw. eine Massenversammlung im „Central-Palace“ abhielten. (Die historische „Cooper Union“-Halle, in der mehrere Jahrzehnte hindurch dergleichen Versammlungen abgehalten wurden und in der sich die bedeutendsten Vorgänge in der hiesigen Arbeiterbewegung abgespielt haben, steht nicht mehr zur Verfügung, da die Verwalter des Instituts — im Gegensatz zu den Intentionen des Gründers — vor einiger Zeit beschlossen haben, sie „revolutionären“ Elementen nicht mehr zu überlassen. Auch ein „Zeichen der Zeit“!) —

Gewerkschaftliches.

Die Reichs-Sozialpolitik im Schlepptau der Gewerkschaftsbewegung.

Auch die letzte Petition der „kaiserlichen“ Werftarbeiter in Kiel, die, wie berichtet, auf Beschluß der letzten Werftarbeiterversammlung direkt an das Reichsmarineamt gerichtet worden, ist nunmehr von diesem zurückgewiesen worden, wieder mit Berufung auf den Instanzenweg, der nicht innegehalten worden sei. Gleichzeitig aber wird auf der West front bekannt, daß der Obervertdirektor vom Reichsmarineamt die Aufforderung erhalten habe, festzustellen, ob die Arbeiter bei eventueller Einführung der neunstündigen Arbeitszeit die geteilte oder die ungeteilte Arbeitszeit vorziehen. Bei der Entscheidung für die geteilte Arbeitszeit soll eine zweistündige Mittagspause eingeführt werden. In verschiedenen Abteilungen der Werft ist die Kundfrage bereits vorgenommen worden. Weiter verlautet, daß als Anfangstermin für die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit der 1. April in Aussicht genommen sei. —

Damit würde die Hauptforderung der „kaiserlichen“ Werftarbeiter im Sinne der Arbeiter ihre Erledigung finden. Ruhig ist nur, wach krampfhaft Mühe sich die Werftbehörden, bis hinauf zum Reichsmarineamt, geben, doch ja nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob ihre sozialpolitischen Maßnahmen irgendwie dem Drängen der Arbeiterschaft oder gar dem Vorgehen der Gewerkschaften ihre Entstehung verdanken. Offiziell ist darum von den Beschlüssen und Petitionen all der Massenversammlungen keine Notiz genommen worden. Aber indem das Reichsmarineamt solchermaßen dem wichtigsten dieser Beschlüsse Rechnung zu tragen nicht umhin kann, hat es auch dem indifferentesten Werftarbeiter gezeigt, auf welchem Wege allein auch in den „Musterbetrieben“ des Reiches die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage erzielen können.

Die Werftarbeiter schätzen darum mit vollem Rechte und tatsächlich ihre Petitionen nicht höher ein, als ihre vorgelegten Behörden sich den Anschein geben, sie einzuschätzen. Sie wissen, daß ihre entschlossene Haltung und der brillante Stand ihrer Organisationen auf der West front ihrer Petition, die nicht angenommen wurde, mehr Beachtung verschafft hat, als zehn instanzmäßig erledigte Eingaben ohne solchen Resonanzboden gefunden hätten.

Berlin und Umgegend.

Zentralverband der Konditoren. Bei J. Löwenstein, Ducland-Rochl., Schulendorferstraße 23, sind 30 Arbeiterinnen und 15 Arbeiter in den Abwehrstreik eingetreten, weil der Firmeninhaber sich fortgesetzt Durchbrechungen des Streiks und Maßregelungen zuschulden kommen läßt. Zugug, besonders von Pralinenüberseherinnen, Chokoladenarbeitern und Konfitürenpackerinnen ist streng fernzuhalten. Die Lokalverwaltung.

Achtung, Schäftearbeiter! Die Arbeiter der Schäftefabrik von Ra d e, Marktgrabenstr. 81, sind wegen Maßregelung eines Kollegen ausständig. Zugug nach genannter Fabrik ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Achtung, Tapezierer! Die Differenzen bei der Firma Schmidt, Bernauerstraße 80, sind nicht beigelegt. Die Firma ist daher streng zu meiden. Verband der Tapezierer.

Die „Aufklärung“ des Herrn Grauz in dem Interzenteil des gestrigen „Vorwärts“ veranlaßt uns, nochmals ausdrücklich festzustellen, daß die unter Mitwirkung des Berliner Gewerkschaftsausschusses stattgefundenen Unterhandlungen am 1. Februar ergebnislos verlaufen sind. Alle sonstigen Erklärungen und „Aufklärungen“ können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Herr Grauz die bescheidenen Forderungen des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen nicht anerkennen wollte.

Der Vorstand des Verbandes der Gastwirtsgehilfen.

Deutsches Reich.

In der Silberwarenfabrik von Karl Kurz, Hanau-Kesselsbad, sind Differenzen ausgebrochen. Den Anlaß dazu gab die Verhandlung, welche der Unternehmer und seine Angehörigen den Arbeitern zuteil werden ließen. Die Arbeiter der Silberwaren-Industrie schlossen im vorigen Herbst mit den Fabrikanten einen Vertrag dahingehend, daß von den Unternehmern für Lieberstunden an Wochentagen, der Arbeitstag zu zehn Stunden, 25 Proz. und an Sonntagen 50 Proz. vergütet werden sollen und worin außerdem eine gegenseitige anständige Behandlung zugesichert wurde. Herr Kurz sucht dies alles zu umgehen. Aus diesen Gründen erfordern wir die Kollegen, dieses Geschäft bis auf weiteres zu meiden, und zwar solange bis andere Verhältnisse dabeifert hergestellt sind.

Die Ortsverwaltung Hanau des Metallarbeiter-Verbandes.

Ein Urteil von höchster Bedeutung für die gewerkschaftlichen Kämpfe hat das Oberlandesgericht zu Raumburg gefällt. In Zeitz hatten die organisierten Brauer Differenzen mit dem Brauereibesitzer Dettler. Das angesehene Gewerkschaftskartell Zeitz hatte einer öffentlichen Versammlung die Angelegenheit unterbreitet und die Versammlung beschloß nach langen Verhandlungen den Boykott über jene Brauerei. Da bis dahin das Dettler-Bier in den meisten Lokalen getrunken wurde, in denen die Arbeiter verkehren, wirkte der Boykott, und das nimmend, als der Kartellvorsitzende Wolf durch Inierate wiederholt besamt machte, daß nach dem Beschluß jener Versammlung kein organisierter Arbeiter und dessen Angehörige Dettler-Bier trinken dürfe. Der Brauereibesitzer klagte deshalb gegen den Vorsitzenden des Kartells und verlangte Einstellung der Veröffentlichungen. Vor der Zivilkammer des Landgerichts Raumburg machte der Rechtsanwält Dettlers geltend, daß die Bekanntmachungen nach §§ 823 und 826 des B. G. strafbar seien, denn sie führten die grundfällige Schädigung Dettlers herbei und versuchten auch gegen die guten Sitten. Auch die Gastwirte würden, wie aus verschiedenen Zuschriften hervorgeht, schwer geschädigt. Deshalb sei durch eine einstweilige Verfügung dem Beklagten Wolf jede weitere öffentliche Kundgebung gegen Dettler zu unterlagen und jeder Wiederholungsfall zu bestrafen. Es wäre die höchste Zeit, so führte der Justizrat Hagemann weiter aus, daß dem unerhörten Treiben der sozialistischen Gewerkschaftsführer durch Gerichtsbeschluß ein Ziel gesetzt werde. An eine Schadenersatzklage sei nicht zu denken, eine hohe Geldstrafe sei deshalb geboten.

Der Anwalt des Beklagten war treffend nach, daß § 152 der Gewerbeordnung in seiner Konsequenz dem Arbeiter das Recht gebe, auch solche Erklärungen und Aufforderungen zu erlassen und daß die heutigen Gewerkschaftskartelle die Interessen der Arbeiter vertreten und wahrnehmen. Das Landgericht aber erkannte nach den Ausführungen des klägerischen Anwalts und verhängte eine Geldstrafe von 500 Mark für jeden weiteren Fall einer Veröffentlichung durch den Angeklagten.

Gegen dieses Urteil war beim Oberlandesgericht Raumburg Berufung eingelegt worden. (Der Boykott ist inzwischen aufgehoben worden.) Vor dem Oberlandesgericht wurde der ganze Tatbestand noch einmal aufgerollt, doch kam es bei dem ersten Termin noch nicht zu einer Urteilsfällung, diese bezieht sich der Gerichtshof für einen neuen Termin vor. In diesem ging man noch einmal auf die Sache selbst ein, der Gegnereanwalt brachte dabei zur Sprache, daß zwar der Boykott aufgehoben sei, daß aber viele Birte auf Verfragen durch den Kläger erklärt hätten, daß die Arbeiter noch immer kein Dettlerbier trinken wollten. Das Oberlandesgericht verwarf denn die Berufung des Angeklagten unter der Begründung, daß in jenen Veröffentlichungen eine Verurteilung enthalten sei und daß sie ferner gegen die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches verstießen. Demnach bleibe es bei den 500 M. Geldstrafe für jeden weiteren Fall einer öffentlichen Bekanntgabe des Angeklagten gegen Dettler.

Das Oberlandesgericht Raumburg ist schon bekannt durch seine Urteile gegen die Arbeiterorganisationen. Es war auch seinerzeit das erste, das für unsere Parteipresse die Notiz „Zugug ist fernzuhalten“ unter Strafe stellte. Das ist später wieder fallen gelassen, und so wird es auch wohl dahin kommen, daß auch obiges Urteil einmal seine Bedeutung verliert, denn die Arbeiterschaft wird sich auch damit abzufinden wissen.

Ausland.

Kein Lohnkampf im Buchdruckgewerbe in Kopenhagen?

Am 14. Januar hatten, wie wir damals berichteten, die Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchdruckgewerbes in Kopenhagen die Vorschläge zu einem neuen Tarifvertrag abgelehnt und es schien, als würde es zu einem allgemeinen Lohnkampf kommen. Inzwischen haben neue Verhandlungen stattgefunden, die endlich in der letzten Sitzung, die vom Samstag nachmittag bis Sonntagmorgen 5 Uhr währte, zu einem von den Vertretern beider Parteien ausgeheinem Resultat führten. Große Verbesserungen gegenüber dem abgelehnten Tarifentwurf sind dabei freilich nicht erzielt worden. Die Prinzipale waren nicht zu bewegen, einer kürzeren Stützzeitdauer als der achtstündigen zuzustimmen, haben aber dafür noch eine weitere Erhöhung der Arbeitslöhne für Zeitungswie für Werksag zugestanden. Auch hinsichtlich der Arbeitszeit haben sie keine weiteren Zugeständnisse gemacht. Die tägliche Arbeitszeit wird demnach sofort um eine halbe Stunde und nach Verlauf von vier Jahren wiederum um eine halbe Stunde verkürzt, so daß dann der achtstündentag für die Buchdrucker Kopenhagens durchgeführt ist.

Ein amerikanischer Bergarbeiterstreik in Sicht.

Pittsburg, 5. Februar. Die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Kohlenbergleuten und den Bergwerksbesitzern ist jetzt auf allen Seiten aufgegeben worden. Beide Parteien rüsten sich auf einen Streik, der der größte werden würde, den Amerika jemals erlebt hat. Der vierte Teil der Bergwerke des ganzen Landes steht alles für den Kampf instand. Ihr Streikereservelapital beträgt gegen 3 Millionen Dollars. Die Bergwerksbesitzer tun ihr Möglichstes, um sich Kohlenvorräte für die nächste Zukunft zu sichern. Falls ihnen das nicht gelingt, wird die ganze Industrie des Landes lahmgelegt. Alle Gruben werden durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen.

Der Pariser „Eclair“ wird aus New York gemeldet:

Die Vertreter der Arbeiter haben beschloffen, am 1. April in den Ausstand zu treten, falls bis dahin die geforderte Lohnerhöhung nicht durchgeführt ist. Die Zahl der Ausständigen wird 350.000 Mann betragen. Man befürchtet, daß auch Arbeiter anderer Industriezweige sich dem Streik anschließen werden. Die Behörden Pennsylvaniens treffen bereits umfassende Vorsichtsmaßnahmen, um dem Ausstand nicht unvorbereitet gegenüberzutreten.

Ein Volks-Protest.

Und wieder war das arbeitende Volk von Berlin gestern unterwegs, einen gewaltigen Massenprotest zu veranstalten. Demonstrierte man am denkwürdigen 21. Januar für eine Erweiterung der politischen Rechte im Staate, so galt es gestern, sich dagegen zu verwahren, daß eine parlamentarische Mehrheit im Reiche dem Volke Lasten auferlege, die es nicht nur zu schwach ist zu tragen, sondern die es außerdem auf sich nehmen soll im Interesse einer kleinen besitzenden Minderheit der Nation.

25 große Versammlungen in Berlin und den Vororten waren es, in denen dagegen Verwahrung eingelegt wurde. War der Eindruck dieser Versammlungen auch nicht ein so in die Erscheinung tretender, wie der am „roten Sonntage“, so war die Kundgebung doch machtvoll und eindringlich genug, um in jedem wirklich parlamentarisch regierten Lande die Annahme der volksbelastenden Steuerpläne unmöglich zu machen.

Die Referenten kritisierten überall die ins Uferlose führende Welt- und Kolonialpolitik des Reiches und geißelten namentlich die vorgelegten Steuerprojekte, die nicht nur schwache Schultern schwer zu belasten geeignet sind, sondern ganze Industrien vernichten und Tausende fleißiger Arbeiter dem Elend ausliefern müssen. Die scharfe, aber gerechtfertigte Kritik des Referenten fand überall lebhafteste Zustimmung und einstimmig wurde in allen Versammlungen die nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste eine Zollpolitik, die nach dem Ausspruch des Reichskanzlers vom 1. Februar 1906 im Reichstage darauf gerichtet ist, die industrielle Entwicklung Deutschlands zu hemmen.

Dieser Zweck soll besonders durch die am 1. März dieses Jahres in Kraft tretenden Handelsverträge auf Kosten der Industrie und des Handels und insbesondere der in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter erreicht werden, eine Zollpolitik, die zugleich eine weitere Bereicherung der Großindustriellen, der Junker und Agrarier bedeutet.

Die hierdurch herbeigeführte abermalige Verteuerung der notwendigen Lebensmittel tritt zudem in einem Augenblick ein, in welchem voraussichtlich auch größere Arbeitslosigkeit entsteht als Folge der durch die neue Zollpolitik erschwerten Ausfuhr von Industrieerzeugnissen.

Verscharft werden diese verderblichen Wirkungen noch, wenn die Steuerentwürfe, die gegenwärtig dem Reichstage vorliegen, Gesetz werden. Denn mit Ausnahme der Erbschaftsteuerentwürfe gehen dieselben wiederum darauf hinaus, blühende Industriezweige, wie die Brauerei- und Tabakindustrie, aufs schwerste zu schädigen und viele Tausende von Arbeitern in denselben brotlos zu machen oder wie die Fahrkarten- und Düngungssteuerentwürfe eine Erschwerung und Verteuerung des Verkehrs herbeizuführen, die in erster Linie wieder die unbemittelten Klassen treffen.

Die Versammelten protestieren gegen eine solche Politik schwerster Schädigung und Demachtigung der arbeitenden Klassen und verlangen nachdrücklich, daß, wenn das Reich neue Einnahmen für seine Welt- und Kolonialpolitik braucht, sie die besitzenden Klassen aufbringen müssen, welche eine solche Politik als in ihrem Klasseninteresse liegend, unterstützen. Diese Einnahmen müssen durch die Einführung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer neben der Reichs-Erbschaftsteuer aufgebracht werden.

1. Wahlkreis.

Die Armiahallen waren gut besucht. Etwa 500 Personen waren anwesend. Reichstagsabgeordneter Frähdorf referierte, häufig von tosendem Beifall unterbrochen. In der Diskussion sprach der Tabakarbeiter Genosse Rosenkhal in zustimmendem Sinne. Ein Herr Mäwe versuchte mit unklaren Worten die Notwendigkeit der indirekten Steuern nachzuweisen. Frähdorf antwortet dem betreffenden Diskussionsredner im Schlusswort. Dann wurde vom Vorsitzenden die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In den Sprechhallen referierte der Genosse Reichstagsabgeordneter Heberich-Stettin. Seine Ausführungen riefen eine rege Diskussion hervor. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

2. Wahlkreis.

In der Versammlung im Hoffjäger-Palast, Hasenheide 52/53, referierte Reichstagsabgeordneter Fröh Jubeil. Anwesend waren zirka 1000 Personen. Das 1 1/2 stündige Referat wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Die vorliegende Resolution fand einstimmige Annahme.

Die bei Fällke in der Dammwegstraße tagende, von 500 Personen besuchte Protestversammlung nahm, nachdem der Referent Genosse Robert Schmidt den Zolltarif und die dem Reichstage vorgelegten Steuerpläne eingehend beleuchtet hatte, die Resolution gegen 1 Stimme an. In der Diskussion nahm ein Herr Wolf, Vertreter der Mittelstands- und Arbeiterpartei Schlesens, das Wort, der sich für eine Luxussteuer aussprach. Mit einem Hinweis des Vorsitzenden auf die Arbeiterpresse und die Wahlvereine ging die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

3. Wahlkreis.

Im Gewerkschaftshaus referierte vor zirka 800 Anwesenden Reichstagsabgeordneter Südekum. In vorzüglichen Ausführungen geißelte der Referent den Versuch der Regierung, den arbeitenden Klassen immer neue Steuerlasten aufzubürden. Nach einstimmiger Annahme der Resolution forderte der Vorsitzende noch zu intensiver Agitation für Partei, Gewerkschaft und Presse auf.

4. Wahlkreis.

Im Konzerthaus Sanssouci sprach in einem zwei-stündigen, oft vom lebhaften Beifall unterbrochenen Referat, Dr. Karl Liebknecht, und beleuchtete das ganze Steuerbouquet der Regierung. Reicher Beifall lohnte am Schluß unserm Genossen. Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Tabakarbeiter Bräner über die traurigen Verhältnisse gerade in der Tabakarbeiterbranche und forderte die Anwesenden auf, die Zeitungen vom Schläge „Lokal-Anzeiger“ und „Morgenpost“ aus dem Hause zu werfen und nur die Arbeiterpresse zu lesen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Reichel forderte noch auf, recht zahlreich aus der Landeskirche auszutreten.

In überfüllter Versammlung im Lokale von Graumann referierte der Reichstagsabgeordnete Kühn aus Langenbielau. Der Referent geriet in 1 1/2 stündiger Rede das Steuerbouquet des Reichstagssekretärs Herrn v. Stengel, oftmals durch allgemeine Zustimmung unterbrochen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion sprachen einige Tabakarbeiter gegen die Tabaksteuerentwürfe im Reichstage.

Die Versammlung bei Kellner war von 3000 Personen besucht. Schon um 8 1/2 Uhr erfolgte die Absperrung. Referent war Genosse Theodor Locke. Vor der Versammlung wurde verboten, das Flugblatt der freireligiösen Gemeinde und das Gebicht von A. Hoffmann zu verbreiten. Zwei Genossen wurden deshalb verurteilt; einer im Saal festgehalten. Der im Saal festgestellte verteilte die Flugblätter der freireligiösen Gemeinde. In der Debatte sprach u. a. Genosse Schmidt, Tabakarbeiter. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im Lokal von Voeker in der Weberstraße sprach Genosse Gradnauer vor gut besuchter Versammlung und unterzog die heutige Regierungspolitik einer herben Kritik. In vortrefflicher Weise zerplüdt der Referent das vorgelegte Steuerbouquet und erntete dafür lebhaften Beifall. Zum Schluß erwähnte der Redner die Anwesenden, auszubarren im Kampfe gegen die Reaktion, damit er siegreich zu Ende geführt werden kann.

Vor einer Kopf an Kopf gedrängten Menge sprach in Lütjens Salon, Memelerstr. 67, Reichstagsabgeordneter Peus. Die oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall bei den Versammelten. Die vorgelegene Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einem kurzen und kräftigen Hinweis des Vorsitzenden auf die Organisation und die Arbeiterpresse schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

5. Wahlkreis.

Im Schützenhaus referierte Gen. Reichstagsabgeordneter Schmalfeldt vor überfüllter Versammlung. In beinahe 1 1/2 stündigem Vortrage zerplüdt der Redner an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials die einzelnen Blätter und Blöcke des Steuerentwurfs, oft unterbrochen von braulendem Beifall der Anwesenden. In der Diskussion sprachen Butz, Schmidt und Hensel. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Reicher Beifall forderte die Anwesenden auf, den Worten des Referenten und der Diskussionsredner Folge zu leisten und Mann für Mann in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten. Mit einem braulenden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

6. Wahlkreis.

Die Berlinasäle in der Schönhauser Allee versammelten schon um 8 Uhr der polizeilichen Absperrung. Der Referent, Genosse Lütjens, Dresden, forderte zum energischen Kampfe gegen das indirekte Steuersystem auf, um eine Wiederholung von derartigen Steuerentwürfen unmöglich zu machen. In der Diskussion sprach Genosse Thomas die Ausführungen des Referenten durch Propagierung der Konsumgenossenschaft zu ergänzen, während Genosse Katerbach, Tabakarbeiter, auf den drohenden Ruin der Tabakindustrie hinwies. Die Versammlung wird geschlossen mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Bei Bernau, Schwedterstraße, referierte Genosse Lipinsky vor etwa 500 Personen. Der Referent unterzog die Steuerentwürfen in 1 1/2 stündigem Vortrag einer herben Kritik. In der Diskussion sprach Gen. Duhl speziell über die Tabaksteuer. Gegner waren nicht anwesend.

Bei Hensel, Invalidenstr. 1, wurde schon um 7 1/2 Uhr ab-gespeert. Etwa 600-700 Personen waren anwesend. Referent war Stadtd. Gen. Vorkmann. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Nach eindringlicher Aufforderung des Vorsitzenden traten sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen sowie unsere Presse noch mehr als bisher zu lesen, erfolgte Schluß.

Im Lokale von Bedekind in der Badstraße waren etwa 700 Personen, darunter sehr viele weibliche, versammelt, um dem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Schöpflin in aufmerksamer Weise zu folgen. In seinem 1 1/2 stündigen Ausführungen, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, entledigte sich der Redner in ausgezeichneter Weise seiner Aufgabe. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig beschlossen. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, in dem derselbe einen Appell an die Versammelten richtete, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, auf den „Vorwärts“ zu abonnieren und aus der Landeskirche auszutreten, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

In der Versammlung im Kösliner Hof referierte Genosse Albrecht vor etwa 1000 Personen. Die Anwesenden folgten seinen Ausführungen mit gespanntem Interesse und spendeten demselben am Ende seines Referates braulenden Beifall. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende. Die Ruhe und Ordnung war trotz aller Polizeimahregeln eine musterhafte.

Die bei Milbrot tagende Versammlung war von zirka 700 Personen beiderlei Geschlechts besucht. Der Referent, Genosse Ströbel, schildert eingehend die volksfeindlichen Pläne, die in der Regierung und im Reichstage geschmiebelt werden. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Genossen, sich der Organisation anzuschließen, die Arbeiterpresse zu lesen, kurz, in jeder Beziehung als Glieder des Klassenbewußten Proletariats ihre Schuldigkeit zu tun. (Lebhafter Beifall.) Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen Trendelenburg und nach einstimmiger Annahme der Resolution, wurde die begeisterte Versammlung geschlossen.

Die in Peters Gesellschaftshaus tagende Versammlung schloß sich den Ausführungen des Ref. Gen. Sindermann an. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Besuch wurde auf etwa 300 Personen geschätzt.

Im stark gefüllten Swinemünder Gesellschaftshaus referierte Genosse Kiesel. Im Sinne des Referenten sprachen die Genossen Hübener und Franke. Genosse Alfred Schulze wies besonders auf die Organisation der jugendlichen Arbeiter hin und erwähnte die Genossen, ihre Radfahren zu tauschigen, geschulden Parteigenossen zu machen. Genossin Ratsche ergriff zum Anschluß an die Frauennorganisation. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nitzdorf. Die Versammlung in Soppes Restälen war überaus zahlreich besucht. Genosse Pollenbühr beleuchtete in treffenden Ausführungen die neuen Steuerentwürfe. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort.

Charlottenburg. Der große Saal des Volkshauses und die Galerie waren dicht gefüllt. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Ledebour entwarf in mehr als zwei-stündigem Vortrage ein großzügiges Bild der Steuer- und Zollgesetzgebung im Reiche, das die Politik der leitenden Kreise der herrschenden Klassen in ihrer höchsten Nacktheit zeigte. Nachdem der Redner unter begeistertem Beifall geschlossen, wurde die schon oben mitgeteilte Resolution einstimmig angenommen.

In Schneberg war der Obfische Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. In anderthalbstündigen Ausführungen ging der Referent, Reichstagsabgeordneter Stadthagen, auf die Steuerpläne der herrschenden Klassen ein und übte eine scharfe Kritik an dem Vorgehen der Regierung, der arbeitenden Klasse in noch höherem Maße die Lasten der Weltpolitik aufzubürden. In der Diskussion richtete der Vorsitzende der Versammlung noch einen Appell an die Anwesenden, zum Eintritt in die Organisation. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ober-Schönweide. Die hier tagende Protestversammlung war von ungefähr 1000 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Ebert, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Zum Schluß stimmte die Versammlung in das Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie ein.

Friedrichsberg-Richtenberg. Im überfüllten Saale von Gierisch referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Grenz-Loipzig. Derselbe schildert, häufig durch stürmischem Beifall unterbrochen, wie, nachdem das französische Geld nach dem Kriege schnell verbraucht war, die Bismarcksche Steuerpolitik einsetzte; wie nach, daß durch immer größere Forderungen für Heer, Marine und Kolonien für Kulturzwecke nicht nur nichts übrig bleibt, sondern durch indirekte Steuern das Volk auf der einen Seite geschröpft, auf der anderen brotlos gemacht wird. Nur durch Anschluß an die Organisation ist es möglich, den drohenden Ansturm auf die Lebenshaltung des erwerbstätigen Volkes abzufangen. Gegner

meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Pankow. Im „Gesellschaftshaus“ waren über 400 Männer und Frauen versammelt, denen Genosse Düwelle in einem zwei-stündigen Vortrage die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung und der deutschen Zollgesetzgebung in wirkungsvoller Weise vor Augen führte. In der Diskussion beteiligten sich Henschel (Tabakarbeiter), der namentlich die durch die neue Tabaksteuerentwürfe drohenden Schäden hervorhob, sowie Kronfeld, Koch und Toller. Genosse Meyner brachte einen Aufruf zum Austritt aus der Landeskirche zur Kenntnis der Versammlung. Die vom Vorsitzenden verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Versammlungen.

Eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuerentwürfe hielten die Graveure und Ziseleure Berlins am 1. Februar ab. Ein großer Teil der Berufscollegen ist mit Ausstattungen in der Tabakindustrie beschäftigt. In seinem Referat über „Die neue Finanzreform des deutschen Reiches“ konnte der Reichstagsabgeordnete Albrecht an der Hand eines guten Zahlenmaterials in feindseliger und packender Weise den Nachweis führen, daß die Arbeiter in doppelter Weise, nämlich als Produzenten wie auch als Konsumenten, bei Verwirklichung der neuen Steuerpläne darunter leiden würden, und deshalb das größte Interesse haben, gegen eine Politik aufzutreten, die fortgesetzte Steuererhöhungen nötig macht. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, und erklärte sich zum Schluß die Versammlung einstimmig in einer Resolution gegen die geplante Erhöhung oder Neueinführung von indirekten Steuern; sie fordert vom Reichstage die Ablehnung der hierzu vorliegenden Gesetzentwürfe, da durch Einführung direkter Steuern auf Einkommen und Vermögen ausgleichende Gerechtigkeit geschaffen und so die Mehrausgaben gedeckt werden könnten.

Die Branche der Möbelpolierer (Sektion des Holzarbeiterverbandes) hielt am 28. Januar eine auch von Frauen gutbesuchte Versammlung ab, in der Genosse P. Göhre einen mit großem Beifall begrüßten Vortrag über „Erziehungsfragen“ hielt. — Hierauf erfolgte die Wahl der Brancheneitung, und zwar wurden gewählt zum 1. Branchensekretär Oscar Dumke, zum Stellvertreter A. Schreiber und zum Schriftführer F. Stödel. Als Bezirksobleute wurden gewählt für den Osten P. Wolffsch, für den Südosten A. Schreiber und für den Norden R. Kuh. Als Delegierte zur Gaukonferenz in Frankfurt a. O. sollen der Generalversammlung die Kollegen O. Dumke, A. Schreiber und R. Weber vorgeschlagen werden.

Die Steinarbeiter (Berlin I) hielten am Donnerstag in den Armiahallen eine Versammlung ab. Der Verbandstag, der im April in Nürnberg stattfindet, bildete das Hauptthema des Abends. Die Tagesordnung des Verbandstages wurde besprochen. Beim Punkt „Presse“ wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Verbreitung des Verbandsorgans „Der Steinarbeiter“, der obligatorisch eingeführt sei, zu teuer komme. Unter „Kassenbericht“ wurde scharf kritisiert, daß der Verband die Beiträge zu den Unterstützungsanstalten für seine Angestellten zahle. Folgender Antrag für den Verbandstag wurde angenommen: „Der Beitrag zu der Unterstützungsanstalt der Angestellten von Organisationen (Verein Arbeiterpresse) im Betrage von 6 M. a Person für die Angestellten des Verbandes der Steinarbeiter Deutschlands ist nicht mehr aus Verbandsmitteln zu bestreiten.“ — Ferner wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Delegierten sich gegen zu hohe Gehälter für die Beamten wenden werden. — Zu „Organisation und Unterstützungsanstalten“ lagen folgende Anträge vor: 1. „Die Filialen des Verbandes der Steinarbeiter Deutschlands sind in den einzelnen Orten zu einer Verwaltungsstelle zusammenzufügen.“ 2. „Die Reiseunterstützung ist an allen Orten nach fest normierten Sätzen auszugeben, aber nicht unter 50 Pf. pro Tag.“ 3. „Die Reisekosten sind von den Zahlstellen voranzustellen.“ 4. „Zu ersten Jahre der Zugehörigkeit zur Organisation sind Mitgliederarten auszugeben, später Mitgliedsbücher.“ Diese Anträge wurden angenommen und sind dem Verbandstage zu unterbreiten. Mit den Vorlagen des Zentralvorstandes über Kranken-, Arbeitslosen- und Erwerbslosenunterstützung erklärt sich die Versammlung nicht einverstanden und wünscht, daß das Anerbieten des Kollegen Hirtmann angenommen wird, auf Grund der letzten Vierteljahresrechnungen des Verbandes statistische Unterlagen für ein Unterstützungssystem auszubereiten. Als Kandidaten für die noch zu wählenden zwei Delegierten wurden Walzer, Hauske und Hirtmann vorgeschlagen. Der Versammlung wurde dann bekannt gegeben, daß die Fehler in dem Rechenjahrsbericht vom letzten Jahre, welcher der vorhergehenden Versammlung vorlag, korrigiert seien und der Bericht in Ordnung befunden wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Hamburger Partei gegen die Volksauswucherung. Hamburg, 6. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) 17 überfüllte Volksversammlungen, die heute abend im Hamburger Staatsgebiet stattfanden, protestierten gegen die neuen Steuerpläne der Regierung.

Alle nahmen einstimmig nachfolgende Resolution an: Die heute, am Dienstag, den 6. Februar 1906, tagende Volksversammlung erklärt sich gegen alle Steuerprojekte, durch welche die Konsumartikel des Volkes verteuert, das wirtschaftliche Leben und der Verkehr belastet und belästigt werden, insbesondere auch gegen die geplante Erhöhung der Reichssteuern auf Bier und Tabak, gegen die Frachtstempel, die Düngungs- und die Fahrkartensteuer. Sie richtet an den Reichstag das Ersuchen, alle diese Steuerprojekte abzulehnen, zumal der Ertrag dieser Steuern hauptsächlich der uferlosen Flottenvermehrung und ähnlichen Zwecken dienen soll. Gleichzeitig fordert die Versammlung, daß an die Stelle der indirekten Steuern, welche das Volk besonders schwer belasten, eine progressive Reichseinkommen-, Reichserbschafts- und Vermögenssteuer treten soll.

Wahnsinniges Urteil.

Riew, 6. Februar. (B. G.) Das Kriegsgericht verurteilte den 18-jährigen Saslawsky, welcher einen Polizisten bedroht hatte, zum Tode durch den Strang.

Verboten.

Frankfurt a. M., 6. Februar. (B. G.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Göttingen: Der Passier Agel Roman, der seit Jahren den russischen Kaiser behandelt, ist aus Jaroslaw Selo hier eingetroffen, um für die Unterbringung seiner Familie hier Vorkehrungen zu treffen, da er für Rußland schlimme Zeiten, insbesondere Hungernoterwartet. Er deutet an, die Regierung werde vor allem die Reichsduma ersuchen, ihr bei der Aufnahme einer Zwangsleihe bei den russischen Käufern behilflich zu sein.

Mariner als Streikbrecher.

Triest, 6. Februar. (B. Z. G.) Die Zahl der streikenden Seiger und Matrosen beträgt etwa 1500. Zwei weitere Lloyd-Dampfer sind mit Seigern der Kriegsmarine abgegangen.

Reichstag.

80. Sitzung vom Dienstag, den 6. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowsky.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation Albrecht (Soz.) und Genossen: „Zu dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche „Vorussia“ bei Dortmund infolge eines Schachtbrandes 89 Arbeiter getötet worden sind?“

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, weshalb die Ursachen des furchtbaren Unglücks noch immer nicht amtlich bekannt gemacht und die schuldigen Personen zur Verantwortung gezogen worden sind?

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß die „Vorussia“-Katastrophe durch Außerachtlassung der allernotwendigsten Arbeiter-schutzbestimmungen herbeigeführt wurde und was gebührt der Herr Reichsanwalt zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücken vorgebeugt wird?“

Staatssekretär Graf Pofadowsky erklärt auf Befragen des Präsidenten, ob und warum der Reichsanwalt die Interpellation zu beantworten gedenke: „Der Herr Reichsanwalt lehnt die Verantwortung der Interpellation ab, weil es sich um eine spezifisch preussische Vergabangelegenheit handelt.“

Abg. Singer (Soz.): Trotzdem die Regierung die Verantwortung ablehnt, beantragen wir die Besprechung der Interpellation.

Präsident Graf Ballestrem: Dieser Antrag bedarf geschäfts-ordnungsgemäß der Unterstützung von 50 Mitgliedern.

Für die Besprechung stimmen die Sozialdemokraten, beide frei- sinnige Parteien, das Zentrum und die Antisemiten. Bei der schwachen Befragung des Hauses konnten aber nicht 50 Stimmen zu- sammen. Die Besprechung ist also abgelehnt.

Kannmehr wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich möchte einmal an den Grafen Pofadowsky die Frage richten, was er in seinem Berliner Haushalt für Versicherungsbeiträge auszugeben hat. Es wird eine Vogeltaxe sein gegenüber den Ausgaben, die die Versicherung auch nur einem ländlichen Betriebe bereitet. Auch die Industrie klagt nicht ohne Recht über die Belastung durch die sozialpolitische Gesetzgebung; sie ist aber insofern in günstiger Lage, als sie die Lasten auf die Konsumenten abwälzen kann. Wenigstens gilt das von den in Teutis und Syndikaten organisierten Industrien, wie der Kohlenindustrie.

Graf Pofadowsky beantwortet die Frage, wie trotz der großen Arbeiterfürsorge drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen in Deutschland abgegeben werden konnten, mit der Zunahme der Materialisierung und der mangelnden Opferwilligkeit der besitzenden Klassen. Ich glaube, diese Antwort ist falsch. Schon Abg. Graf Stolberg hat sie widerlegt; ich möchte noch hinzufügen, daß die Landwirtschaft in ihrer bedrängten Lage gar nicht instande ist, dem Materialismus zu frönen. (Lachen links.) Die Ansprüche der Arbeiter sind immer größer geworden. Je weiter die Sozialpolitik das Los der Arbeiter verbessert, desto stärker wird die sozialdemokratische Stimmung unter den Arbeitern. In der Stadt Köln, die durch den so arbeiterfreundlichen Abg. Teimborn vertreten wird, haben die sozialdemokratischen Stimmen stets zugenommen. Die sozialpolitischen Gesetze haben geradezu demokratisierend auf die Arbeiter gewirkt. Die Arbeiter wollen einfach eine Rente vom Staate. (Große Heiterkeit links.) Sieht man sich die ungeheure Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in den Industrie- und Handelszentren an, so kommt man zur Überzeugung, daß unsere verkehrte Zoll- und Handelspolitik, die die Industrie zugunsten der Landwirtschaft begünstigt (Lachen links), an der Zunahme der Sozialdemokratie schuldig ist. Das Land kann die neue Witwen- und Waiserversicherung, für die 220-230 Millionen Mark gefordert werden müssen, unmöglich tragen, wenn nicht andere Lasten herabgesetzt werden. In Frankreich gibt es keine Nebenmarken, keine Versicherungsspaläfte usw. Wir sollten uns die französischen Einrichtungen zum Muster nehmen. (Hört! hört! links.) Aus der Heimarbeiterausstellung muß jeder den Eindruck gewonnen haben, daß die Löhne vielfach ganz miserabel sind. Wie läßt sich das aber ändern? Wichtigster als die Krankenversicherung der Heimarbeiter scheint mir, daß der massenhaften Einwanderung lediger Frauenpersonen nach den Großstädten Einhalt geboten wird. Wenn aus einer kleinen Stadt wie Reichenburg in einem Jahre 40 solche Frauenpersonen nach Berlin gezogen sind, kann man sich nicht wundern, wenn die Arbeitslöhne so herabgedrückt werden. Für mich ist die Hauptsache die Vereinigung der Versicherungs-gesetzgebung. Fort mit der Heberei! Bewacht dies, dann wird sich alles andere finden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Bohnke (fr. Vg.): Wir haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiter gehahrt werden. Der Standpunkt des Zentralverbandes deutscher Industrieller gegenüber den Tarifverträgen ist unbillig. Gerade im Interesse der Förderung von Tarifverträgen legen wir der Anerkennung der Berufsvereine so großen Wert bei, und wir begrüßen im Gegensatz zum Verband der Industriellen die Haltung der bayerischen Regierung, welche die Gewerbeinspektoren darauf hingewiesen hat, möglichst für das Zustandekommen von Tarifverträgen einzutreten. Der Berufsverein muß seine Bewegungsfreiheit behalten, sonst ist seine Rechtsfähigkeit zu teuer erkauft. Aber die Bewegungsfreiheit, das Koalitionsrecht, ist sogar weiter ausgebaut worden. Die Streiks sind sehr bedauerlich, aber nicht immer entöhrlich. Die Arbeiter müssen sich überzeugen, daß der Erfolg eines Streiks sehr wesentlich von der öffentlichen Meinung abhängt, und sie sollten sich die Kunst dieser öffentlichen Meinung nicht durch unbedachte Worte verderben. Auf keinen Fall dürfte der Staat in solche Streiks irgendwie eingreifen. (Beifall links.)

Die Frage der Arbeitskammern scheint mir heute noch nicht sprechbar zu sein. Dagegen ist der Zehntuentag für Frauen schon jetzt sprechbar. Wir werden wohl auch einmal zum allgemeinen Maximalarbeits-tage auch für Männer kommen. Notwendig ist eine Reform des Krankentageswesens. Die Beiträge werden nicht zu 1/2 und 2/3, sondern zu 1/2 und 1/3 verteilt werden müssen. Damit muß eine paritätische Gesetzgebung der Vorstandsmitglieder in den Klassen Hand in Hand gehen, auch wenn das den Sozialdemokraten nicht gefallen sollte. Die Sozialdemokraten wollen doch selbst in den Arbeitskammern die paritätische Bewegung, also können sie doch auch die paritätische Bewegung des Klassenvorstandes nicht als Eingriff in die Selbstverwaltung betrachten.

Noch ein Wort zu den Reden der Abgeordneten Fischer und Stauden. Sie waren mit der deutschen Sozialpolitik beinahe so unzufrieden wie Graf Kanitz. Auch wir Freisinnigen haben die soziale Fürsorge ursprünglich auf andere Grundlage stellen wollen; aber jetzt stellen wir uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Und da darf man nicht übersehen die 10 Millionen unterstützter deutscher Arbeiter und die Krankenversicherung, die 11 bis 12 Millionen Unterstützter durch die Unfallversicherung und die 13 Millionen Unterstützter durch die Invalidenversicherung, 1 1/2 Milliarden Mark haben die Arbeiter mehr an Renten erhalten, als sie an Beiträgen gezahlt haben. Weder im Reichsamte des Innern noch im Reichstag ist der sozial- politische Eifer abgeflaut, wohl aber — darin hat die Sozial- demokratie recht — im Lande. Aber schuld daran ist in erster Linie sie selbst, die immer schroffer, immer verlässlicher das einseitige Interesse einer Klasse betont. Diejenigen, welche die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer demokratisch-sozialen Reformpartei voraussetzten, haben sich bitter getäuscht. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Revisionismus ist tot, und der Radikalismus hat gefiegt. Auch durch das Gerede über die Streikdemonstrationen und den Massenstreik reizen Sie

die Phantasie der Arbeiter in recht bedenklicher Weise an. Fordert doch selbst der Aufruf des Internationalen Sozialistischen Bureau mit Bedels und Singers Unterschrift auf, am 21. Januar die Sympathie für das russische Proletariat wo mög- lich überall durch Streikdemonstrationen zu bezeugen. Von dem Massenstreik hat Frau Roland-Polst in glühenden Farben ein prächtiges Bild entworfen: „Es ist eine nationale Erhebung, die die Arbeiterchaft des ganzen Landes erfasst. Überall ist Unruhe. Alle Verbindungen sind unsicher; jede schnelle Kommunikation wird unsicher. Der zentralisierte Staat fällt auseinander, jede Provinz ist auf sich angewiesen.“ Gefühl- voller und zugleich kindlicher hat sich noch nie jemand, der die Widerstandskraft des modernen Staats zu schätzen weiß, über den politischen Massenstreik ausgesprochen. Aber der Frau Roland-Polst scheinen ja solche Schreierereien blutiger Ernst zu sein. Mit all dem erreichen Sie nur das Gegenteil von dem, was Sie begehren. Sie können den Massenstreik nicht durchhalten; denn wenige Tage ge- nügen, um Ihre Klassen zu leeren. Wohl aber wird ein allgemeiner Rückschlag in der freibeweglichen Entwicklung eintreten, soweit von einer solchen noch in Deutschland die Rede sein kann. Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie bestätigt die alte Erfahrung, daß Druck Gegendruck erzeugt. Eine Wirtschaftspolitik, die nur den Standesinteressen der Großgrundbesitzer dient, eine Steuerpolitik, die ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit die Masse der Verbraucher belastet, eine Handelspolitik, die den Lebens- unterhalt der Armen verteuert, eine Kreditpolitik, die in manchen Fällen den Anschein der Klassenjustiz erwecken muß, falsche Erbsengriffe, die die regierenden Schichten zur Ungefehr- lichkeit anreizen, Wahlrechtssysteme, die große Bevölkerungsschichten gänzlich von der Vertretung ausschließen. Die ganze Regierungs- weise, die des vollstimmigen Zuges entbehrt, muß das Reservoir der Unzufriedenheit bis zum Überlaufen füllen. (Sehr wahr! links.) In Baden können selbst die Nationalliberalen mit den Sozial- demokraten zusammengehen, in Preußen ist eine solche Wahlpolitik für absehbare Zeit gänzlich ausgeschlossen. Es steht im engsten Zusammenhang mit der Verschiedenheit der Regierungs- politik, daß die sächsisch-preussische Sozialdemokratie eine ganz andere ist als die bayrisch-badische. Auch die englische Arbeiter- partei ist weit entfernt von dem deutsch-sozialdemokratischen Gepräge. Beileibt ist die Sozialpolitik, die wir hier betreiben, noch am ehesten geeignet, allmählich auch zu gesunden Parteiverhältnissen in Deutsch- land zu führen, besonders wenn sie von allen reaktionären Weirer- befreit ist. In diesem Sinne werden wir an der Weiterführung der Sozialpolitik mitarbeiten. (Bravo! links.)

Abg. Bruhn (Reformp.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden des allgemeinen Befähigungsnachweises und bedauern es sehr, daß Herr Euler und besonders Herr Pauli in dieser Frage umgefallen sind. — Gegenüber dem sozialdemokratischen Terrorismus ist nach meiner persönlichen Anschauung ohne Ausnahmefälle nicht auszukommen. Herr Stücken meint, die bürgerliche Gesellschaft habe am 21. Januar große Angst vor der Sozialdemokratie gehabt. Kein, nicht vor Ihnen, sondern vor etwaigen Krawallen beim Ein- schreiten von Polizei und Militär hat man sich gefürchtet. Sie (zu den Sozialdemokraten) hatten ursprünglich ganz etwas anderes ge- plant und sind dann Tag für Tag zurückgewichen. Noch ein paar Tage vor dem 21. Januar sprach ich mit einem Sozialdemokraten und fragte ihn: Nun sind Sie schon vorbereitet zum Sonntag? Darauf zog er ein großes Messer aus der Tasche. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Es ist ein vollständiges Verbot der Kleiderverwendung gefordert worden. Wir haben bereits in Bezug auf die Verwendung von Blei, namentlich von bleihaltigen Farben sehr einschneidende Bundesrats- verordnungen erlassen, durch ein absolutes Verbot würde aber die ganze Bleiengewinnungsindustrie, welche Tausende von Arbeitern beschäftigt, lahm gelegt. Durch die Verordnung ist es zum Beispiel Ralern verboten, beim Gebrauch bleihaltiger Farben zu rauchen. Ich habe aber selbst wiederholt auch nach der Verordnung Maler gesehen, die mit der einen Hand den Pinsel führten und mit der andern Hand gemächlich ihre Pfeife rauchten. Wenn die Folgen der Kleidervergiftung bekämpft werden sollen, dann müssen auch die Arbeiter das ihrige tun, um die erlassenen Vorschriften gewissenhaft zu be- obachten. Ueber die Sonntagruhe im Mühlen- und Berggewerbe bestehen Verordnungen; wenn diese von den Mühlenbesitzern nicht beachtet werden, so kann man dafür die Reichsregierung nicht verantwortlich machen. Da muß die Polizei an Ort und Stelle für die Durch- führung sorgen. Die Sonntagruhe in der Dinnenschiffahrt wird sich regeln lassen, wenn das Material über die Arbeitszeit im Dinnen- schiffahrtsgewerbe verarbeitet sein wird. Bezüglich der Wander- arbeit und überhaupt der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern in den Ziegeleien sind Verordnungen ergangen. Wir haben aber festgestellt, daß die Wanderarbeit weiblicher Arbeiter überhaupt nicht im vermuteten großen Umfange stattfindet. Im übrigen hängt diese Frage eng mit der Wohnungsfrage zusammen und da sind nur die Einzelregierungen zuständig. Daß eine Verneuerung der Gewerbeinspektoren dringend notwendig ist, erkenne ich an. Uebrigens ist die Nachfrage nach solchen verhältnismäßig gering. Wenn man mit Berufung auf England verlangt, daß auch Metzge- reien unter der Aufsicht der Gewerbeinspektoren stehen, so gebe ich zu, daß der Chiefinspector in England ein technisch gebildeter Mann ist, aber seine Organe besitzen im allgemeinen nicht das Maß von Wissen und Bildung, wie unsere deutschen Inspektoren. Daß § 25 des Unfallversicherungsgesetzes gewisse Lücken zeigt, gebe ich zu. Bei der gesamten Revision der sozialpolitischen Gesetze werden wir er- wägen, ob dieser Paragraph nicht zum Besten der Kranken- versicherung reformiert werden kann, ob nicht dem Wunsche der Krankenkassen Rechnung zu tragen ist, daß sie soll das erstattet be- kommen von der Unfallversicherungsgenossenschaft, worauf sie Anspruch zu haben glauben. — Die Rechnungsergebnisse der Berufs- genossenschaften früher erscheinen zu lassen, wird sich schwer ermög- lichen lassen. Wenn Sie ein wirkliches Bild von dem Soll und Haben der Berufs-genossenschaft geben sollen, wird immer ein halbes Jahr vergehen, bis sie zusammengestellt und veröffentlicht werden können.

Es ist nicht richtig, daß wir die Vereinheitlichung der sozial- politischen Gesetzgebung ad calendae graecas (bis zum St. Nimmer- leinstag) verziehen hätten. Es handelt sich dabei um ein so gewaltiges Material, daß das kommende Einheitsgesetz nicht allzu- lang ausfallen kann, obgleich wir uns die größte Mühe geben werden, es möglichst kurz und knapp zu fassen. Wir hoffen, daß es gegen Ende des Jahres 1907 im Reichsamte des Innern fertiggestellt sein wird. (Hört! hört! links.) Was die Arbeitskammern anlangt, so wollte das Zentrum ursprünglich ihre Verbindung mit den Gewerbe- gerichten. Es sind dann aber im Laufe der Zeit Bedenken ent- standen, ob es angeht, sie eine Interessvertretung mit einer Rechtsprechungsinflanz zu verbinden. Ich kann nur bemerken, daß im Bundesrat noch keinerlei endgültige Grundsätze in dieser Richtung aufgestellt worden sind, so daß die Frage noch vollkommen offen ist.

Ich habe das neue System der größeren Armenverbände haupt- sächlich aus dem Grunde vorgeschlagen, um die schäpffischen Ab- hängigkeiten zu beseitigen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß heutzutage an vielen Orten geradezu das System herrscht, das einem Mann, der sich annähernd zwei Jahre schon in dem Orte aufgehalten hat, also nahe daran ist, den Unterstützungswohnort zu erwerben, zur Abwanderung zwingt, indem man dafür sorgt, daß er keine Wohnung bekommt oder keine Arbeit oder dergleichen. (Hört! hört! und Sehr richtig! links.) Dieses System wird in dem bisherigen Maße unmöglich werden, wenn größere Armenverbände gebildet werden, die etwa den Umfang der jetzigen preussischen Amtsbezirke haben müßten. Der große Fortschritt unserer Versicherungs-gesetze ist es, an Stelle

der Armenpflege ein Recht der Arbeiter zu setzen, und zwar ein Recht, das sie durch Beteiligung an den Beiträgen selbst erworben haben. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Ich glaube, daß man niemals in Deutschland von diesem System wieder abweichen könne. Uebrigens haben sich ja die konserverbarten Abgeordneten Pauli und Graf Kanitz ausdrücklich für den Ausbau der Versicherungs-gesetzgebung festgelegt. Diejenigen, die unsere sozialpolitische Gesetzgebung angreifen, weil die Arbeiter dafür doch nicht dankbar wären, erkläre ich: Um Dankbarkeit zu erwerben, gibt kein Staat Gesetze. (Sehr richtig! links.) Ferner muß man doch auch fragen, welche Verhältnisse sich entwickelt hätten, wenn seit jenen Zeiten, in denen die laienliche Volkshaft kam, trotz des gewaltigen Aufschwungs unserer Industrie nichts für die Arbeiter geschehen wäre. (Sehr richtig! links.) Und ferner: Wenn Deutschland einen so gewaltigen industriellen Aufschwung erlebt hat, wie kein anderes Land der Erde in derselben Zeit, so verdankt es das in erster Linie der Tüchtigkeit seiner Arbeiter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese Tüchtig- keit der Arbeiter müßte aber zweifellos leiden, wenn wir den Arbeitern nicht durch die sozialpolitische Gesetz- gebung eine gewisse Höhe der Lebenshaltung und die körper- liche Gesundheit nach Möglichkeit garantiert hätten. Wir hat das ein Vertreter der heimischen Industrie kürzlich erst mit sehr berebten Worten auseinandergesetzt.

Es sind in der Presse in der letzten Zeit wieder die heftigsten Angriffe gegen mich erhoben worden, weil ich den Befähigungs- nachweis im Baugewerbe versprochen, aber mein Versprechen nicht gehalten hätte. In einem Bericht, dessen Verfasser dem Abg. Bruhn nahesteht, ist meine Rede verstümmelt worden, indem gerade die- jenigen zwei Sätze, auf die es wesentlich ankommt, merkwürdigerweise weggelassen sind. Der eine dieser Sätze heißt: „Soweit es mit den wirt- schaftlichen Zuständen und überhaupt mit unserer ganzen Gesetzgebung verträglich ist“. Der andere Satz ist der Schlußsatz: „In welcher Form das geschehen wird, darüber kann ich mich zurzeit nicht äußern.“ (Hört! hört! links.) Die Art und Weise, wie man in der Presse gegen unsere Beschädigung des Kölner Handwerkerkongresses polemisiert hat, ist ein Anschauungsunterricht dafür, wie man gegen uns zu polemisieren pflegt. Beschiden wir einen Kongress nicht, so werden wir getadelt, weil wir kein Interesse für die Sache hätten. Beschiden wir ihn, und unser Vertreter ergreift in irgend einer Sache das Wort, so heißt es, wir müßten uns in die Verhandlung ein. Ergreift unser Vertreter nicht das Wort, so heißt es, der Regierungsvertreter hatte für die ganzen Verhandlungen nicht das geringste Interesse bewiesen. (Heiterkeit links.) Diese Umstände be- stärken mich in der Ansicht, daß die verbündeten Regierungen äußerst vorsichtig in der Beschädigung von Kongressen sein müssen. Alles Wichtige erfährt man ja hinterher doch aus den gedruckten Berichten. (Heiterkeit.) Ein Zentrumredner hat auch eine Enquete über die Lage der mittleren und kleinen Kaufleute verlangt. Eine Enquete in diesem Umfange läßt sich nicht durchführen, weil nur die größten Zwangsmittel einen wirklichen Einblick in die Lage der einzelnen eröffnen können. Wenn man aber sieht, wie in den abge- legenen Straßen junge Leute stets neue Geschäfte gründen, die schon nach drei Monaten ihren Besitzer wechseln, so muß man sich doch fragen, ob hier für die Gründung des Bedürfnis der Konsumenten maßgebend war oder das Bedürfnis der Haus- besitzer, den Parterrestock ihrer neubauten Häuser zu laden auszunutzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die christlichen Gewerkschaften soll erklärt worden sein, sie seien noch schlimmer als die sozialdemokratischen. Es scheint also Kreise zu geben, die sich der Hoffnung hingeben, daß trotz unserer großen industriellen Entwicklung der Arbeiterbewegung — ich spreche von dem Streben der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern und sich in höherem Maße als bisher an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen — ganz beseitigt werden könnte oder sollte. Aber wer das glaubt, befindet sich in einem starken Irrtum (Be- dachte Zustimmung links) und stüßt seine Auffassung auf einen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ziemlich eng begrenzten Interessentenstandpunkt. (Beifallige Zustimmung links und im Zentrum. — Abg. v. Kardorff meldet sich zum Wort.)

Der Unterschied zwischen der berechtigten Arbeiterbewegung und der unberechtigten Arbeiterbewegung der Sozialdemokratie besteht eben gerade darin, daß die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiter Forderungen aufstellt, die weder der gegenwärtige Staat, noch der Zukunftsstaat, noch irgend ein Staat in der Welt jemals ausführen könnte; denn die Erfüllung dieser Forderungen würde den Zu- sammenbruch des ganzen wirtschaftlichen und staatlichen Lebens be- deuten. Und weil die Sozialdemokratie überzeugt ist, daß kein Staat der Welt ihre Forderungen wird ausführen können, darum verlangt sie die Befreiung des ganzen bestehenden Staates und die Er- richtung eines Zukunftsstaates, von dem ich wenigstens keinen Begriff habe, wie er aussehen wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Auffassung, daß die christliche Arbeiterbewegung noch schlimmer als die sozialdemokratische, kann nur von Männern aus- gehen, denen jede auch noch so berechtigte Arbeiterforderung un- sympathisch ist. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Die Stellung mancher Herren gegenüber den Arbeiterforderungen erinnert mich lebhaft an die Stellung mancher Minister im Parlamente. Wenn ein Minister das täglich sieht, wie seine sorgfältigst vor- bereiteten Gesepentwürfe kritisiert werden, dann denkt er sich gern in die selige Zeit der Minister im absoluten Staat zurück, an die großen absoluten Minister, die Richelieu, Mazarin, die Kaunitz und Metternich. Aber die Zeiten sind vorbei, sie kehren nicht wieder, von diesen Gottzeiten lebt nur noch der Schatten. (Heiterkeit.) Gerade so wie die konstitu- tionellen Minister, wenn ihnen etwas auf die Herzen fällt, sich vom Konstitutionalismus fortziehen, sind die Sozialpolitiker, wenn man sie so nennen darf, denen jede Arbeiterbewegung unsympathisch ist. Andererseits hat zweifellos die Sozialdemokratie schuld daran, wenn die Keigung, sozialpolitisch tätig zu sein, im Lande abnimmt. Zweifellos beruht diese Erscheinung darauf, daß die Sozialdemokratie mit der Revolution spielt und nicht ob- jektiv genug ist, das anzuerkennen, was der Staat und die bürger- liche Gesellschaft für die Arbeiter getan haben. (Beifallige Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Freisinnigen.) Zu den Sozialdemokraten gewandt: Auch in der Politik ist strengste Wahrheitsliebe und strengste Gerechtigkeit die beste Taktik! (Ernster Beifall.) Der Vertreter der Sozialdemokratie hat hier erklärt, der englischen Arbeiterdeputation seien Potemkinische Dörfer vorgeführt worden. Aber der Führer der Deputation hatte mir bei seinem ersten Besuch schon einen genauen Plan dessen, was sie prüfen und sehen wollten, vorgelegt. Ich hatte darauf auch nicht die Spur von Einfluß geübt und war nur überrascht, wie gründlich dieser Plan ausgearbeitet war. Dafür, daß ich an sämtliche Regierungen die Bitte richtete, den englischen Arbeitern die Befichtigung aller Institute zu erleichtern, die sie sehen wollten, haben sie mir dann einen Dankbesuch abgestattet, und ich war erstaunt, welche positiv eingehende Fragen sie stellten, mit welcher offenen Augen sie gesehen und welche näherndes Urteil sie hatten. Und dieses Urteil klang darin aus, daß sie überrascht waren, was Deutschland für seine Arbeiter auf sozial- politischem Gebiete getan habe. Wir haben den englischen Arbeitern alle Einrichtungen gezeigt, die sie zu sehen wünschten. Sie aber (zu den Sozialdemokraten) wollen nicht anerkennen, was auf sozial- politischem Gebiete in Deutschland geleistet worden ist. Und weil Sie sich dazu nicht entschließen können, verstimmen Sie die Re- gierung, verbittern Sie die bürgerlichen Parteien und — täuschen Sie Ihre Anhänger. (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Dahlem (Z.) tritt für die Angestellten in der Dinnenschiffahrt, speziell für bessere Sonntagruhe in diesem Gewerbe ein.

Es ist verschiedentlich über die christlichen Gewerkschaften und ihr Verhältnis zu den anderen gesprochen worden. Ich habe einige Erfahrungen auf diesem Gebiete und gestatte mir einige Bemerkungen allgemeiner Natur über die Gewerkschaftsbewegung. Der Herr Staatssekretär sprach von englischen Arbeitern, die hohe Achtung vor der deutschen Sozialpolitik bezeugt hätten. Nach meiner Erkundigung hat nicht ein einziger der Arbeiter ein Wort deutsch gekannt; (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) sie haben ihre Kenntnisse also nur indirekt schöpfen können. Die englischen Arbeiter, mit denen ich wiederholt auf internationalen Kongressen zusammengelommen bin, haben allerdings einen Zweig der deutschen Sozialpolitik, nämlich die Arbeiterversicherung, wiederholt als besser gegenüber den englischen Zuständen anerkannt. Sie haben aber immer mehr Wert gelegt auf den Arbeiterschutz, und insbesondere im Bergbau ist England in Bezug auf den Arbeiterschutz, obwohl es nicht solche spezialisierte Gesetze hat, doch bedeutend weiter als Preußen Deutschland. Wir sind nicht so unobjektiv, wie der Herr Staatssekretär in seiner interessanten Rede meinte. Ich habe wiederholt anerkannt, daß unsere deutsche Versicherungsgesetzgebung gegenüber der ausländischen mancherlei Vorzüge aufweist. Aber nachdem wir das Grundprinzip, das übrigens vor 25 Jahren Nebel vorgezeichnet hat, als richtig anerkannt haben, können wir uns doch nicht abhalten lassen, an der Ausführung und an Einzelheiten der Gesetzgebung Kritik zu üben. Wenn Sie wissen wollen, warum wir nicht in das hohe Lied verschiedener bürgerlicher Sozialpolitiker über unsere Sozialpolitik einstimmten, brauchen Sie nur an die Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus zu denken, wo selbst ein Zentrumsmann dafür eingetreten ist, die Renten unter 20 Proz. einfach nicht mehr anzuzahlen. Wo soll das hinführen, wenn ein derartiger unhumaner Grundsatz in die Versicherungsgesetzgebung hineingebracht wird? Es ist durchaus nicht richtig, daß diese Renten bei dem Eintommen der Arbeiter nicht in Betracht kommen. Von uns verlangt man Anerkennung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Haben wir aber schon ein einziges Mal gehört, daß die Herren von der äußersten Rechten jemals anerkannt hätten, was für außerordentliche Geschenke ihnen aus den Taschen des deutschen Volkes in Form von Jöllen und anderen Liebesgaben gegeben worden sind? Haben etwa die Herren Agrarier deshalb ein Loblied auf die Regierung angestimmt? Sie können doch nicht verlangen, daß wir bessere Kinder sein sollen als jene Herren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist hingewiesen worden auf den Terrorismus, den die angeblichen sozialdemokratischen Gewerkschaften auf Andersgestimmte ausüben. Ich kenne keinen bekannteren Gewerkschaftsfolger, der nicht stets in der energishesten und schärfsten Weise jeden solchen Fall von wirklichem Terrorismus gegen andersgestimmte Arbeiter verurteilt hätte. Solche Leute werden bei uns auf Grund der Statuten ausgewiesen, weil sie die Ehre und das Ansehen des Verbandes schädigen. Ich erinnere aber an die Fälle von Terrorismus zwischen katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften. Zwischen ihnen ist es sogar zu Bräutigamen gekommen. Aus Mitteilungen von hervorragenden interkonfessionellen Gewerkschaftlern können wir feststellen, daß auf beiden Seiten betont worden ist, die Sozialdemokraten seien viel anfälliger in ihrer Agitation als die christlichen und die katholischen Gewerkschaften. Es wird manchen freien Gewerkschaftlern ein großes Verbrechen daraus gemacht, daß sie mit ihren christlichen Kollegen in wirtschaftlichen Fragen nicht zusammengehen wollen. Die katholischen Pfarrer haben aber die interkonfessionellen Gewerkschaften auch nicht anerkannt. Auf dem preußischen Bergarbeiterkongress mußte sogar gegen den Willen der christlichen Gewerkschaftsführer ein Sozialdemokrat für die Zulassung eines Vertreters einer katholischen Parabetteilung auftreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb berührt es mich immer merklich, wenn gegnerische Blätter sich überbieten in der Verächtlichmachung der freien Gewerkschaften und der Erfindung von Schauermärchen. Am wenigsten Ursache haben sicher die Nationalliberalen, über Terrorismus der Arbeiter zu klagen. Ich erinnere an die Profile der Unternehmerklasse und ihren Terrorismus gegenüber Händlern, Konsumenten und Konkurrenten. Oder soll ich den Herren etwa ein Privatimmium leihen über die saarabischen Zustände?

Herr Dr. Mugdan hat behauptet, die Krankenkassen und die Gewerkschaften würden von den Sozialdemokraten vergewaltigt. Er mag ruhig sein — die Gewerkschaften lassen sich nicht vergewaltigen, sie sind durchaus selbständig. Ich gebe zu, es gibt in unseren Kreisen verschiedene Meinungen über das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei. Ich und, wie der Kölner Gewerkschaftskongress gezeigt hat, eine Reihe anderer Gewerkschaftler sind der Ansicht, daß eine Verquickung der parteipolitischen und der gewerkschaftlichen Organisationen nicht angebracht ist. Es gibt ja auch in anderen Parteien darüber verschiedene Ansichten. Herr Dr. Mugdan trat auch für die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften ein. Die Düsseldorf-Richtung dieser Gewerkschaften aber wendet sich in aller Entschiedenheit gegen sein Auftreten und erklärt ohne weiteres die Parabelschauungen der Herren um Eugen Richter für durchaus unmodern.

Dann hat Herr Mugdan behauptet, er hätte nicht von der Münchener Ortskrankenkasse gesprochen. Ich stelle fest, daß Herr Bergmeister Engel behauptet hat, die Münchener Ortskrankenkasse wäre von Sozialdemokraten vergewaltigt und schlecht verwaltet worden. Ferner hat er behauptet, die Gewerkschaften, insbesondere der Bergarbeiterverband, ständen unter dem Einflusse der sozialdemokratischen Partei. Bei der Behauptung, die Ortskrankenkassen im allgemeinen würden von den Sozialdemokraten vergewaltigt, berief sich Herr Bergmeister Engel auf den Zürcher Sitow und Herrn Dr. Mugdan. Das Gerücht entschied aber, der Bergmeister Engel habe nicht in der geringsten Weise den Wahrheitsbeweis führen können, sondern leichtfertig unwahre Tatsachen behauptet. Die Behauptung, daß der Bergarbeiterverband unter dem Einflusse der Sozialdemokratie stehe, stellte darauf ein Zentrumskreditor Anklage in Essen auf. Er behauptete, der Bergarbeiterverband wolle gar nicht die Lage der Arbeiter verbessern, sondern nur die Geschäfte der Sozialdemokratie befördern. Darum hege er so gegen das Berggesetz. Es wäre ihm sogar lieb, wenn die alten Mißstände bestehen blieben. Nach stundenlangen Plaidoyers für und wider hat das Gericht entschieden, daß der Zentrumskreditor in keiner Weise vermocht habe, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu führen! So geht es mit Ihren Behauptungen. Wenn wir einmal Gelegenheit nehmen, eine dieser Verleumdungen herauszugreifen und vor Gericht zu führen, dann klappen die Herren zusammen. Nach meiner Ueberzeugung sollen die Gewerkschaften sich von jeder parteipolitischen und auch religiösen Agitation fernhalten. Aus diesem Grunde bin ich auch ein Gegner der christlichen Sonderbündnisse. Wie es kein christliches Kohlenhändler, keinen christlichen Stahlwerksverband gibt, so brauchen wir auch keine christlichen Gewerkschaften. Die Behauptung, daß die freien Gewerkschaften durch antireligiöse Agitation erschuldert hätten, daß christliche Gewerkschaften entstanden sind, ist unwahr. Aus den „Christlich-sozialen Blättern“ von 1877 und 78 kann ich nachweisen, daß schon damals die Absicht bestand, einen großen neutralen Verband zu gründen. Damals waren es die Herren Stöbel und andere, welche sich aus parteipolitischen Gründen gegen diesen Plan erklärten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben also die Zerplitterung in die Gewerkschaftsbewegung nicht hineingetragen.

Es ist behauptet worden, die christlichen Gewerkschaften seien noch schlimmer als die freien. Tatsächlich werden aber unter den heutigen Zuständen die christlichen Gewerkschaften überhaupt keine selbständige große Zukunft haben. Kein politisch denkender Arbeiter wird jetzt mehr der christlichen Gewerkschaft beitreten, nachdem das Zentrum der Protuberanzung zugestimmt hat und uns das Bergarbeiter-Schwundgesetz (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) gebracht hat. Ich kann mich sogar auf eine Erklärung des Papstes und auf die Bücher hervorragender Katholiken berufen; sie alle sind der Meinung, daß jede Arbeiterorganisation, die ernsthaft für eine Verbesserung der sozialen Lage eintritt, naturgemäß zur Sozialdemokratie führt. (Hört! hört! und Sehr richtig! rechts.) Der Staatssekretär hat sich über die Undankbarkeit der Arbeiter beklagt.

Aber wer die Verhältnisse der Binnenschiffer, der Bergarbeiter, der Heimarbeiter kennt, der muß wissen, daß mindestens sehr große Teile der Arbeiterschaft mit der bisherigen sozialpolitischen Gesetzgebung gar nicht zufrieden sein können. Nur die ersten Anfänge zu einer solchen sind vorhanden, für große Teile der Arbeiterschaft ist noch gar nichts geschehen. Ueber die Zustände in der Zechen „Vorussia“ haben wir Ihnen leider heute nicht das nötige mitteilen können — aber geschenkt wird Ihnen das nicht, warten Sie nur ab! Sonst hätten Sie es hören können, wie unter den Augen der Behörde Verbrechen über Verbrechen verübt werden — ich will nicht sagen: mit Zustimmung der Behörden. Wir hätten Ihnen heute an einer Anzahl von Fällen zeigen können, wie die Gesetze in unterschiedlicher Weise von den Vertretern des Großkapitalismus übertreten werden. Wie gesagt, geschenkt wird Ihnen die Zechen „Vorussia“ nicht, das sind wir schon den Witwen und Waisen schuldig, deren 25 Männer und Väter noch heute in tiefer Grube unbegraben, ungeborgen liegen. Wir haben verhindert, daß man die kleinen Diebe hing, und werden jetzt die großen Diebe nicht laufen lassen.

Graf Vosadowsky sprach vorhin so schön und interessant von den Vorzügen einer geistig entwickelten Arbeiterschaft. Besonders gefreut hat mich, daß er die Blüte der deutschen Industrie in erster Reihe doch auf die Arbeiter — ich schließe die Kopparbeiter mit ein — zurückführte. Aber bei den 1 1/2 Millionen Arbeitern in Hütten, Hochöfen, Walzwerken und sonstigen Betrieben der Stahl- und Eisenindustrie hat die Sozialpolitik noch ein großes unbekanntes Land neu zu entdecken, dessen Beaderung zunächst einmal vorgenommen werden muß, ehe man so viel von unserer Sozialpolitik spricht. In dieser ganzen Debatte ist ebenso wenig wie im Vorjahre auch nur ein Wort darüber gesprochen worden. In erster Linie spreche ich für meine eigenen Berufsgenossen, deren soziale Vervollständigung mir sehr am Herzen liegt, der Feuerarbeiter, die in glühender Hitze eine unglaublich qualitative Arbeit verrichten müssen. Vorschriften über die Arbeitszeit der Eisen- und Stahlarbeiter, über das Sanitätswesen, über ihre Teilnahme an der Unfallversicherung bestehen überhaupt nicht, und soweit einzelne Verordnungen erlassen sind, kümmern sich die Unternehmer nirgends darum. Das Eisen, neben der Kohle eine der wesentlichsten Grundlagen unserer Industrie, wird noch immer in unbeschränkter Arbeitszeit bearbeitet. Die Schloffer und Dreher in den Werkstätten arbeiten im allgemeinen zehn Stunden, in den kleineren, weitab von der Heerstraße liegenden Betrieben aber auch 12, 13 und 15 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine unerhörte Schmutzkonzurrenz, die die Reichsregierung als unlauteren Wettbewerb entschieden bekämpfen sollte, schon damit die Arbeitgeber, die die notwendige Humanität besitzen, nicht länger gehindert werden, zu tun, was Verstand und Gemüt ihnen gebieten. Die Feuerarbeiter aber an den Martins-, Vessmer- und Siemensöfen, die zur Winterzeit in einer Temperatur von über 40 Grad, im Sommer in der reinsten Hölle arbeiten, müssen Tag für Tag ununterbrochen 12 Stunden tätig sein. Nicht genug damit. Wo nicht Doppelschichten eingeführt sind, müssen sie 13, 14, 16, 18 Stunden arbeiten, bis ihnen die Haut vom Gesicht heruntergebrannt und die blaue Farbe aus ihren Blusen vom Schweiß weggespült ist. Nicht die geringste Verordnung beschränkt die Ueberstunden. In der grauamsten Weise werden in vielen Eisen- und Stahlwerken täglich 2-5 Stunden Ueberstunden gemacht. Die Sonntagsarbeit dauert in einer ganzen Reihe von Werken 24 Stunden in der Gluthitze ohne jede Pause, eine unerhörte Grausamkeit! In den Eisenhüttenwerken in Thale im Harz werden monatlich 30-36 Schichten a 12 Stunden gemacht. Bei Höslich in Dortmund, deren Direktor zugleich der Unglücksbringer „Vorussia“ ist, hat ein Arbeiter im Monat Februar vergangenen Jahres 42 Schichten a 12 Stunden gemacht, von den 672 Stunden dieses Monats also 504 bei der Arbeit im Werke zugebracht. (Vielfaches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man als führender Mensch angesichts solcher Zustände mit unserer Sozialpolitik zufrieden sein, Herr Staatssekretär? In den Hütten müssen die Arbeiter vor den Hinfüssen 24 Stunden anhalten; die Sonntagsruhe ist ihnen überhaupt unbekannt. Bei Köln hat ein Gewerbeinspektor festgestellt, daß an 12 Sonntagen hintereinander gearbeitet worden war, während die amtlichen Listen gefälscht waren, so daß es schien, als sei nur jeden Uebersonntag gearbeitet worden! Von einer regelmäßigen Pause kann gar nicht die Rede sein. (Widerpruch des Abg. Beumer.) Ich weiß nicht, wie lange Sie etwa in einem Besenwerder gearbeitet haben, daß Sie es besser wissen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Essen wird während der Arbeit eingenommen; der Henselmann — das Ehegesehir — wird an den Walzstäben gehängt, und während der glühende Stahl durch die Walze rauscht, löselt der Arbeiter seine Suppe oder sein Gemüse auf, wenn es nicht vorher in den Walzkanal gefallen oder von den Rotten angefahren ist. Bei so ungenügender Nahrung und einer Arbeit, bei der den Arbeitern der Schweiß stromweise herunterläuft, wird der Alkoholmißbrauch leicht erklärlich. Wägen die Sittensprediger von hoher Warte aus darüber schelten, wer das selbst mitgemacht hat, weiß, warum der Arbeiter zum elenden Fuzel greift. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Soll uns etwa die weitere Tatsache, daß noch immer Frauen, die Korripkängerinnen des Geschlechts, in allen Zweigen der Eisenindustrie beschäftigt werden, zu begeisterten Anhängern der gegenwärtigen Sozialpolitik machen? In den Hütten, in den Walzwerken werden sie bis zu 16 und 17 Stunden ausgebeutet. Allein in den Hüttenwerken, Walzwerken und Hinfüssen, den denkbar schwierigsten und gefährlichsten Betrieben, werden noch 5600 Arbeiterinnen, darunter 363 Mädchen unter 14 Jahren beschäftigt. Nicht die westdeutschen Unternehmer trifft hier der Vorwurf, sondern die ungeheuer patriotischen und ockerchristlichen Werksbesitzer in Oberschlesien. Gewiß billigt Graf Vosadowsky solche Ausbeutung nicht; auch einzelne Werksbesitzer verabscheuen solche Kinderausbeutung. Aber gerade deshalb wäre es an der Zeit, hier gegen die Schmutzkonzurrenz einzugreifen und die Frauenarbeit in der Eisenindustrie gänzlich zu verbieten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Zustände in den Krupp'schen Werken werde ich bei anderer Gelegenheit ausführlich sprechen; denn es kann doch dem Reiche nicht gleich sein, wenn es von dem Hauptteil seiner Aufträge gibt. Aber allgemein werden im Schwidnau bis zu 14 Stunden täglich, im Prahbau, im Vöndagenwalzwerk bis zu 36 Stunden hintereinander gearbeitet. Ich kenne einen Arbeiter, der in einer mechanischen Reparaturwerkstatt 48 Stunden hintereinander gearbeitet hat. Wenn der Mann nicht selbst einfiel, daß er sich damit ruinieren, so muß man ihn zwingen, dergleichen zu unterlassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Ueberstunden haben sich christliche und freie Gewerkschaftler in einer gemeinschaftlichen Verammlung ausgesprochen. Auch ein Bergbeamter hat sich in derselben Weise geäußert. Bei qualitativ zu ausgedehnter Arbeitszeit muß quantitativ die Arbeitsleistung selbstverständlich sinken. In den meisten Betrieben fehlt es an jeder Ventilation. Ich habe Fälle aufgezeichnet, wo die Arbeiter direkt ohnmächtig geworden sind wegen der schlechten Luft. Auf der Firma Krupp werden die Panzerplatten für unsere Marine glühend in Oelfassins getaucht. Trotz des enormen Gefankes, der sich bei solchen Gelegenheiten natürlich entwickelt, fehlt es an jeder Ventilation! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den Schmelzwerkstätten fehlt es in 76 Proz. der Fälle an der Ventilation. Ferner existieren in den meisten Walzwerken nicht die notwendigen Wascheinrichtungen. Namentlich in Oberschlesien wird für die Körperpflege der Arbeiter gar nichts ausgegeben. In vielen Hütten ist nicht einmal das notwendige Waschwasser zum Händewaschen vorhanden. Der Staatssekretär sprach von den hygienisch notwendigen Maßnahmen in der Eisenindustrie. Aber in einer ganzen Reihe von Industrien, die mit ähnlich giftigen Stoffen zu tun haben, fehlen die Wascheinrichtungen. Auch fehlt es an den Speiseanstalten, so daß die Arbeiter gezwungen sind, ihr mitgebrachtes Frühbrot inmitten der Giftstoffe und der giftigen Dünste einzunehmen. Die Herren von der Rechten, die doch immer so viel Gutes von dem zu sagen haben, was schon für die Arbeiter geschehen sei, sollten sich doch einmal die Schweinerei

in solchen Werken ansehen. Selbst das Trinkwasser fehlt in einer Reihe von Werken. Wenn ich Ihnen erst näheres von den Aborten erzählen würde, würde Sie ein Ubel anfallen. In den meisten Hüttenwerken wird einfach ein Pfosten über zwei Pfähle geschlagen, und zwar werden die Pfosten noch scharfzantig gemacht, damit die Arbeiter sich ja nicht auch nur einen Augenblick ausdrücken könnten, falls sie das bei dem kleinsten Schmutze, der dort herrscht, überhaupt über sich gewinnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat von dem Aufschwung der deutschen Industrie gesprochen. Dieser ist in der Tat enorm. Die Roheisenproduktion, die gewissermaßen einen Wertmesser für die gesamte Industrie darstellt, ist in neun Jahren von 5 1/2 auf fast elf Millionen gestiegen. Dividiert man diese Zahl durch die Zahl der in der betreffenden Industrie beschäftigten Arbeiter, so erhält man als Resultat, daß im Jahre 1896 für 13 000 M. von einem einzelnen Arbeiter Werte erzeugt sind, im Jahre 1895 für 17 000 M. Dem entsprechen aber auch die Dividenden. Im Jahre 1870 teilten die Bergwerksgesellschaften eine Durchschnittsdividende von 9,24 Prozent aus, im Jahre 1900 aber eine solche von 18 Proz., und ähnlich ist die Steigerung in der Eisenindustrie. So sehen die „unerträglichsten Lasten“ unserer Industrie in Wirklichkeit aus. Ich habe 17 der großen und der kleinen Eisen- und Hüttenwerke zusammengestellt und herausgerechnet, daß in 15 Jahren eine Dividende von zusammen 72 bis 500 1/2 Proz. bezahlt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da kann man doch immerhin mehr für die Arbeiter verlangen, auch wenn man nicht auf dem Standpunkte steht, daß die Arbeiter in erster Linie berücksichtigt werden sollten. Die höchsten Löhne in der Eisenindustrie zahlen die rheinisch-westfälischen Werke, nämlich 1340 M. Die nordöstlichen zahlen 1066 M., die sübwesentlichen 1140 M. und die schlesischen nur 888 M. Jahreslohn für den Arbeiter. Die männlichen Eisenarbeiter in Oberschlesien bekamen 1900: 980 Mark, 1903 nur 918 Mark. Die schlesischen weiblichen Walzwerker erhielten im Jahre 1903 nur 823 Mark (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen ist die schlesische Produktion um 32 000 Tonnen gestiegen, während die Arbeiterzahl um 1400 gefallen ist. Da machen Sie sich selber ein Bild von der ober-schlesischen Sozialpolitik! Der Tagesverdienst der Krupp'schen Arbeiter betrug 1904 4,78 Mark. Dabei sind aber schon alle Ueberstunden als normale Arbeitszeit mit eingerechnet. (Hört! hört! bei den Soz.) Es gibt Hunderte und Tausende etwaehene männliche Arbeiter bei Krupp, die täglich unter 3 M. verdienen. Es sind allerdings ungelernete Arbeiter, aber auch der ungelernete Arbeiter hat doch wohl das Recht, sich satt zu essen. (Sehr richtig! links.) Und gerade in jenen Gegenden, wo die Eisenindustrie und das Hüttenwesen blüht, sind die Lebensmittelpreise sehr hoch. Aber die Afford'sche gehen z. B. bei Krupp nicht herauf, sondern herunter. Ich werde mir bei einem anderen Etat die Frage erlauben, ob denn nur auch das Reich für seine Lieferungen bei Krupp billigere Preise bekommen hat. (Sehr gut! links.) — Der Generaldirektor Bahre hat herausgerechnet, daß ein Arbeiter für seine notwendigen Bedürfnisse mindestens 802 M. im Jahre ausgeben muß. Damals aber, als diese Berechnung angestellt wurde, kostete das Pfund Fleisch nur 65 Pf., heute dagegen 90 Pf. bis 1,10 M. Der Lohn ist dagegen in 30 Jahren durchschnittlich um 61 M. gestiegen. Der Oberbürgermeister Schmieding von Dortmund hat in einer Petition die Mindestausgaben eines Arbeiters für seine notwendigen Bedürfnisse auf 1024 Mark jährlich berechnet. Aber diesen Lohn erzielt in Deutschland nur der geringste Teil der Stahl- und Eisenarbeiter. Kein Wunder, wenn die Gesundheitsverhältnisse stark zurückgehen. Bei Krupp waren in der Periode 1893 bis 1903 von 100 Arbeitern 61 krank. Im Jahre 1903 waren es nur 54. Da machten Sie ein großes Geschrei über die Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter. Im Jahre 1904 aber ist der Satz der Krankheitsfälle bei Krupp auf 70,71 Proz. gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei sind die Gesundheitsverhältnisse bei Krupp ja immerhin noch besser als in zahlreichen anderen Werken. So hatte die Krankenkasse einer Zinkhütte 303 Mitglieder, aber 320 Krankheitsfälle im Jahre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In der Stahl- und Eisenindustrie sind die Unfallziffern besonders hoch. Auf 1000 Versicherte ist die Zahl der schweren Unfälle in dieser Industrie von 8,92 im Jahre 1897 auf 11,25 im Jahre 1904 gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Noch erheblich höher ist die Zahl der angemeldeten Unfälle, die 1904 in Dortmund 178, in Bochum 186, in Essen 218, in Oberhausen 244 auf 1000 Versicherte betrug. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch die Unfälle werden Krüppel, Lahme und Sieche geschaffen, und es ist dringend notwendig, auf eine Verminderung der Unfälle im Interesse der Arbeiter hinzuwirken. Vieles sind die Unfälle eine Folge des starken Arbeiterwechsels, und woher kommt das? 1878 hat der Kommerzienrat Bahre zugegeben, daß der Arbeiterwechsel durch die Reduzierung der Löhne hervorgerufen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Vosadowsky hat die Bedeutung der Arbeiter für die Industrie anerkannt. Da ist es umsonst zu bedauern, daß zu den konträditorischen Verhandlungen über die Eisen- und Stahlindustrie keine Arbeiter zugezogen worden sind. Wären die Arbeiter gehört worden, so hätten nicht die unsinnigsten Beschauptungen dort aufgestellt werden können. So wurde da zum Beispiel behauptet, die Weichblechindustrie könnte keine Arbeiter bekommen! Das war unwar. Man konnte nur nicht Arbeiter zu den unerhört niedrigen Löhnen bekommen, die gezahlt wurden. Ich bitte die Regierung, sich eingehend mit den Verhältnissen der Eisen- und Stahlindustrie zu beschäftigen. Es würde sich empfehlen, die Hilfsarbeiter der Gewerbeinspektoren aus den Kreisen der Arbeiter zu entnehmen, da die Gewerbeinspektoren gar nicht in die Einzelheiten des Betriebes eindringen können, weil ihnen von den Unternehmern zu viel Schwierigkeiten bereitet werden. Die Gewerbeinspektoren kommen bei ihrer Tätigkeit sehr leicht in Konflikt nicht nur mit dem Unternehmer, sondern auch mit gewissen Instanzen der Regierung.

Von 82 000 Anlagen sind 21 000 revidiert, davon 14 000 einmal im Jahre. Da kann es kein wundernehmen, daß die Aufsichtsbeamten vielfach keine Ahnung von den Zuständen haben. Ich empfehle dem Herrn Staatssekretär folgende Einrichtung eines Walzwerks zur Nachahmung: Dort wählt jeder Betriebsteil einen Arbeiter; diese Gewählten treten allmonatlich zusammen und inspizieren das ganze Werk und machen Vorschläge für Unfallverhütung. Von ihren 224 Vorschlägen sind nur 12 als unbrauchbar zurückgewiesen worden. Da zeigt sich, daß die Arbeiter durchaus brauchbar als Inspektoren sind. Man sollte endlich aus dem Stadium der theoretischen Erwägungen herauskommen und überall auch Arbeiter als Gewerbeinspektoren anstellen. Das dient ja auch zum Nutzen der Unternehmer; denn die Kosten der Versicherung verringern sich damit. Im englischen Verbau hat man es durch die Mitwirkung der Arbeiter erreicht, daß 30-40 Prozent weniger Todesfälle festzustellen sind. Kommen wir auch bei uns dahin, so werden sich die Kosten der Versicherung bedeutend ernähigen. Jetzt die Regierung durch die Tat, daß wir auf diesem Gebiete etwas von ihr zu erwarten haben, so werden wir das durchaus anerkennen. Es ist immer behauptet worden, die Gewerkschaften seien reine Kampfsorganisationen, sie schürten nur den Klassenkampf. Diejenigen, die das behaupten, möchte ich bitten, das folgende zu beachten — stellen Sie dann noch die Behauptung auf, so möchte ich an ihrem guten Glauben zweifeln: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit über 250 000 Mitgliedern, also die stärkste Arbeiterorganisation der Welt, hat im Juni 1904 an den Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie eine Eingabe gerichtet, worin er diesen auffordert, in Verhandlung mit dem Metallarbeiterverbande einzutreten über die Regelung der Arbeitszeit, über die Festsetzung von Mindestlöhnen, über die Schaffung bestimmter Formen des Afford'hitem's, über die Schaffung von Vorbeugungsmaßnahmen gegen umfangreiche Arbeitsentlastungen bei schlechten Wirtschaftsgängen, über die Einsetzung von örtlichen und Bezirks-Schlichtungskommissionen mit paritätischer Zusammensetzung zur Schlichtung von Streitigkeiten und über die Einsetzung einer Zentralinstanz zur Durchführung und Ueberwachung etwa getroffener Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern.

In der Begründung weist der Metallarbeiterverband ausdrücklich darauf hin, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber schwer geschädigt würden. Er schlägt vor, eine Eingangscommission einzusetzen, um auf diesem Wege zu ruhigen und geordneten Verhältnissen in der deutschen Metallindustrie zu kommen. Aus dieser Eingabe geht unzweifelhaft hervor, daß es dem Metallarbeiterverband bitter Ernst ist mit der Herbeiführung geordneter Verhältnisse im Gewerbe, und es zeigt sich, daß die Behauptung, der Verband habe den Streik in der Elektroindustrie herbeigeführt und geschürt, durchaus unrichtig ist. Was ist nun aus dieser dankenswerten Anregung geworden? Der Gesamtverband der Metallindustriellen hat sofort nach Empfang dieser Eingabe an die einzelnen Industriellen die Befehle erteilt, nicht mit dem Verbande in Verhandlungen einzutreten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Wille zum sozialen Frieden war also auf Seiten der Arbeiter und nicht der Arbeitgeber. Da nun dieser Versuch, auf dem Wege der freien Vereinbarung eine Regelung der Verhältnisse herbeizuführen, gescheitert ist, wäre es um so mehr Pflicht der Reichsregierung, sich der Arbeiter anzunehmen. Sie kann uns doch nicht gleichgültig sein diese Degeneration der Arbeiter, diese Zerrüttung ihrer Gesundheit, diese Deprimierung durch Unfälle und Krankheit. Es handelt sich um eine Arbeiterschaft, auf der die Blüte unserer Industrie beruht. Wer die Ausstellung in Düsseldorf gesehen hat, der wird mit Stolz sagen müssen, daß weder die Pariser noch die Lütticher Weltausstellung eine so leistungsfähige Metall- und Maschinenindustrie gezeigt hat. Es sind nicht etwa nur die Herren Ingenieure und Direktoren, die diese hohe Blüte herbeigeführt haben, sondern, wie schon Graf Posadowsky erklärt hat, in erster Linie die Arbeiterschaft. Es liegt also auch durchaus im nationalen Interesse, für den Schutze dieser Arbeiter zu sorgen. Im Einverständnis mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes schlägt ich der Reichsregierung vor, eine Enquete, womöglich durch die arbeitsstatistische Kommission, über die Lage dieser Arbeiter vorzunehmen zwecks Einleitung einer umfassenden Schutzesgebung für diese Arbeiter. Die Enquete sollte sich erstrecken auf die Feststellung der täglichen Normalarbeitszeit, der Ueberstunden, auf eine Untersuchung über die Einwirkung der langen Arbeitszeit auf die Unfallhäufigkeit und Krankheitszahl, auf Feststellung und Durchführung der bis jetzt erlassenen Schutzbestimmungen, auf Feststellung der von den Werken etwa getroffenen sanitären Einrichtungen. Sollte die Regierung an diese Enquete gehen, dann erlaube ich Sie dringend, sich dabei nicht nur auf die Angaben der Unternehmer zu stützen, sondern auch in weitestgehendem Maße die Organisationen der Arbeiter zuzuziehen. Der deutsche Metallarbeiter wird seine sämtlichen Funktionäre aufweisen, auf Kosten der Organisation der Reichsregierung bei diesen Erhebungen an die Hand zu gehen. Ich glaube, den Beweis erbracht zu haben, daß es dringend notwendig ist, endlich auch einmal die Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie schützen zu lassen, daß sie im Lande der Sozialreform leben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt sich das Haus.
Für den morgigen Schwerinstag schlägt als Tagesordnung Präsi. Graf Harnack vor: 2. Lesung des Antrages Hompesch (3.) und Genossen (Toleranzantrages). 1. Lesung des Antrages Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in die Verfassungen aller Einzelstaaten.

Abg. Graf Hompesch (3.):
Mit Rücksicht darauf, daß die Beratung unseres Antrages noch viele Schwerinstage kosten und dadurch die anderen Parteien in

ihrem Rechte beschränkt würde, verzichten wir vorläufig auf seine Weiterberatung (Lachen bei den Nationalliberalen.), behalten uns aber vor, seine Priorität bei gegebener Gelegenheit wieder geltend zu machen.

Demnach steht nur der Antrag Albrecht auf der morgigen Tagesordnung.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung, Dienstag, den 6. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg.
Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Etatstitel „Ministergehalt“.

Abg. Goldschmidt (fr. Vp.): Mit dem preussischen Wahlrecht macht sich unser Vaterland jetzt doch vor der ganzen Welt lächerlich. Sogar Ausland ist uns ja jetzt darin voraus. Ich bitte den Minister, bei dieser Frage einmal seinen Liberalismus zu zeigen.

So sehr wir dafür sind, daß die Arbeitgeber gleich hohe Beiträge in die Krankenkassen zahlen wie die Arbeiter und demgemäß die gleichen Rechte bei der Wahl des Vorstandes erhalten, so wollen wir doch bei der Reform von höheren Gesichtspunkten ausgehen. Wir verlangen einheitliche Einführung des Proportionalwahlrechts, damit auch die kleinen Arbeiterorganisationen eine Vertretung finden.

Präsident v. Kröcher: Der Abg. Goldschmidt hat gesagt: unser Vaterland mache sich mit dem preussischen Wahlrecht vor der ganzen Welt lächerlich. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung!

Abg. Goldschmidt (zur Geschäftsordnung): Wenn man nicht sagen darf...

Präsident v. Kröcher: Sie dürfen meine Geschäftsleitung nicht kritisieren.

Abg. Goldschmidt: Dann kann ich nur sagen, daß dies Wahlrecht zum Weinen ist.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Es folgen die Kapitel „Versicherungsrevisoren“, „Landräthliche Behörden und Aemter“.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltungen in Berlin und Umgebung“ fährt

Abg. Rünkerberg (fr. Vp.) aus: Die Prostitution zeitigt noch immer große Mißstände. Was ist da zu tun? Einig sind alle darin, daß das jetzige System beseitigt werden muß. Für mich kommt es nur auf die soziale und hygienische Seite an. Deshalb bedauere ich, daß religiöse Männer gewisse Literaturerörterungen wie z. B. die Münchener „Jugend“ bekämpfen. (Loh! rechts.) Ich lenne die „Jugend“ vom ersten Tage ihres Erscheinens. Es ist ein Blatt, auf das wir stolz sein können. (Loh! rechts und im Centrum.) Sie verfolgt hohe künstlerische Ziele. (Schallendes Gelächter rechts.) Stöder hat in Leipzig erklärt, die behördliche Kontrolle sei zu verwerfen. So denken auch viele Aerzte. Andere verlangen, daß gleichmäßig für Männer und Frauen eine Bestrafung wegen Körperverletzung erfolgt, wenn sie wissentlich andere anstecken. Endlich wird scharfe Reglementierung verlangt. In England und Frankreich ist man schon längst davon abgekommen. An eine Kasernierung ist gar nicht zu denken. Wie soll man 5000 Mädchen in Berlin kasernieren? Welche Mittel gibt es nun? Da sind die Fürsorge-Erzählung, Erlaß eines guten Wohnungsgesetzes, Anstellung von Schulärzten. Das alles wird gut wirken. Die soziale Frage läßt sich mit Schlagworten nicht lösen. Ich lege offen das Votum ab, daß ich auch noch

nicht weiß, wie ich helfen soll. Ich will aber den Minister bitten, seine erste Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken und in einem kontrastirischen Verfahren mit den Sachverständigen neue Bahnen zu juchen. (Lebhafter Beifall.)

Minister v. Bethmann-Hollweg: Ich spreche dem Vorredner meinen Dank aus für seine ersten, vorurteilsfreien und eindringlichen Worte. Ich will ihnen gerne Folge geben, wenn auch leider große Schwierigkeiten vorhanden sind, da die Sachverständigen nicht einig sind. (Beifall.)

Das Kapitel wird bewilligt.
Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schmach! — Die Bergleute und der preussische Landtag. Von Otto Hue. — Der 17. Januar in Hamburg. Von Gustav Stengele. — Die Lage in den Vereinigten Staaten. Von A. R. Simons (Chicago). — Die Gewerbeinspektion im Jahre 1904. Von D. Stücken. — Vom Arbeitgeber Staat. Von E. Meyer. — Ortsständiger Tagelohn und Kriminalität in Preußen. Von Dr. Siegfrieda. — Literarische Rundschau: Dr. Bernhard Braune, Die Grundlagen und die Grenzen des Chamberlainismus. Von R. Beer. Dr. Elisabeth Gottscheiner, Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage. Von Therese Schelsinger-Galkin. — Kritiken: Von der Nordwestlichen Eisen- und Stahlwerks-Gesellschaft. Von E. G. Italienisches Gemüse und Obst in Deutschland. Von rts.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 3 des 16. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Wahlrechtskämpfe in verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Von Luise Juch. — Ein Rundgang durch die Heimarbeit ausstellung in Berlin. Von M. L. Der Rehrwert. Von Julian Vorhardt. — Aus der Bewegung: Von der Kation. Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Burg bei Magdeburg. — Der rote Sonntag im Wahlkreis Gießen. — Russische Praxis in Preußen. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Die Beteiligung der Arbeiterinnen an den Vertreterwahlen zu den Ortskrankenkassen. — Einwas von Rot und Kampf schäblicher Textilarbeiter. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Rotigentel: Frauenstimmrecht — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Soziale Gesetzgebung. — Feuilleton: Reme Tefel. Von Emanuel Geibel. (Gedicht.) — Der heilige Lohse oder Triumph der Lüge. Von August Strindberg.

Frauen-Beilage: Die Mutter. Von R. A. Reiffaffon. (Gedicht.) — Unsere Gesundheit: 10. Säuglingspflege. Von Dr. Adams-Lehmann. — Sexuelle Fragen. Von Herr. Kärtz. — Helmloch. Von Georg Herwegh. (Gedicht.) — Der Scharlach. Von Dr. H. Ch. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — In der Frühe. Von Eduard Mörike. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.
Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 3. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben erwähnen wir die farbigen Bilder „Ein Handelsgeschäft“ und „Streng konstitutionell“, sowie die weiteren Illustrationen „Bilder aus Kamerun“, „Aus den Vorbereitungen zum Wahlrechts Sonntag“, „Politik auf der Landstraße“, „Aus Algeiras“, „Die Nachtwache des Jaren“ und „Die Belasteten“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die Scharfmacher am Wahlrechts Sonntag“, „Der rote Mittwoch in Hamburg“, „Hererolung“, „Toleranz-Gedächtnis“, „Elegie des Fräuleins Eusebia Gänsefuß“, „Die große Reichsanstalt“, „Schöne Schläue“, „Die Konterrevolution“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen die Novelle „Der Geschworene“ von Hans Han, eine Betrachtung Rottfuß Kausel über den Verlauf des „Roten Sonntags“ und mehrere satirische Feuilletons.
Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Warenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse — Alexanderplatz

W **EISSE** **W**
W **OCHE** **W**
ir bringen in dieser Woche eisse waaren aller Art, welche eigens für diesen Zweck aufgestapelt, zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Soweit der Vorrat reicht.

Damenwäsche	
Damenhemden, Haustuch mit Spitze	} durchweg 120
Beinkleider mit Stickereivolant	
Nachtjacken in verschiedenen Stoffen mit soliden Besätzen	} durchweg 150
Damenhemden mit Languetto	
Beinkleider aus Renforcé mit Stickerei-Volant, auch Knieform	} durchweg 175
Nachtjacken in Croisé mit Languetto	
Damenhemden, Achselabschluss mit handgestickter Passe, mit Languetto sowie mit Stickerei-Einsätzen verziert	} durchweg 225
Damenhemden aus vorzüglichem Renforcé, Passe mit Madeira-Handstickerei und Handlanguetto	
Damenhemden aus guten Stoffen, mit verschied Stickereien garniert, besonders preiswert	190 225 250

Bettwäsche	
4 hervorragend preiswerte Posten Bettgarnituren (1 Deckbett mit 2 Kissenbezügen):	
Haustuch, Specialmarke	450
Louisianatuch beste Qualität	675
Pa. Damast	675
Damast, extrafein	850
Kissenbezüge mit Languetto	115
Kissenbezüge mit breitem Stickerei-Einsatz	175
Kissenbezüge mit breitem Stickerei-Einsatz	260
Damen-Nachthemden aus Renforcé, mit farbigem Besatz	280
Damen-Nachthemden mit Stickerei-Jabot und Umlegekragen	325 425

Wäschestoffe	
Hemdentuch kräftige Qualität 80/82 cm breit, Mtr.	25, 30, 35, 38, 42 Pf.
Renforcé feine Elsasser Qualität 80/82 cm breit Mtr.	35, 38, 45 Pf.
Maccotuch für feine Leibwäsche, aus Edelbaumwolle, 84 cm breit Mtr.	55, 60, 65 Pf.
Louisianatuch für Leibwäsche, 80 cm breit Mtr.	26, 30, 35, 38 Pf.
Louisianatuch für Bettwäsche, 82/84 cm, Mtr.	38, 48 Pf.
	130 cm Mtr. 65, 78 Pf.
Bettsatin für Bettwäsche, sehr haltbar, 82 cm, Mtr.	45, 55, 70 Pf.
	130 cm, Mtr. 75, 90 Pf. 105
Bettdamast 82 cm, Mtr.	50, 65, 85 Pf. 110
	130 cm, Mtr. 80, 95 Pf. 125 165

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Widler
Gustav Heyse
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung, Siemensstraße 17, aus nach dem Siedlands-Kirchhof in Plohnsee statt.
Rege Beteiligung erwartet
112/1 Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte“
Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.
Am 4. Februar, nachts 12 Uhr, verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Turngenosse 287/4
Gustav Heyse
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 3 Uhr vom Trauerhaus, Siemensstraße 17, aus nach dem Siedlands-Kirchhof in Plohnsee statt.
Die IV. Männer-Abteilung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen
(Filiale Berlin).
Nachruf!
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege
Hermann Neufang
am 2. Februar 1906 im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
162/8 Die Ortsverwaltung.

Dauflagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter
Marie Wöllner
lagen wir allen Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Felix Wöllner nebst Kindern.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 29/14
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Schönemann, Spezial-Ärzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Sect.:
Friedrichstr. 203 Ecke Schützenstraße.
10-2, 5-7 resp. 8, Sonnt. 10-12.

Am Sonntag, morgens 4 Uhr, starb mein lieber, guter Mann, der Former 632
Paul Gast
an Gehirnhautentzündung.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Für die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Hedwig Gast.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. (Ortsverwaltung Rigdorf).
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Max Giese
am 3. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV 8333.

Achtung! Rohrleger und Helfer! Achtung!
Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer
Berlin und Umgegend
im großen Saal von Louis Keller, Koppenstr. 29.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Adolf Hoffmann. 2. Diskussion.
3. Bericht der Schlichtungskommission, speziell der Fall Kraftfeld.
4. Verbandsangelegenheiten.
Kollegen! Da seit Monaten keine Versammlung unserer Branche stattgefunden hat, der Kommission aber mehrere Tarifverträge in den letzten Wochen bekannt geworden sind, ist zahlreicher Besuch erforderlich.

Donnerstag, den 8. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Moabit
bei Peters, Wieleffstraße 24.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Ströbel über:
„Partei und Gewerkschaften“.
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht des sehr lehrreichen, zeitgemäßen Vortrages erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kolleginnen und Kollegen.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. (Bezirk Berlin.)
Mittwoch, den 7. Februar 1906, abends 9 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 20/21:
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bundesrat warum? Referent: Kollege Julius Kaliski.
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung.
[287/5] Die Ortsverwaltung.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!
Donnerstag, den 8. Februar cr., abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Versammlung
der
Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.
Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Verschiedenes.
In dieser Versammlung müssen alle Kollegen gleich von der Arbeit erscheinen. Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Sektionsvorstand. A. A.: Felix Broiske.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Stoch- und Celluloid-Arbeiter.
Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr:
Kommissions-Sitzung.
Vertrauensmänner-Sitzung findet nicht statt. Berichte über Differenzen sind zu geben.
79/15 S. S.: Wildorf.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
Am 5. Februar verstarb unser altes Mitglied
Wilhelm Thieme
im Alter von 38 Jahren an Herzlähmung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofes in Plohnsee aus statt.
Rege Beteiligung wünscht
136/17 Der Vorstand.

Den Kollegen zur Nachricht, daß der Schriftfeger 25318
Gustav Kettner
nach langjährigem Leiden am 5. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Februar, nachm. 4 Uhr, vom neuen Pauls-Friedhofe in Plohnsee aus statt.
Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann.

Dauflagung.
Für die uns beim Hinscheiden meines lieben Vaters erwiesene Teilnahme sprechen allen herzlichsten Dank aus, insbesondere dem Gewerksverein „Kraftfeld“ für den erhabenen Gehalt am Grabe des Entschlafenen. 23068
Ww. Margarethe Martin und Tochter.
Für die vielen Beweise der innigen Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Vaters des Hebräers **Albert Bose** sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders dem Männer-Gewerksverein „Kraftfeld“ und dem Verein der „Chemigraphen D. S. B.“ meinen herzlichsten Dank.
Ww. Antonio Bose.

Arbeiter-Stenographen-Verein
(System Arends)
Mitgl. d. deutsch. Arb.-Stenogr.-Bundes.
Neuer Kursus für Damen und Herren beginnt am 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Lieber, Grenadierstr. 35. Unterricht unentgeltlich. Lehrmittel 1,50 Mark.
287/6



Zu Strändfesten.
Strand-Anzüge 10.— 7.— 6.—
4 Mk. 25
Papier-Anzüge creme 10 Mk.
Strand-Mützen und Hüte 0.75 50 Pf.

Zu Alpenfesten.
Tiroler Joppen 11.— 10.— 7.50 5 Mk. 75
Tiroler Hosen 8.— 5.— 4 Mk.
Wadenstutzen, Lodenhüte, Ledergürtel, Hosenträger, Schmuckfedern, Krawatten, Hemden u. s. w.
sehr billig.

Baer Sohn
Spezialhaus grössten Maßstabes
Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Constantin Meunier
Lebenswerk darunter Monument der Arbeit
Januar bis 21. Februar 1906 — Eintritt 1,00 Mark.
Für Abonnenten des Kunstsalons Keller & Reiner 50 Pf.
Geöffnet Wochentags 10-8, Sonntags 11-7 Uhr. 85/14
Keller & Reiner, Potsdamer Str. 120.
Einzel-Eintrittskarten außer an der Kasse der Meunier-Ausstellung auch im Kunstsalon Keller & Reiner sowie bei A. Wertheim und im Invalidendank.

Allen Freunden und Partীগenossen und Kollegen hiermit zur Nachricht, daß ich in der
Gräfestr. 2,
dicht an der Kottbusserbrücke eine
Restauration
übernommen habe. Für Speisen und Getränke sowie Unterhaltung wird beständ. Sorge getragen und bitte ich daher um geneigte Unterstüzung meines neuen Unternehmens.
Achtungsvoll 792*
Gustav Lehmann,
Einfacher a. D., früher Probenstr. 33.

Ein Riesenposten
180 cm breite bunte
Mocket-Plüsch
vornehm. haltbarer Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur- 5 35 pr. Meter
Extrapreis 5 Wert 750
Bei Abnahme ganz. Stücke 5 15 p. Mtr.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr kostlichen, echt dänischen
Monopoldaunen
(gerollt geschüttelt) Pfund Mfr. 2,85.
3-4 Pfund geschüttelt 1 gr. Oberbett.
Berl. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Bestes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Kleiderspind, 256/13*
Büchereibank, Spiegel, Ausziehtisch, Tischchen, Leppich, Chaiselongue, Bettstellen (Matrassen), Schreibtisch, Büfett, Küchenrichtigung, Neue Königstraße 20, dicht Alexanderplatz.

Zum unverzagten Rehberger
Johannes Fricke, Marstr. 135
Jeden Mittwoch:
Frische Blut- u. Leberturft in bekannter tadelloser Güte.
3 Vereinszimmer, Räume für Besprechungen.
Fernsprecher Amt 2, 3437. 812

Verlangen Sie **Tellus-Zigaretten**
garantiert Handarbeit
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
Die beste der Welt
In jeder besseren Fahrradhandlung Millionen im Gebrauch erhältlich.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Austritt aus der Landeskirche.

Wiederholte Anfragen über die Art des Austritts aus der Kirche und über die Folgen veranlassen uns zu der folgenden Zusammenstellung, die man sich ausleihen und aufbewahren möge.

Wer aus der Landeskirche in Preußen austreten will, hat einen hierauf gerichteten Antrag an das Amtsgericht seines Wohnortes zu senden. Der Antrag kann auch zu gerichtlichem Protokoll erklärt werden.

Es genügt aber ein Schreiben folgenden Inhalts, das datiert und unterschrieben an das Amtsgericht abzusenden ist:

„Ich melde hiermit meinen Austritt aus der Landeskirche und beantrage meinen Austritt aufzunehmen.“

Dieser Antrag stellt das Gericht dem Vorstande der Kirchengemeinde schriftlich zu, der der Antragsteller angehört. Der Austritt selbst erfolgt dann durch persönliche Erklärung des Ausstretenden vor dem Richter. Ohne eine Ladung abzuwarten — in der Regel erfolgt keine Ladung — hat der Austrittswillige nicht vor Ablauf von vier Wochen und spätestens innerhalb sechs Wochen nach Eingang seines Antrages (frühestens also am 29. Tage, spätestens am 42. Tage) sich persönlich bei Gericht zur Abgabe seiner Austrittserklärung zu melden. Dort wird innerhalb dieser 14 Tage seine Austrittserklärung zu Protokoll genommen.

Man achte darauf, daß man ohne besondere Vorladung, auch ohne daß eine Benachrichtigung von der Anmeldung des Austritts ergehen muß, zwischen dem 20. und 42. Tage nach Eingang des Schreibens bei Gericht zu den Stunden, in denen alle der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufzunehmen sind, bei Gericht den Austritt zu Protokoll zu erklären hat. In Berlin finden derartige Aufnahmen täglich (vormittags zwischen 11 und 1 Uhr), bei einzelnen Gerichten nur an bestimmten Tagen, z. B. in Rixdorf am Montag und Donnerstag, zwischen 10 und 12 Uhr statt.

Der Ausstretende kann eine Bescheinigung des Austritts oder auch eine Abschrift des Protokolls verlangen. Die Kosten werden später erfordert. Sie betragen 3 M. für das gesamte Verfahren und etwa 50 Pf. Schreibgebühren.

Der Kirchenvorstand erhält vom Gericht Nachricht von dem erfolgten Austritt.

Welche Rechtswirkungen hat der Austritt aus der Kirche? Keineswegs hebt der Austritt irgend welche Rechte auf. Er hat aber die Wirkung, daß man endlich von der Kirchensteuerpflicht befreit wird. Der Ausstretende ist nämlich zu persönlichen Kirchensteuern vom Schlage des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ab nicht mehr verpflichtet; der im Jahre 1906 Ausgetretene hat also vom 31. Dezember 1907 ab Kirchensteuern nicht mehr zu zahlen. Jedoch muß er zu den Kosten eines außerordentlichen Rates, dessen Notwendigkeit spätestens im Kalenderjahre festgestellt ist, in dem der Austritt erfolgt ist, bis zum Ablauf des zweiten Jahres (im Beispiel also bis zum 31. Dezember 1908) beitragen. Leistungen, die auf besonderen Rechten beruhen oder auf Grundpfänden lasten, z. B. Hauszinsen, Opferpfennige, Biergelder, sind nach wie vor zu zahlen.

Für wen erfolgt der Austritt? Der Austritt hat nur für den, der ihn erklärt, rechtliche Wirkungen. Er wirkt also weder für die Ehefrau, noch — nach der leider zurzeit herrschenden Ansicht — für die Kinder. Diese müssen ihren Austritt ebenfalls in Person erklären, wenn sie austreten wollen. Kinder sind zur Austrittserklärung im Gebiete des Allgemeinen Landrechts, der Rheinprovinz in Nassau und in Hannover vom vollendeten 14. Lebensjahre ab, in Frankfurt a. M. vom vollendeten 16. Lebensjahre ab, in Kurhessen vom vollendeten 18. Lebensjahre ab berechtigt. Genehmigung der Eltern ist nicht erforderlich. Tritt die Ehefrau nicht aus, so hat sie für ihre Person weiter Kirchensteuern zu zahlen.

Zum Markstädter Landfriedensbruch.

Die Regierung wird den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht nur führen, indem sie die Gesetze rücksichtslos anwendet usw.

Fürst Bismarck im preussischen Herrenhaus am 25. Januar 1906.

Das ist der Standpunkt der Schatzmacher: alle Gesetze rücksichtslos gegen die Arbeiterbewegung anzuwenden! In erster Linie gegen etwaige Streikführer. Was darin namentlich in der letzten Zeit von den Gerichten geleistet worden ist, hat man zur Zeit des Sozialistengesetzes kaum zu ahnen gewagt. Seit die verschiedenen Gesetzesvorlagen: Judikationsvorlagen, Kontraktbruchgesetz, formell im Papierloch des Reichstages verschwunden sind, haben sich die strebsamen Juristen mit immer größerem Eifer und Erfolg auf das Strafgesetzbuch geworfen, um Paragraphen zu finden, die sich bei einiger Dehnung und Sinnverwertung gegen streikende Arbeiter anwenden lassen. Schon lange spielt der § 153 der Gewerbeordnung bei der Verurteilung wegen Streikdelikten nur noch eine untergeordnete Rolle, kann man doch mit den Beleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuches, den Nötigungs-, Bedrohungs- und Erpressungsparagraphen, sowie den wegen Landfriedensbruchs, die Streikführer ganz anders verknüpfen, als mit dem § 153 der Gewerbeordnung.

In der neueren Zeit hat die Rechtsprechung aber mit dem Landfriedensbruchparagraphen in einer Weise gewirtschaftet, daß innerhalb kurzer Zeit auf mehrere Tausend Jahre Gefängnis gegen streikende Arbeiter erlassen worden ist. Immer heftiger benutzt die herrschende Klasse die Justiz als Wuchtmittel gegen die Arbeiterbewegung. Nicht nur werden geringfügige Tumulte zu Landfriedensbruch gestempelt und die daran Beteiligten oder auch Nichtbeteiligten zu exorbitant hohen Gefängnisstrafen verurteilt, sondern man erkennt ihnen auch noch die bürgerlichen Ehrenrechte ab. Dies hat nicht etwa nur eine moralische Wirkung, sondern es bedeutet eine Verschärfung der Strafe für die Strafvollstreckung selbst.

Ein klassischer Beweis dafür, wie einfache Tumulte, die sonst noch nicht einmal als eine ordentliche Störmesprache betrachtet werden, zu Landfriedensbruch gestempelt werden, und wie man Streikführer dafür verantwortlich macht, zeigt der Prozeß vor dem Leipziger Schörrichter gegen neun Arbeiter aus Markstädt, wo sich der „Landfriedensbruch“ am 11. Oktober v. J. abspielte hat. Drei davon, die angeblichen „Haupttäter“, hat man auf fünfviertel Jahr ins Gefängnis geschickt und ihnen auch noch die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Mit besonderem Pathos betonte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer: Kennnis, so heißt der erste Bevollmächtigte der Kürschnerverbandsfiliale von Markstädt, habe die Verantwortung für den Landfriedensbruch zu tragen! Dabei konnte ihm nicht einmal nachgewiesen werden, daß er auch nur einen der Arbeitswilligen geschlagen hätte. Vielmehr bekunden diese, soweit sie als Zeugen vernommen wurden, daß er sie stets anständig behandelt habe, und durch andere Zeugen wurde unanfechtbar festgestellt, daß er im Tumult sogar einen trübselhaften Arbeitswilligen beschützte habe. Noch krasser und unhaltbarer wird die Behauptung des Staatsanwalts, wenn man ihn das Kennniszeugnis gegenüberstellt, das der Markstädter Bürgermeister dem Kennnis ausgesprochen hat, daß er ihn nicht anders als einen ruhigen, saftlichen Mann kenne, und daß er von dessen Verhaftung aufs höchste überrascht gewesen sei. Wo die eigentlichen moralischen Verantwortlichen für den Landfriedensbruch sitzen, erfährt man am besten, wenn man die Ursachen des Tumults aufdeckt.

Neben der systematischen Verurteilung streikender Arbeiter zu hohen Freiheitsstrafen geht eine Verschärfung und Verschäkung der Arbeitswilligen durch die behördlichen Organe her, die geradezu

Konflikte heraufbeschwören muß. So war es auch in Markstädt. Die Kürschner haben mit ihren Unternehmern einen auf längere Zeit abgeschlossenen Tarifvertrag vereinbart. Mit der Einführung einer Maschine zur Verarbeitung einer bestimmten Sorte Felle glaubte sich die Firma Walter nicht mehr an den Tarif gebunden und setzte die Löhne eigenmächtig herab. Dies konnten sich die Kürschner um so weniger gefallen lassen, als damit der Anfang einer Tarifdurchbrechung angefangen wurde, die ihre Lage bedeutend verschlimmern mußte. Wie unbedeutend die beabsichtigte Lohnreduktion war, geht auch am besten daraus hervor, daß der Inhaber der genannten Firma als Vorsitzender eines Schiedsgerichts eine andere Firma zur Zahlung des Lohnes verurteilte, weswegen „seine“ Arbeiter ausständig wurden.

Diese ungerechtfertigte Lohnreduktion und der besonders provokierende Schuß, den man den Arbeitswilligen angedeihen ließ, hat schließlich zu dem Tumult am 11. Oktober geführt. Die Arbeitswilligen bekamen nirgends etwas zu kaufen, so verhielten sie sich der Bevölkerung. Abends wurden sie unter dem polizeilichen Schutze nach dem Bahnhof gebracht, wobei sie durch ihr probuzierendes Benehmen die Bevölkerung aufs höchste erbitterten. Der Bürgermeister mußte sich die ihm von der Leipziger Antischaupolizei gegen seinen Willen aufgestellte Verstärkung der Gendarmarie gefallen lassen. Die Eisenbahndirektion in Halle ordnete an, daß aus dem Bahnpersonal eine zwölf Mann starke Hülfspolizei gebildet wurde. Für die Arbeitswilligen wurde ein besonderer Bahneingang geschaffen, damit sie mit dem übrigen Publikum nicht in Berührung kämen. Weiter hatte die Bahndirektion für besondere Wagen gesorgt, worin diese nützlichen Elemente der heutigen Gesellschaftsordnung abends nach Leipzig und früh zurück befördert wurden. Markstädt selbst war durch die verstärkte Gendarmarie und die sonstigen Maßregeln in einen förmlichen Belagerungszustand versetzt worden. So hatte man für eine Stimmung geforgt und einen Zustand geschaffen, woraus ganz naturgemäß Ereignisse entstehen mußten. Zu alledem durfte sich kein Streikpolizei mehr sehen lassen.

Aus dem Juge heraus, in welchem die Arbeitswilligen abends von Gendarmen nach dem Bahnhof gebracht wurden, konnten sie die Streikenden frech verhöhnen, ohne daß die Verhöhten etwas dagegen unternehmen konnten. So ging es bis am Abend des 11. Oktober, als sich auf einmal das Gerücht verbreitete, die Arbeitswilligen seien mit Eisenhüden und Messern bewaffnet. Als dieses nun aus dem Fabrikator trat, empfing sie ein Hurra der angesammelten Menschenmenge, das, wie der Staatsanwalt meinte, durchaus keine Ovation, sondern das Signal zu einem Angriff sein sollte. Allerdings brachte die Vernehmung der etwa 80 geladenen Zeugen auch nicht den Schatten eines Beweises hierfür. Festgestellt ist aber, daß bei den Arbeitswilligen Gegenstände gefunden wurden, die sie eigens zur Schlägerei mitgenommen hatten.

Plötzlich gab es eine Schupferei, darauf fielen einige Hiebe, und nun kam durch den Ruf: Die Arbeitswilligen haben die Messer haufen! die ganze Menschenmenge — nach verschiedener Schätzung etwa 1000 Personen — in ein rasendes Rennen dem Bahnhof zu, so daß alles, was auf der Straße war, mit mußte, ob es wollte oder nicht. Ein Schuhmann sagte aus, daß es ganz unmöglich war, aus dem Strome herauszukommen, er habe mitkommen müssen, obwohl er sich mit allen Kräften dagegen gestemmt habe. Am Bahnhof selbst kam es dann noch einmal zu Schupfereien, weil die Menge auseinander fliehen wollte. Da ist dann gepöbelt und arretiert worden, wen man eben noch erwischte. So ist der mitangelegte Schneidermeister Weid, der auf die Post wollte, in den Menschenstrom gekommen, arretiert worden und bis zur Verhandlung in Untersuchungshaft gemessen.

Das Ergebnis der Verhandlungen des Schwurgerichts brachte von den Folgen des Tumults weiter nichts zutage, als daß ein Arbeitswilliger blutig geschlagen worden ist. Seine Verletzungen waren aber so unbedeutend, daß er ohne ärztliche Hilfe nach Hause fahren und am anderen Tage seine Arbeitswilligendienste, ohne den geringsten Schaden genommen zu haben, wieder aufnehmen konnte. Dem Bahnhofsmeister ist ein vom Bürgerfest abgeplatzter Stein an den Kopf geflogen, wodurch er eine kurze Zeit ohnmächtig war, seinen Dienst aber bald darauf wieder versehen konnte. Dies der nachteilige Landfriedensbruch.

Damit vergleicht man die Anklage und die Beurteilung, allerdings unter „Annahme mildernder Umstände“, wegen schweren Landfriedensbruchs, und noch dazu die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre. Umsonst war der Appell des einen bürgerlichen Rechtsanwalts an seine Klassenossen, die Geschworenen: kein durch Parteibedenken oder durch die gegenwärtige bewegte politische Zeit getriebenes Klassenurteil zu fällen!

Im ersten Teile der Verhandlung spielte die Behandlung der Frage, ob der Streik berechtigt war oder nicht, eine große Rolle, um die Angeklagten, die zum Teil mit dem Streik an sich gar nichts zu tun haben, als Menschen hinzustellen, denen es nur um den Kampf mit dem Unternehmertum zu tun ist, ob sie dazu nun Grund haben oder nicht. Dieser Akt Verhandlung über den Landfriedensbruch machte endlich der eine Verteidiger mit der Bemerkung ein Ende, daß die Behandlung dieser Frage gar nicht hergehöre, wollte man sie aber juristisch beantworten, müsse erklärt werden, daß, wenn die Kürschner die Firma wegen Einhaltung des Tarifs beim Gewerbegericht verklagt hätten, diese zur Zahlung desselben bis zu seiner Ausständigung verurteilt hätte werden müssen.

Zur Charakteristik des Prozesses, daß es sich dabei nur um einen Tendenzprozeß gehandelt hat, dient die Art, wie vom Richteramt sowohl wie vom Staatsanwalt der Streit und Gewerkschaftsbewegung immer nur als Parteifache hingestellt wurde. Man tut so, als könne man den Unterschied von Partei und Gewerkschaft gar nicht, als sei der Kürschnerstreik, und alles was damit zusammenhängt, nichts anderes als parteipolitische Tätigkeit. Welche Wirkung dies auf die Geschworenen haben mußte, geht klar aus dem Urteil hervor. Daß diese Art Rechtsprechung ihr eigener Lohn ist, zumal wenn es in der gleichen Weise wie seit Köstlin weiter geht, sollte auch allmählich jedem bürgerlichen Juristen und Politiker klar werden.

Parlamentarisches.

Eröffnung der Kleinen.

Die extraordinary Steuerkommission, welche die Konservaliven, Nationalliberalen, Antisemiten und das Zentrum neben der Reichsfinanzreformkommission gebildet haben, hat sich für das Vonderollesteuerhystem gegen die Zigarettenindustrie entschieden und der letzteren Kommission einen entsprechenden Gegenschwanz unterbreitet, dessen zwei Hauptparagraphen folgendes bestimmen:

Die Kommission wolle beschließen: An Stelle der §§ 1 bis 18 der Anlage 3 treten folgende Vorschriften:

- § 1. An Eingangszoll ist zu erheben für 1 Doppelzentner:
 - 1. feingeknickten Tabak . . . 800 M.
 - 2. Zigaretten . . . 2000 M.
- § 2. Anher den auf Grund des Tabaksteuergesetzes von dem verwendeten Tabak zur Erhebung gelangenden Abgaben unterliegen der im Zulaufe geknickten Zigarettenabak und die im Zulaufe hergestellten Zigaretten einer besonderen in die Reichssteuer stehenden Steuer, die beträgt:
 - 1. für Zigaretten:

- a) im Kleinverkaufspreise bis zu 10 M. das Tausend 1 M. für 1000 Stück,
- b) im Kleinverkaufspreise über 10 M. bis 20 M. das Tausend 2 M. für 1000 M.
- c) im Kleinverkaufspreise über 20 M. bis 30 M. das Tausend 6 M. für 1000 Stück,

- d) im Kleinverkaufspreise über 30 M. bis 40 M. das Tausend 10 M. für 1000 Stück,
 - e) im Kleinverkaufspreise über 40 M. das Tausend 12 M. für 1000 Stück;
 - 2. für Zigarettenabak:
 - a) im Kleinverkaufspreise über 2 M. bis 3 M. das Kilo 0,20 M. für 1 Kilo,
 - b) im Kleinverkaufspreise über 3 M. bis 5 M. das Kilo 0,80 M. für 1 Kilo,
 - c) im Kleinverkaufspreise über 5 M. bis 8 M. das Kilo 1,00 M. für 1 Kilo,
 - d) im Kleinverkaufspreise über 8 M. das Kilo 2 M. für 1 Kilo.
- Als Zigarettenabak im Sinne dieses Gesetzes gilt aller feingeknickte Tabak, der im Kleinverkauf mehr als 2 M. das Kilo gramm kostet.

Als Kleinverkaufspreis gilt der Warenpreis einschließlich der Steuer.

Der Bundesrat ist ermächtigt, Tabakergzeugnisse von der Art und Form der Zigarette, bei denen das Papierblatt fehlt, der gleichen Steuer zu unterwerfen.

Abg. Feld begründete den Entwurf mit dem Hinweis, daß Geld gebraucht werde und diese neue Form der Besteuerung leicht durchführbar sei. Sachmänner hätten daran mit gearbeitet. Abg. Behr bezweifelte, daß Sachleute dieses leichtfertig zusammengegebene Maßwerk (Ordnungsruß) mit geschaffen hätten. Was solle die neue Steuer einbringen? Sein Wort sei darüber gesagt. Bei welcher Schnittstärke beginne der feingeknickte Tabak? Sein Wort darüber enthalte die Vorlage. Dagegen akzeptiere sie alle polizeimäßigen Vorschriften über Kontrolle und Defraudation, wie die Regierungsvorlage, die nun als gefallen zu betrachten sei. Die Vorlage besorge die Geschäfte des amerikanischen Trusts. Redner tadelt noch, daß der Antrag erst heute in die Kommission gelangt sei. Wegen ihm gälten alle Gründe, die gegen die Regierungsvorlage sprächen. — Inzwischen war von sozialdemokratischer Seite der Antrag eingebracht worden, den Vonderollesteuer zunächst dem Plenum des Reichstages zur ersten Beratung zuzuleiten. Abg. Rolke nahm zur Sprache einzelne Bestimmungen der Vorlage und schilderte die technische Unausführbarkeit derselben. Geld habe nun die Schnittstärke auf drei Millimeter angegeben, aber wann solle die Schnittstärke gemessen werden? Vor oder nach dem Einrotzen des Tabaks? Die kleinen Fabrikanten würden dadurch bestraft; denn sie schneiden mit der Handmittels nicht gleichmäßig. Man arbeite an der Ruinierung des Kleingewerbes und fördere das Vordringen des amerikanischen Trusts. Feld gibt an, es sollten 15 Millionen aus der Vonderollesteuer gezogen werden. Er bleibe dabei; der Entwurf sei mit sachmännlicher Hilfe zustande gekommen. Wiener (fr. Rp.) ist grundsätzlich gegen den Antrag, der die Industrie so schwer belaste wie die Regierungsvorlage. Dietrich (l.) behauptet, die Entwicklung der Industrie werde durch den neuen Entwurf nicht zurückgeführt. Der Direktor im Schöppant, Kühn, erklärt, die Regierung habe noch keine Stellung zu dem Entwurf genommen, manche Bedenken gegen die Vonderollesteuer seien gefallen. Sie stimme zu, wenn 1. derselbe Ertrag erzielt werde, 2. kein Rückgang des Konsums zu befürchten sei, 3. die Fabrikation nicht zu sehr belästigt werde.

v. Elm (Soz.) bezeichnet den Entwurf als ein Gesetz zur Vernichtung der Kleindustrie. Die Kontrolle zur Ausführung bringe ein Justizsystem über die Fabriken; die Kosten würden große sein. Im Tabaksteuergesetz der Zoll auf feingeknickten Tabak auf 300 M. festgelegt, hier werde er auf 800 M. geschraubt — was sei nun gültig? Derartige Widerfinn durchziehe das ganze Gesetz. Müller-Gulda (3.) und Wolf (Antif.) verteidigen den Entwurf, während Staden, Schmalfeld, Behr, v. Elm und Wiener ihn bekämpfen. Behr konstatiert, daß die Vertreter des Verbandes der Zigarettenindustrie aus den Vordrängen der Kommission weggewiesen worden seien, so daß es nicht mehr möglich sei, von ihnen in einzelnen Fragen sofort ein Gutachten zu erlangen. Diese Gutachter verteidige man und hole sich Winkel-fabrikanten als Sachverständige für unpraktische Gesetzesvorlagen.

Bei der Abstimmung erhält die Regierungsvorlage keine Stimme, die Zigarettenpapiersteuer ist demnach abzulehnen. Der sozialdemokratische Antrag, den Gegenschwanz über Vonderollesteuer dem Plenum zur ersten Beratung zu überweisen und die Beratung in der Kommission auszusetzen, wird gegen die acht Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt. Dann wird der § 1 des neuen Entwurfes mit 19 gegen 9 Stimmen (Sozialdemokraten, Freisinnige und Polen) angenommen. Bei § 2 entspinnt sich eine weitere Debatte, in der Abg. Behr feststellt, daß durch die Steuer auf feingeknickten Tabak der inländische Tabak mit betroffen wird, während man sonst vorgebe, den inländischen Tabak zu schützen. Die Zigarettenindustrie verbräutet nämlich circa 10 Proz. inländischen Tabak. Ferner greife das Gesetz auf die Zigarettenindustrie über, denn der Schlusssatz treffe die Zigaretten- und Zwischenabakindustrie. — Die Mehrheit stimmt und stimmte mit demselben Stimmenverhältnis für den § 2. Dann wurde die Beratung vertagt.

Die Subkommission des Reichstags führte gestern die Beratung des dritten Nachtragsbatails für die Kolonien zu Ende und bewilligte die Forderung von 2407875 M. Die Schutztruppe in Ostafrika soll dauernd auf eine Anzahl von 2010 farbigen Soldaten gebracht werden. Außerdem sollen aus Anlaß der Anzüge vorübergehend weitere 500 Mann farbiger Soldaten eingestellt werden, und zwar 382 Sudanesen und 118 sonstige farbige Mannschaften. Zu einer längeren Debatte führte die Forderung, das fremdländische farbige Element in der Schutztruppe härter als bisher zu bemessen. Der Umfang der letzten Anzüge soll zu dieser Maßnahme drängen. Die Regierung verlangt daher die Anwerbung von 300 Sudanesen in Ostafrika, deren Anwerbung nebst Transportkosten sich auf 100000 M. belaufen; ferner 150 Vafuleute (Neu-Guinea) und 150 Logo, oder Kameruneger. Kostenpunkt dieser Anwerbung nebst Transport 117250 M. Ueber die Zweckmäßigkeit bezw. Gefährlichkeit, die Angehörigen fremder Stämme und Rassen in Ostafrika als Soldaten zu verwenden, wurde lebhaft diskutiert. Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe erklärte, daß der Gouverneur in Ostafrika die Anwerbung fremder Soldaten deshalb für notwendig halte, weil mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß schließlich die jezt teilweise einander noch feindlich gegenüber stehenden Regierungen sich vereinigen! Die aus Eingeborenen gebildete Schutztruppe biete dann keine Gewähr mehr für Treue und Zuverlässigkeit. Der Gouverneur rechne also bereits mit einer Koalition aller Regierungen und — was die Folge einer solchen Koalition sein dürfte — mit einem großen Kolonialkrieg. Auch die im „Vorwärts“ schon besprochene Denkschrift des Gouverneurs von Ostafrika über den dortigen Zustand enthält solche Andeutungen, indem gesagt wird: Kolonialpolitik sei immer Er-oberungspolitik gewesen und Kolonialkriege werden daher stets zu den notwendigen Folgen der Kolonialpolitik gehören. Die deutsche Kolonialpolitik eröffnet immer schönere Aussichten.

Nach Erledigung des Kolonialbatails soll zuerst in die Beratung der Militär-Pensionsgesetz eingetreten werden, weil die rechtzeitige Fertigstellung des ganzen Etats bis zum 1. April ganz ausgeschlossen ist.

Aus der Partei.

Zum Fall Kramer

äußert sich jetzt auch das zweite täglich erscheinende Parteiblatt in Offen, die Rainzer „Volkzeitung“. Sie schreibt:

Genosse Cramer war sicherlich von dem Gedanken geleitet, der Allgemeinheit einen Dienst zu tun. Seine Motive also in allen Ehren! Was aber unternahm Genosse Cramer bei Dichte Befehlen? Er versuchte den Einfluß des Großherzogs mobil zu machen gegen die Selbstverwaltung der Stadt Darmstadt, weil er befürchtete, die Darmstädter Stadtverwaltung könnte sein Projekt aus oben angeführten Gründen ablehnen. Diese Handlung ist ein grober Verstoß gegen die elementarsten Grundzüge der Demokratie und fordert die entschiedenste Abweisung heraus. Dieses auch vom „Offenbacher Abendblatt“ und „Vorwärts“ hervorgehobene Moment steht unumkehrbar fest. Wenn Genosse Cramer dem Widerstand der Hausorgane in der Darmstädter Stadtverwaltung gegen seine Gartenstadt-Idee brechen wollte, so böte sich dazu Gelegenheit genug bei den Stadtverordnetenwahlen. Wir können und das Vorgehen des Genossen Cramer nur dahin erklären, daß er sich über diese Seite nicht völlig klar geworden ist. Aber noch ein Weiteres: Genosse Cramer ist Mitglied des Reichstages und war lange Jahre Mitglied des Landtages; in beiden Körperschaften wurde den Sozialdemokraten die Vertretung im Präsidium unerschütterlich verweigert, weil sie sich nicht zu Hofbesuchen zwingen lassen wollten. Als Vorsitzender eines Gartenstadt-Vereins findet sich Cramer bereit, den Monarchen um Audienzen zu bitten. Man kann und muß verlangen, daß Parteigenossen, zumal wenn sie hohe Vertrauensstellungen in der Partei einnehmen, auch bei ihren Privatunternehmungen nicht Parteitraditionen und Prinzipien verletzen.

Die Mainzer „Volkszeitung“ hat nie im Geruch des „Hyper-Radikalismus“ gestanden; sie schlug sich stets auf den rechten Flügel der Partei. Nichtsdestoweniger diese erste Stellungnahme. Genosse Cramer mag daraus ersehen, daß es keine Kleinliche Rücksicht war, die sich ihm gegenüber seiner Handlung wegen in besorgten Worten äußerte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
Nach einmal die „Franzosen“-Affaire.

Das offiziöse „Polizeibureau“ meldet aus Kiel: Die Redakteure der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ Jvers und Adler wurden wegen Beleidigung des früheren Kapitäns und der Befahung des Kreuzers „Frauenlob“ zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung wurde erlitten in einigen Artikeln der „Volkszeitung“, in denen von Meuterei der Mannschaft gesprochen war.

Soziales.

Heranziehung und Ausbeutung russischer Arbeiter als Schmutzkonkurrenten durch deutsche Industrielle. Vor drei Wochen wurden in Riga russische Arbeiter als Arbeiter für die deutsche Gerresheimer Glasfabrik in Porta Westfalica angeworben. Ein Agent erzählte den Arbeitern, die verwundert fragten, ob denn nicht deutsche Arbeiter genügend vorhanden seien, die Fabrik baue neue Oefen; hierfür fehlten Arbeitskräfte, die Arbeitsbedingungen seien glänzende. Bei freier Wohnung verdienten die Arbeiter mindestens fünf bis sechs Mark täglich. Da der Agent ausdrücklich versichert, nur der Arbeitermangel in Deutschland dränge seine Fabrik zur Anwerbung ausländischer Arbeiter, so schlossen gegen vierzig russische Arbeiter folgenden Arbeitsvertrag, der uns vorgelegt ist und den wir unter Fortlassung der Namen der Arbeiter nachstehend wiedergeben:

Arbeitsvertrag.
Zwischen der Gerresheimer Glasfabrik, Aktiengesellschaft, Glashüttenwerk, vormals Ferdinand Geze und dem Glasmacher . . . Jahre alt aus Riga ist heute folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

Der . . . tritt am . . . 1906 auf der Glasfabrik Porta Westfalica unter den dort üblichen Lohnbedingungen in Arbeit und verpflichtet sich, seine Obliegenheiten gemäß der Arbeitsordnung mit Fleiß und Sorgfalt zu verrichten.

Die Firma gewährt den verheirateten Arbeitern freie Wohnung in der Fabrik und vergütet das Fahrgeld vierter Klasse ab Riga bis Porta Westfalica nach zweijährigem Hiersein. Unter vorstehenden Bedingungen verpflichtet ich mich, vom Tage des Eintritts an ununterbrochen ein Jahr lang bei der Aktiengesellschaft Gerresheim in Porta Westfalica in Arbeit zu bleiben und soll nach dieser Zeit eine Kündigungsfrist von 15 Tagen für jeden Beteiligten ausbedungen sein.

Wir bemerken ausdrücklich, daß nur vorstehend genannte Bedingungen gültig und alle etwa getroffenen mündlichen Vereinbarungen mit unserem Vertreter für die Fabrik in keiner Weise bindend sind.

Oben Genannter hat von der Gesellschaft als Vorschub auf Arbeitslohn 25 Rubel erhalten. Es ist vereinbart, daß diese Summe in Teilzahlungen von mindestens 2 Mark pro Monat von dem 1. April 1906 an der Mitkontrahentin in bar zurückgezahlt wird oder daß diese den Mindestbetrag auf den verdienten Lohn des Schuldners bei den monatlichen und rätierlich bei den wöchentlichen Abrechnungen aufrechnet.

Wird Genannter seine Arbeit auf den Gerresheimer Glasfabriken auf, so kann die Gesellschaft den ganzen rückständigen Vorschub zur Ausrechnung bei der Lohnabrechnung bringen.

Riga, den 9./22. Januar 1906.

Die Arbeitsordnung, die der Vertrag erwähnt, wurde den Arbeitern nicht vorgelegt. Sie glauben, trotz des vorgelegten Hinweises, daß mündliche Veteuerungen keinen Wert haben sollten, den mündlichen Versprechungen. Das würde ja auch jeder andere getan haben, der auf Treu und Glauben hält. Von den gegen 40 so angeworbenen Arbeitern reifen vorab drei nach Porto Westfalica. Dort fiel ihnen auf, daß keineswegs neue Oefen gebaut würden, daß auch keineswegs Arbeitermangel herrschte: im Gegenteil, es waren Referendarbeiter dort. Sie erklärten, daß sie unter diesen Vorbedingungen nicht bleiben wollten. Jedoch berichteten sie eine Schichtarbeit von acht Stunden. Ihnen wurde nur erklärt, daß sie hierfür nur 2 M. erhielten und daß von diesem Lohn noch die Pfeisengelder, Abzuges und Versicherungsbeiträge in Abzug kämen. Die gesamte Situation machte den Arbeitern klar, daß offenbar die Firma die ausländischen Arbeiter an Stelle der zu kündigenden organisierten Arbeiter setzen wollte. Die Arbeiter gaben ihrer Entrüstung Ausdruck, daß man sie als Schmutzkonkurrenten unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland gelockt hatte und verlangten ihre Pässe zurück. Die Rückgabe der Pässe wurde verwweigert. Die Russen suchten nun wiederholt Schutz beim russischen Konsul nach. Der erklärte sich dazu außerstande, da seiner Ansicht nach der Vertrag hinde. Schließlich gelang es den Arbeitern von der Fabrik die Pässe zu erhalten. Den völlig mittellosen Arbeitern wurde die Rückreise durch deutsche Arbeitsgenossen ermöglicht. Sie befinden sich jetzt wieder in Riga, um ihre russischen Landsleute zu warnen, deutschen Agenten zu trauen.

Eine ähnliche Warnung vor den Versprechungen ostelbischer Junker und ihrer Agenten erging bekanntlich vor sechs Jahren von der russischen Regierung aus.

Der oben mitgeteilte Vertrag ist aus verschiedenen Gründen ungültig. Zunächst ist er fast durchweg mit unmündigen Arbeitern geschlossen. Ferner aber ist er durch betrügerische Vorpiegelungen zustande gekommen. Endlich verliert aber auch die Abmachung mit ausländischen Arbeitern für industrielle Betriebe auf eine ein Jahr übersteigende Zeit gegen die über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter ergangenen Ministerialvorschriften. Arbeiter, die auf Grund eines solchen Vertrages nach Deutschland kommen, sind hier völlig schutzlos und fast rechtlos.

Die Ausbeutung des Glends ausländischer Arbeiter, um billige und willige Arbeitskräfte in den industriellen Betrieben zu haben und die gegenüber zu große Ausbeutung von den deutschen Arbeitern errichteten gewerkschaftlichen Schutzmannern zu untergraben, ist einer der vielen Beweise für die Vaterlandsfeindschaft und Gemeingefährlichkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Aus Industrie und Handel.

Erznot. In unserem vorletzten wirtschaftlichen Wochenbericht wiesen wir auf die Bedrängnis hin, in die die deutsche Eisenindustrie infolge der Störungen der Zufuhren von Manganerzen aus Ausland geraten sei. Unsere damals ausgesprochene Ansicht wird jetzt bestätigt durch folgende Nachricht, die uns unterm 5. Februar cr. aus Essen zugeht: Nach einer Meldung der „N. N. Ztg.“ wurde die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im Auftrage der deutschen Ferrumangan verbrauchenden Werke bei der russischen Regierung wegen Beschlagnahme der Wiederherstellung der Bahnen des Kaukasus vorstellig. Die durch die Revolution unterbrochene Zufuhr von Manganerzen aus dem Kaukasus, die bisher nicht wieder aufgenommen wurde, rief in Deutschland eine derartige Anspannung von Ferrumangan hervor, daß deren Weiterdauer unaufhebbar Konsequenzen nach sich ziehen dürfte.

Preissteigerung der Uhren. Die Preissteigerungen, die sich in den letzten Jahren auf den verschiedensten wirtschaftlichen Gebieten bemerkbar gemacht haben, zeigen ihre Wirkungen nunmehr auch in der Uhrenfabrikation. Die Verteuerung der Rohmaterialien hat, nach der „Deutschen Uhrmacher-Zeitung“, die schweizerischen Fabrikanten von Taschenuhren zu Gründungen von Vereinigungen gebracht, die sich die Aufgabe stellen, die Uhrenpreise zu heben. Ähnliche Vereinbarungen sind von den deutschen Großuhrenfabrikanten zu berichten. Auch die Preise der Uhrgläser, Ubrapielen, Gläser und anderer Zubehörtteile sind gestiegen. In Anbetracht an diese Erscheinungen haben die deutschen Uhrmacher bereits entsprechende Preissteigerungen vorgenommen.

Der Handel mit Spirituosen nach China fällt. Wie die amtliche Handelsstatistik ausweist, ist der Import von Spirituosen, der sich 1903 auf 1 320 000 Fr. belief, in 1904 auf 1 815 000 Fr. gestiegen. Großen Wert legt man auf die Ausstattungen. Allerdings ist nicht der künstlerische Standpunkt dabei maßgebend, sondern lediglich der auf Verführung gerichtete spekulative Geist. Es werden vorwiegend eingeführt: Whisky, Gin, Rum, Kognak und Viské. Für den Absatz dieser Fabrikate ist die äußere Ausstattung von nicht unwesentlicher Bedeutung. Wert wird zum Beispiel gekauft billiger Kognak mit glänzend vergoldeter Etikette und drei Sternen, sowie ordinärer Rum in hübscher Aufmachung (halb Strobgelack), auf deren Etikette ein Regentropf sich befindet. Auf Anbringung einer glänzenden Verschlusplakette wird ebenfalls Wert gelegt. Opium, Schnaps und Kanonen! das sind Kulturgüter, mit denen man den Chinesen die europäische Überlegenheit demonstriert.

Eine Umwälzung in der Getreidezufuhr nach Deutschland mit dem Unterittel: Kampf gegen Amerika! proklamiert nach der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ die — russische Regierung. Das genannte Blatt bringt folgende, vorläufig noch sehr nach Reconnissieren riechende Mitteilung:

Die russische Regierung geht gegenwärtig der Aufgabe nach, — die in Aussicht stehende Erhöhung der deutschen Zölle nach einer entscheidenden Anregung gewesen sein — speziell für den deutschen Markt sich Wege zu bahnen, welche dem Hauptkonkurrenten, Nordamerika, den Rang ablaufen könnten, ohne dabei aber die lukrativen Frachtsätze herabzumindern. Sie hat deshalb ihr Augenmerk auf eine Verbindung die Donau hinauf in das Herz Süddeutschlands gelenkt, wo die Preise außerdem beträchtlich höher sind. Das russische Schienenweg würde dann das Getreide bis Neui an der Donau schaffen, wo die Einrichtung großer Elevatoren und Umladevorrichtungen in Aussicht genommen ist. Bereits im Dezember haben in Wien Besprechungen der Vertreter der Südwestbahn-Linie mit der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft stattgefunden, die zur Festlegung dieser Details geführt haben. Ende Januar hat eine gemischte Kommission in Neui die Voruntersuchungen eingeleitet, in betreff der Herstellung dieser Hafenanlagen und der Elevatoren. Gelangt dieser Plan zur Ausführung, dann bedeutet das eine starke Verschiebung des innerdeutschen Getreidehandels, der Schwerpunkt würde von Norden nach Süden verfallen werden und Danzig und Königsberg erlitten einen nennenswerten Abbruch ihres Handels. Allerdings sichert das Bestreben der russischen Regierung, den Export konkurrenzfähig zu erhalten, auch Pflege der Verbindung nach den deutschen Ostseehäfen zu. So hat Russland Ingenieur nach Königsberg kommandiert, um bei Herstellung des Güterverkehrs ohne Umladung, die gegenwärtig wegen verschiedener Spurweiten der Bahn erforderlich ist, mitzuwirken. Die Renuerung soll zuerst bei dem Stränge von Grojeto in Funktion treten, und zwar nach dem System eines deutschen Ingenieurs namens Breitpfecher. — Die russische Regierung entwidelt ja auf einmal eine staatenwärtige Energie. Die Agrarier werden über die Nachricht, die mehr einer Inpiration aus Berlin als einer Petersburger Initiative ähnlich sieht, vergnüglich schmunzeln, da winkt ja für die Ostelbier noch eine Extraerhöhung der Getreidepreise.

Amerikanische Expansionsbestrebungen. Die Dampfergesellschaft Tokio-Aken-Kaisha unterhandelt wegen Erwerbung der Pacific-Rail-Steamsip-Company, die fünf Passagierdampfer besitzt. Der Generaldirektor der japanischen Gesellschaft, Shiraishi hat sich nach Amerika begeben, um mit Harriman darüber zu unterhandeln. Die Tokio-Aken-Kaisha beabsichtigt ferner, auf Ersuchen der brasilianischen Regierung ihren Dampferdienst nach Brasilien auszudehnen. Der Zweck der Erwerbung der amerikanischen Linie ist die Schaffung einer Konkurrenz gegen deutsche Schiffverbindungen. Der Preis für den Ankauf der Pacific-Rail-Steamsip-Company ist noch nicht bestimmt. Ihr Kapital beträgt 10 Millionen Dollar, ihr jährlicher Reingewinn 1 1/2 Millionen Dollar. Sodann hat sich die Firma George Thompson u. Co. vor kurzem in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und in den Aufsichtsrat dieser Aktiengesellschaft sind leitende Persönlichkeiten der White-Star-Linie und der Shaw, Savill u. Albion Line eingetreten. Die White-Star-Linie gehört dem Morgan-Trust an, und mit der anderen genannten Reederei hat die White-Star-Linie resp. der Trust eine Interessengemeinschaft. Das Kapital der neuen Aktiengesellschaft George Thompson u. Co., Ltd., besteht aus 150 000 Doll. 6proz. Vorzugsaktien, 50 000 Doll. Stammaktien und 50 000 Doll. „Management-Shares“. Die Aberdeen Line fährt nach südafrikanischen und australischen Häfen.

Kommerzielle Revolution. In Persien ist eine in der Hauptsache von der Priesterkaste getragene Revolution ausgebrochen, der sich ein großer Teil der Kaufmannschaft angeschlossen hat.

Der Beweggrund für die Kaufleute ist nicht, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, politischer, sondern kommerzieller Natur. Die in Persien durch die Revolution in Ausland eingetretene hohen Preise auf Zucker und sonstige Verkaufartikel in Verbindung mit dem vom persischen Zollminister gehandhabten strengen Zollsystem haben wesentlich mitgewirkt. — Die Herrscherclique in Persien wird natürlich steif und fest, mit jenseitiger Unversöhnlichkeit behaupten, die Unruhen seien das Werk einiger demagogischer Agitatoren.

Dem kranken Mann ist's nicht gut. Der türkische Gesandte hat nach einer Meldung aus Belgrad dem Könige in einer Audienz mitgeteilt, daß die serbisch-bulgarische Zollunion auf die Pforte den schlechtesten Eindruck gemacht habe und jedenfalls einen ungünstigen Einfluß auf die Beziehungen zwischen Serbien und der Türkei ausüben werde.

Eine Preissteigerung von 15 Proz. wollen die Sattlermeister von Köln und Umgebung nach einem am Montag in Köln gefaßten Beschluß eintreten lassen. Begründung: Steigerung der Rohmaterialienpreise.

Aus der Frauenbewegung.

Der Mutterfreit im Rathaus. Die heterogensten Kreise der Gesellschaft waren als Redner in der Versammlung vertreten, die vom „Bund für Mutterrecht“ einberufen, gestern Abend in dem überfüllten Bürgerhause des Rathauses tagte. Drei Frauenrechtlerinnen, zwei praktische Ärzte, eine sozialistische Wortführerin, zwei evangelische Pfarrer und ein Arbeiter beteiligten sich an der Diskussion. Die Referentin, Fräulein Adele Schreiber, übte eine scharfe Kritik an den Gegnern der Bestrebungen des „Bundes für Mutterrecht“. Sie unterschied dieselben in drei Gruppen. Zunächst in die der wirklich sittlich reinen und streng auf Pflichterfüllung beider Geschlechter haltenden Gruppe, dann in die Gruppe der äußerlich strengste Sittlichkeit heuchelnden Männer, die das weibliche Geschlecht des Bürgerhauses sittlich rein erhalten wollten, die Mädchen der unteren Stände aber in sexueller Beziehung für vogelfrei erklärten. Endlich die Gruppe derjenigen, die den unehelichen Müttern und Kindern wohl helfend die Hand reichen, sie aber doch als „Gefallene“ ächte und Püerinnen in ihnen sehen wollen. Der Bund strebe nach der Gleichstellung der Geschlechter. Entweder seien die gefallene Frau und der gefallene Mann beide schuldig und dann beide gleichmäßig unwürdig, Stellungen in der Familie, der Gesellschaft und dem Staate zu bekleiden, oder beide seien unschuldig. Die Anschauung über die Sittlichkeit sei lediglich eine Formfrage. Die Historie und das volkswirtschaftliche Leben lehre, daß das Gesellschaftsleben etwas mit den Zeiten Wechselbare sei. Und deshalb wollten sie, die Bundesangehörigen, das Gesellschaftsleben in eine vollendete Form umwandeln, in der Mutter und Kind nicht mehr zu den Wächtern gehören, die Vaterkraft anerkannt, die Prostitution eingedämmt werde und die durch uneheliche Geburten und außerordentliches Geschlechtsleben hervorgerufenen Verbrechen aufhörten. Die 50 000 Prostituierten Berlins bewiesen schlagend, daß das außerordentliche Geschlechtsleben heute mindestens ebenso groß sei wie das eheliche. Nach der unter lebhaftem Beifall endenden Referentin führte Dr. med. Hammer aus, daß die vom Bund geplante Mutterrechtsversicherung Mädchen der unteren Klassen einfach dazu verleiten werde, die Mutterkraft als einträgliches Gewerbe zu betreiben. „Je mehr Kinder, je mehr Rente“ würde der Wahlspruch lauten. Wenn man so wie die Rednerin rechnen wolle, entstünde die Frage: ob nicht jede Frau eine Prostituierte sei. Hier wurde der Redner durch einen ohrenbetäubenden, langanhaltenden Lärm unterbrochen. In den meisten Fällen treibe die Lust zu diesem Gewerbe und zum Wohlleben und Nichtstun die Mädchen zur Prostitution.

Dr. med. Maruse wandte sich ausschließlich gegen die Ausführungen des Dr. Hammer und betonte, daß die Achtung der Unehelichen Prostituierte schaffe. Sodann hob Pastor Schwichten hervor, daß er und mit ihm sehr viele Deutsche für das höchste Gebot eintreten. Er sei auch der Meinung, daß es mit den unehelichen Müttern und Kindern nicht so bleiben könne. Man müsse die Entgleiten durch die christliche Nächstenliebe zur Pflicht zurückführen. Nach der Richtung hin hätten die Fürsorgeanstalten die besten Erfolge erzielt. Frau Riß Braun erwiderte a tempo, nur die mangelhafte Erziehung und Schulbildung der Kinder des Volkes trüge die Schuld, daß sie sich nach materiellen Genüssen sehnten und der Versuchung zum Opfer fielen. Wenn Herr Dr. Hammer behauptet, nur die Liebe zum Wohlleben und zum Luxus triebe die Mädchen zur Prostitution, aber nicht die troste Not, dann möge er doch mal die Ausstellungen für Heimarbeit besuchen. (Stürmischer Beifall.) Pastor Schwichten möge zu den Rednern gehen und sprechen, die die Mädchen erst verführten. Dieses Christentum habe die Achtung erst eingeführt. Sie wollten dafür die Moral der Tat setzen. (Stürmischer Beifall.) In längerer Schlußrede erinnerte Fräulein Schreiber daran, daß während des ganzen Abends nur immer von der außerordentlichen Mutter gesprochen worden sei, aber das Kind habe doch auch einen Vater. Sei der Vater denn nicht am Dasein des Kindes beteiligt? (Stürmischer Beifall unter den weiblichen Anwesenden.) Die Benutzer der Prostitution seien verheiratete Männer. Die heutige Sittlichkeitsform gebäre nur Ehebruch und Lügen. Im Kampfe des Bundes handele es sich um den Kampf der Wahrheit gegen die Lüge. (Beifall.) Damit wurde die Versammlung geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Unlauterer Wettbewerb und Kurpfuschertum. Eine Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes, die die dritte Strafkammer des Landesgerichts II mehrere Stunden in Anspruch nahm, führte gestern dem Naturheilkundigen Frig Westphal aus Lebnitz bei Oranienburg auf die Anklagebank. Der Angeklagte, der wegen des gleichen Vergehens schon zu 600 M. und zu 1000 M. verurteilt worden ist, betreibt die Pflanzenheilkunde in seiner eigenen Villa in Lebnitz und hält hier in Berlin dreimal in der Woche in einem von ihm gemieteten Zimmer eines Hotels Sprechstunde ab. Er war aus diesem Grunde auch noch wegen unbefugter Ausübung seines Gewerbes im Linberzeichen angeklagt. Der Angeklagte stellt außer anderen Heilstoffen auch einen Tee her, dem er ganz besonders heilsame Wirkungen gegen alle möglichen Krankheiten zuschreibt. Seinen Ankündigungen folgt er den Abdruck des Anerkennungsfehrens eines Prof. Dr. Kohl an, der seine unbeschränkte Hochachtung vor der Heilmethode des Angeklagten in überschweiflicher Weise zum Ausdruck bringt. Ein früherer Termin in dieser Angelegenheit wurde seinerzeit vertagt, da der Staatsanwalt es für nötig hielt, nach der Person dieses Professors Dr. Kohl zu zu forschen. Dieser sollte nach Angabe des Angeklagten ordentlicher Professor in Chicago sein. Staatsanwalt Mundry erklärte aber gestern, daß nach den angefertigten Ermittlungen es sich höchstens um einen Mann dieses Namens handeln könne, der auskühlweise in einer Apotheke beschäftigt sei. Am Kopfe der Prospekt des Angeklagten prangten die Abbildungen mehrerer Medaillen, die dem Angeklagten auf den Ausstellungen von Paris, Hamburg, Bremen und Berlin als Auszeichnungen für seine Heilmethode bzw. seinen Tee zuerkannt worden sind. Die Anklage behauptet, daß diese Auszeichnungen nur auf sogenannten Willen oder Schwindelausstellungen, die von gewerbsmäßigen Ausstellungsveranstaltern arrangiert worden, erzielt worden seien. Der Angeklagte bestritt dieses und behauptete, daß er die Ausstellungen für durchaus ernsthaft und reelle habe halten müssen. Im übrigen verwahrte er sich gegen den Vorwurf, durch falsche Anpreisungen den Anschein eines besonders günstigen Angebots erregt zu haben. Er verfocht die Heilkraft seines Tees und seiner ganzen Heilmethode mit großer Energie, verwies auf zahllose Dankschreiben, die er vorlegen könne und führte auch einige Kranke vor, die behaupten, durch ihn geheilt worden zu sein. — Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und Publikation des Urteils. Wegen der Übertretung der Gewerbeordnung tritt noch eine Geldstrafe von 30 M. hinzu.

Die Geheimnisse des Kabarets „Dorian Gray“ bildeten gestern den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht I. Wegen Diebstahls in vier Fällen war der Dekorateur Haber D o r a n angeklagt. In dem Hause Alsfir. 3 bestand bis vor nicht allzulanger Zeit ein Kabarett, welches den Namen „Casé zum Dorian Gray“ trug. Dieses Casé bestand aus einem großen Zimmer, in dem eine Art Bühne hergerichtet war, auf welcher allabendlich Kabarettvorträge und ähnliche „Aufführungen“ gegeben wurden. Welcher Art diese waren, war längere Zeit Gegenstand umfangreicher Ermittlungen seitens der Kriminalpolizei, da vermutet wurde, daß jene „Aufführungen“ ganz besonderer Art waren, weil die Besucher sich lediglich aus Herren zusammensetzten und Damen der Eintritt streng unterlag. Weiter dieses Kabarets war der Angeklagte Brockmann, der seinerzeit in dem Seidenwarengeschäft von Sommerfeld in der Rosenfelderstraße angestellt war. In diesem wurden längere Zeit hindurch Diebstähle von Seidenstoffen bemerkt, ohne daß es gelang, den Täter festzustellen. Eines Tages drang die Polizei in die Räume des „Dorian Gray“ ein und listete den ersten Teil seiner Geheimnisse. Der Angeklagte hatte größere Rollen Seide von circa 1000 Mark Wert entwendet und zu Dekorationen in dem Kabarett verwendet.

In seinem Besitze fand man u. a. eine große Anzahl von ihm selbst hergestellter unächziger Photographien. Vor Gericht war V. geständig. Der Staatsanwalt beantragte in Anbetracht des großen Vertrauensbruchs des Angeklagten zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Ein Jahr Gefängnis gegen ein Kind! Wegen vorsätzlicher Gefährdung eines Eisenbahntransportes ist am 8. Mai v. J. vom Landgericht Cera (A.) der Dienstmann Paul Franz Girsch in Triesles zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Als er am 14. Februar 1904 im Alter von 13 1/2 Jahren mit anderen Knaben Mäuler und Soldat spielte, kam er auf den Gedanken, einen Zug der nahen Eisenbahn zum Entgleisen zu bringen. Er legte deshalb mehrere große Steine auf die Schienen und brachte dadurch den heranrückenden Zug in die Gefahr zu entgleisen. Das Landgericht hat angenommen, daß G. die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seines Tuns erforderliche Einsicht zur Zeit der Tat besessen hat. Er hatte sich schon früher wegen dieser Tat zu verantworten; das damals gefällte Urteil ist aber auf die Revision seines Vaters aufgehoben worden. — Auch gegen das neue Urteil hatte der Vater Revision eingelegt. Er suchte nachzuweisen, daß es sich nur um einen Dummheitsstreich handle und daß die Einsicht zu Unrecht festgestellt sei. — Das Reichsgericht erkannte aber diesmal auf Verwerfung des Rechtsmittels.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Vergl. Berlin). Mittwoch, den 7. Februar, abends 9 Uhr: Festliche Versammlung in der Industrie-Verkehrshaus, Deutschstr. 20/21. Tagesordnung: Bundesrat warum? Referent: Kollege Julius Kallisch.

Sozialdemokratischer Leseverein und Diskussionsklub. „Zd. Kl.“. Heute, Mittwochabend pünktlich 8 1/2 Uhr bei Volkshaus, Götterstraße 58: Versammlung. Tagesordnung: Diskussion über „Politische Tagesfragen“ Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Monatsschrift des Deutsch-Brasilianischen Vereins Nr. 1. Geschäftsstelle Wilhelmstr. 180.

Von der „Neuen Gesellschaft“. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Wilh. Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., für sechs Monate 6 M., für ein Jahr 12 M.

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Zum Studium und Selbstunterricht in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen. Lieferung 55 bis 59. Herausgegeben von Emanuel Müller-Baden. (Erscheint in 75 Lieferungen zu je 60 Pf. beim Deutschen Verlags-Verlag von U. Co. in Berlin W. 57.)

Blatt. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen. Herausgeber: Georg Bernhard. 4. Heft. (Abonnements einschließlich der Post-Verkäufe, vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.)

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Suchzettel und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

G. S. 49. Zuständig wäre das Amtsgericht. Zweifellos ist, ob die Eltern basten. Zu raten ist die Klage nur nach Bewilligung des Armenrechts gegen den Sohn, den Vater (falls dieser verstorben, die Mutter) und den Lehrer angutzungen. — **A. S. 21.** 1. Schließen Sie den Sie betr. Fall und fügen Sie diesen die Fragen bei; allgemeine Fragen geben meist sehr 2. Wegen Steuern und Alimenten. — **A. S. 6.** 1. In vier Jahren vom Ausgange des Jahres ab, in dem die Barenschuld entstanden oder anerkannt war, verfährt die Forderung für die zu Gehaltszwecken geleistete Bäre. 2. Ja. 3. Es könnte nur der frühere Ehemann gegen das Kind auf Unrechtlingsklärung klagen. — **T. W. W.** Sie befinden sich im Irrtum. — **C. S. 35.** Die Frau kann ihre Forderung in vollem Umfang gegen den Nachlass geltend machen. — **M. S. 30.** Sie hätten dann keinen Anspruch mehr. — **A. S.** Da nichts vereinbart ist, steht Ihnen als Gemeindegeldnehmer ein 14 tägiges Kündigungrecht zu. — **S. 50.** **V. S. 50.** Ja. — **Pantow 108.** Tragen Sie den Sie betreffenden Fall vor und fügen Sie an diese Darstellung Ihre Frage. Allgemeine Anfragen lassen keine bestimmte Antwort zu. — **W. S. 56.** R. und S. Rein. — **G. S. 100.** Die Unfallversicherungspflicht für die Hausgewerbetreibenden der Tabakindustrie mit dem 4. 1. 02, für die der Textilindustrie mit dem 2. 7. 94 (bez. 1. 1. 96), für Werkmeister, Techniker, Lehrer, Erzähler usw. mit dem 1. 1. 00, für alle anderen Versicherungs-pflichtigen mit dem 1. Januar 1891 in Kraft. Früher liegende Wochen wurden nicht mitgezählt. — **P. G. Charlottenburg.** 1. Ja. 2. Rein. — **J. S. 2.** Rein, kommen Sie aber darum beim Magistrat ein. — **P. W. 26.** Falls die Tante Ihrer Frau keine näheren Erben hinterläßt, würden Sie als Kinder, nicht Sie, erben. — **S. S. 12.** 1. Rein. 2. Aufforderung hätte zu erfolgen. 3. Werden Sie sich an den Vorstand Ihres Verbandes. — **S. 16.** Der Antrag wäre leider unzulässig, falls Sie nicht schon jahrelang im Besitze tätig waren. — **A. S. 501.** Beschwerde ist an die Aufsichtsbehörde (Magistrat) zu richten. — **100 R. W.** Die Berechnung des Vorwurfs ist leider in ganzem Umfang unzulässig. — **R. S. 006.** 1. Rein. 2. Ja. 3. An das Gericht erster Instanz. — **M. C. Thacker** und **S. M. 1871.** 1. Klageung erfolgt bei Grundbesitzern und Schlichtern bis am 15. zum 1. nicht ungeleitet vom 1. zum 15. Die Frau ist also im Recht. 2. Werden Sie sich an eine Buchhandlung. 3. Sie müssen es ablehnen, in den Streit über Stenographiesysteme einzumischen. — **C. 100.** Leider nein. — **G. 100.** Entscheidend sind die allgemeinen Erwerbsmöglichkeiten. — **S. 27.** 1. Rein. Sie beauftragen den Gerichtsbevollmächtigten. 2. Ja und Vollstreckungsstellen lassen Sie mit einziehen. 3. Den Antrag können Sie mit dem Erben, einen Gerichtsbevollmächtigten zu beauftragen, an das Amtsgericht richten. — **W. S. 16.** Wenn Sie einen Honorarvertrag unterschrieben haben, ist der Anwalt im Recht. — **G. S. 100.** 1. Ihre Schiedsrichter richtet an den Landrat einen Antrag auf Ruderstattung. Ein Beispiel finden Sie in dem in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“ S. 605 Nr. 95b. 2. Leider ja. 3. Falls eine vollstreckbare Entscheidung vorliegt: ja. — **C. R. 23.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Rein.

— 16jähriger Abonnent. Als Kind sind Sie nach § 1603 verhältlich nur dann Ihren Eltern gegenüber unterhaltspflichtig, wenn Sie bei Bedürftigkeit Ihrer sonstigen Verpflichtungen den Unterhalt ohne Gefährdung Ihres und der übrigen Familienmitglieder Unterhalt leisten können. — **S. S. 205.** Sie müssen klagen. Welches Gericht zuständig ist, hängt davon ab, ob Sie Gewerbe- oder Kaufmannsgehilfen oder in sonstiger Stellung sind. Sie haben hierüber nicht angegeben. — Ein geplagter Mieter. Voraussichtlich wird von Ihnen geschickter Prozeß zu Ihren Gunsten entschieden werden. — **S. W.** Der Einwand der Belangenheit hätte in erster Instanz erhoben werden müssen, kann aber noch jetzt geltend gemacht werden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktbaueinsicht. Rindfleisch Ia 63-66 pr. 100 Pfund, IIa 54-62, IIIa 49-53, IVa 39-47. Kalbfleisch Ia 82-90, IIa 65-80, IIIa 55-64, Hammelfleisch Ia 63-73, IIa 57-62. Schweinefleisch 74-80. Rindfleisch (Fleisch) 0,88-0,90, Dannefleisch 0,45-0,60. Gutes Fett 3,75. Rindfleisch (Fleisch) 0,95-1,10. Hühner pro Stück, alte 1,40-3,40, junge 1,25-1,50, de. IIa 0,00-0,00. Tauben, junge 0,50-0,75, alte 0,45-0,50. Enten, junge 0,60. Gänse pr. 100 Pf. Ia 0,00-0,00, IIa 0,00-0,00, russische 0,40-0,60 M. Schmalz 0,00-0,00 M. Rindfleisch 13-16 pr. 100 Pf. Rinde 96-115 M. Schmalz, groß 0,00 M. Rindfleisch 0,00, mittel 0,00, kleiner 0,00 M. Karpen 0,00, Rheinlachs 0,00, Seelachs 0,00 pr. 50 Stk. Schottische Butter (gelbes) 40-44 M. Eier, Schod 4,00. Butter pro 100 Pfund Ia 118-120, IIa 114-118, IIIa 110-114, abfallende 00-00. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00-2,20, weiße 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Wirsingknoll pr. Schod 7,00-12,00. Weizfisch pr. 100 Pf. 2,75-3,25, Kottel pr. Schod 6,00-10,00, boll 14-16 M. Saure Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Witterungsbericht vom 6. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch in mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer hoch in mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Stromede	768 MD	3 wölfig	—	Daparanda	755	3 wölfig	—	12			
Hamburg	770 MD	2 halb bb.	—	Petersburg	773	2 bedeckt	—	3			
Berlin	768 MD	2 bedeckt	—	Scilly	770 MD	1 bedeckt	—	5			
Frankfurt a. M.	767 M	3 wölfig	—	Aberdeen	762 MD	1 bedeckt	—	4			
Köln	765 MD	3 bedeckt	—	Paris	767 MD	3 bedeckt	—	2			
Wien	766 MD	bedeckt	—								

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 7. Februar 1906.
Nemlich heiter bei fischen südlichen Winden, etwas kühlerer Nord und langsam steigender Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 6. Februar. Elbe bei Magdeburg + 0,25 Meter, bei Dresden — 0,99 Meter, bei Regensburg + 1,97 Meter. — In der Ostsee bei Danzig + 1,55 Meter. — Oder bei Magdeburg — 1,05 Meter, bei Breslau Oberpegel + 1,95 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,97 Meter, bei Frankfurt + 1,70 Meter. — Weichsel bei Braßmünde + 3,38 Meter. — Warthe bei Welen + 1,80 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 7. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Torquato Tasso. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Veiling. Hofmersholm.
Berliner. Der Eiderspennigen Jähmung.
Neues. Liebesleute.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater). Cyprienne.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Zwei glückliche Tage.
Zentral. Der Vogelwandler. Weisen. Die Bauerstöße.
Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.
Metropol. Aus ins Metropol. Kleines. Kinder der Sonne. Komische Oper. Die Bohème. Neudens. Der Prinzgemahl. Trianon. Loulou.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle. Thalia. Bis früh um fünf. Carl Weis. Die lebende Bräute auf Kuban.
Lilien. Ein Sommernachtstraum. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Käfer. Die goldene Brücke.
Apollo. Insel Tulipatan. Im Geistes-Kabarett. Spezialitäten.
Herzens. Familientag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Nach dem Zappentreich. Der Beheme.
Velle-Affiance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Wintersgarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Voffage. Spezialitäten.
Urania. Zauberspaß 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Anfang 8 Uhr: Dr. Donath: Farben-Photographie.
Zierwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Widerspänstigen Zähmung. Donnerstag u. Sonnabend abend: Der Widerspänstigen Zähmung. Freitag: Die Jüdin von Toledo. Sonnabend nachm. 2 1/2 Uhr: Schüler-Vorstellung u. einmäß. Preis: Die Räuber.
Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Liebesleute (Amants). Donnerstag, Freitag: Ein Sommernachtstraum. Sonnabend: Salomo. (Anf. 8 Uhr.) Sonntag: Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater. Abends 8 Uhr:
Kinder der Sonne. Morgen:
Kinder der Sonne.
Zentral-Theater (Operette). 8 Uhr (halbe Preise): Der Vogelwandler.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Donnerstag zum 1. Male: Die Anna-Lie.
Freitag: Pension Schöller.
Sonnabend: So sind sie alle.
Sonntag nachmittag: Maria Stuart.
Abends: Ein Sommernachtstraum.
Montag: Ein Sommernachtstraum.

Komische Oper.
Mittwoch, 7. Februar, abends 8 Uhr:
Die Bohème.
Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag abend: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Der Corregidor. Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Die Bohème.

Apollo-Theater.
Vollständig neues Programm.
Neue Spezialitäten
und Gobert Belling
mit seinen vierbeteiligten Komikern.
Dazu: Insel Tulipatan.
Operette in 1 Akt v. Jacq. Offenbach. Im Geistes-Kabarett.
Pariser Nachbild.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Auf in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Heute zum 100. Male u. folg. Tage:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwau in 3 Akten von L. Karmol und F. Chancel.
Sonntag, den 11. Febr., nachm. 3 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr. 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Jed. Abend 8 Uhr sowie Sonnabend Gastspiel Adolf Philipp.
Zum

50. Er & Ich
Male
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich“.
Montag, 19. Februar, abends 8 Uhr:
Fest-Vorstellung
anlässlich des 25-jährigen
Künstlerjubiläums
von Adolf Philipp.
Billets sind jetzt zu haben.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien Sardou und E. de Nozar.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée équestre.
Das neue Sensation-Program. u. a.:
Reu! Ihre Erzellen! Reu!
Margaretha Fehm Pascha
das Kätzchen des Königslandes.
Reu! The Great Morgana Family.
Reu! The Ergotti u. King Louis Troupe.
Reu! The Great Grand Troupe.
Italische Spiele auf lebendem Biederstall.
Mit Abie Mitchell mit ihren farbigen
20 Studenten 20
Ferner sämtliche Spezialitäten.
Zum Schluss: Die diesjährige große Ausstattungsphantasie
das neue Frauenreich.

Kasino-Theater
Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Die goldene Brücke.
Schauspiel in 3 Akten v. H. Stowronnel.
Im Neuen Theater 3. J. in Sensation.
Erfolg gegeben!
Vorher: Das brill. bunte Programm.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Opferlamm.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Miß Gertrude,
Tänzerin.
Karl Bernhard,
der Humorist.
— Bierzehn Nummern. —
„Und Pepi singt“
(Pepl Weiss).

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 142. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: Der Beheme
u. d. ausgezeig. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Miß Gertrude u. an der Theaterkassette von 10 Uhr nachmittags an.

Walhalla-Theater
Nach Afrika, nach Kamerun.
Austattungspost in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert,
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Montag 8 Uhr.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Schwan in 4 Akten von Franz v. Schönthan und Gustav Stabeburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (I. Teil.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Cyprienne.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Buseh.
Große Wohltätigkeits-Vorstellung
zum Besten der Unterstützungs-kasse der Kameradschaftlichen Vereinigung Berl. (Kriegervereine).
Neu! Sensationell!
Der automatische Mensch!
Zum ersten Male in Europa.
Noch nie dagewesen!
Große Quadrille, geritten auf 12 Schulpferden, die Kunst-u. Schuler. Sign. Natalina Rossi usw.
Zum Schluß (um 9 1/2 Uhr):
Die neueste und größte Schauspielerwürdigkeit Berlins:
Indien.
Origin.-Manege-Ausstattungsstück des Zirk. Buseh in 8 Bild.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Otto Reutter.
Charles Hera, Jongleur.
Sutcliffe-Truppe, schottische Akrob.
Stein-Erette, Handspringer.
Robbins, Kunststradfahrer.
Das „Motogirl“.
Tschin - Maa - Truppe
Chinesische Gaukler und Zauberer.
Mistinguette, Pariser Sängerin.
Rococo, Ballettsozäne.
Clark u. Hamilton, musik. Excentr.
Japanische Garde, Damenensemble.
Biograph.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Die lebende Brücke auf Kuban.
Großes amerikan. sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang und Ballett in 7 Bildern von James Fox.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folg. Tage: Die Vorstell. Sonnabend 4 Uhr: Hansel u. Gretel.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Drummstr. 16.
Zum letzten Male:
Winterstraß.
Schausp. in 5 Akten v. G. Büch-Breffer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Benefiz für Karl Reich: Mit dem Strom!

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wezel, Pietro, Britton, Böckmann, Böhm, Balder, Seibel, R. u. O. Schrader).
Anfang Nachmittags 5 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Moabit. Gesellschaftshaus.
Wicelstr. 24. Zu: H. Peters.
Jeden Mittwoch:
Original-Harburger Sänger
Direktion:
K. Frik u. Kascho-Krause.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf. Vorzugskarten gelten.
Nachher: Tanz.

Urania Taudenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Hörsaal 6 Uhr: Dr. Donath: Farben-Photographie.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 105.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner
Abessiniers.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder,
sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Heute und folgende Tage:
Familientag im Hause Prellstein.
Familienmitglieder:
Fridolin Unterhalt
Emmorich Unterhalt
Samuel S. Unterbott
Frau Wolkenbruch
Jonas Tischkuch
Hannibal Sauerstoff
Frody Elweil
Maurice Archimedes
Flora Prellstein
Kicky v. Kitzky
Monika v. Kitzky
Igel u. Kodak
Stanislaus, Helene
Schestak, Lichtkonfulent (Anton Herrnfeld)
Esau Prellstein (Donat Herrnfeld).
Anf. 8 Uhr. Vorher: 11-2 Uhr.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. G. H. Vorf.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Mlle. Eugenie
Schulmeisterin im Herrenstiel mit Goldschmuck Monte Christo.
Li Bello Jongleur-Écène.
La belle Leona Gelenkphantasin.
Mit **Astre Norton**, die zweite Zuhäret.
Die **Herbiparade**, Schwanf. Familienfeste in Paradies, Preisur- und Jagdgesellschaften unentgeltlich.

Carl Gabriels Volks-Museum
Friedrichstr. 113a, am Oranienb. Tor
Zirkus 2000 Ausstellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold. u. Kind 20 Pf.
Sämt. Räumen 60 Pf.

Etablissement „Neue Welt“
Hasenheide 108/114.
Heute Mittwoch, den 7. Februar:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Der Vetter.
Lustspiel in 3 Aufz. von N. Benedig.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Sämtliche Vorgangarten haben Gültigkeit.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Heute Mittwoch:
Der Walzerkönig.
Feste mit Gesang in 3 Akten.
Sonnt. v. 5, Hochent. 8 Uhr.
Freitag: Balje aus Lomoud.
Sonntag, Romt., Donnerst.: Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkränzen.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Die größte Sensation des Ostens
Am zweiten Bilde:
Die sechs schönen Monologigaretten.
Zuherdem
× das neue Februar-Programm. ×
Otto Pritzkow
Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Liliputaner der Welt.
Die **Zuh. - Künstlerin** Margarete Marjet, Hölleherin Armita, hochgelagerte Wunderdame. Pisto, Wunderkahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Köpern, 1 Kopf, lebend. re.
Niesen, Jovage, Phänomen, Fofire usw.

Carl Gabriels Volks-Museum
Friedrichstr. 113a, am Oranienb. Tor
Zirkus 2000 Ausstellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold. u. Kind 20 Pf.
Sämt. Räumen 60 Pf.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Um 9 1/2 Uhr: Auffichten des berühmten Fegevlischters
Paul Steinitz.
Etablissement Buggenhagen
Koritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasenbeide 108/114. Im größten und schönsten Saale Berlins und Umgegend. Täglich: **Großes Münchener Bockbierfest** Baron Muckl's oberbayrische Bauernkapelle D'Hollertauer. Bedienung durch 30 echte bayrische Mad'n. **Ulk über Ulk.** Anfang täglich 7 Uhr. — Entree M. 0.30. Nächsten Freitag: **Prämierung des kleinsten Damenfußes.** Preise: 60 M., 40 M., 20 M. 711*

TUMA-ZARI Beste 2 Pfg.-Zigarette. 51682*

Schwarzper Friedrichsberg, Jernspitzer Nr. 8. **Adler** Frankfurter-Chaussee 5. **Mittwoch, den 7. Februar:** **Gr. Bockbier-Jubel** und **Willy Walde-Sänger.** Nachher: **Tanzkränzchen.** **Montag, den 12. Februar:** Auf vielseitigen Wunsch! unter Leitung der Brill-Diva Margarete Walkotte. **Volks-Kabarett** Gebr. Arnold. 56682*

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptredaktion Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Invantur-Ausverkauf. Gardinen 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Etagen) 140, 185, 225, 265, 350, 455, 575, 665 ufm. 12018*

Kingshüte Gardinen für 1, 2, 3 Fenster zu spottbilligen Preisen. 12029*

Stores 10 Prozent Rabatt. 185, 225, 265, 350, 425, 550, 675 ufm. *

Verdicktes nur so lange Vorrat. Stück 435. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstrasse 125. 12178*

Invantur-Ausverkauf. Vorseh-Gardinen mit überaus schönem Muster, creme, weiß, Fenster 135, 165, 210, 255, 295, 325, 425 ufm. goldfarbig und rot Fenster 265, 285, 325, 450 ufm. 12048*

Tüllbedecken weiß, creme, für große Betten ausreißend. 195, 225, 285, 375, 450—700. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstrasse 125. 12068*

Invanturpreis. Steppdecken, Simili, Seide, rot, grün, blau, circa 160 bis 200 lang, Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85. 12098*

Steppdecken. Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat. 285, 365, 425, 585, 675, 785 ufm. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstrasse 125. *

Invantur-Ausverkauf. Tüllbedecken mit kleinen Tischleinern in allen Farben. Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 ufm. 12098*

Blüschbedecken. Gelegenheitskauf, mit kleinen Tischleinern, nur so lange Vorrat. 4,55, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 12068*

Blüschkofferte in Wolle und buntem Blüsch, zu Sofaabgaben ausreißend, in allen Preislagen. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstrasse 125. 12108*

Invantur-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 12118*

Wortverleger. edler Blüsch, ein Vollen Wert 5,65, jetzt Stück 4,35; ein Vollen Wert 4,55, jetzt Stück 3,65. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstrasse 125. 12128*

Güterrechte in Wolle und Blüsch (Nimmerlänge) enorm billig. 12138*

Teppiche. importiert Japaner und Berber, 2 Meter lang, nur 3,25. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstrasse 125. 12148*

Invantur-Preis. Sportdecken (zwei Etagen), ein Vollenwert 4,55, jetzt Stück 3,55. 12158*

Günstige Blüsch- und Tischgarnituren enorm billig. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstrasse 125. 12168*

Teppiche mit Farbenflecken farblich nachgetragen. Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 71

Gardinen, Stores, Bettdecken enorm billig. Reihe 1 bis 3 Fenster Extravergütung. Gardinen-Verkaufhaus Kreuzamerstraße 11/12. 12188*

100 Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Bahn, Brenzlauerstraße 22. 7314*

Damenhüte, spottbillig nur Pappel-Allee Nr. 140, Echaus Schönhauser Allee.

Teppiche! (lederhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Dadelhofer Markt 4, Bohusof Hofe. 25410*

Grammophonplatten und Reparaturen. Rosenburg, Brenzlauerstrasse 42, 2. Hof. 11718*

Sofa, wie neu, 21,00. Weide, Große Hamburgerstrasse 18/19. 25620*

Reißhaus Küstnerplatz 7, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art, großes Lager in Blüsch, Betten, Uhren, Godaschen, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Knägen etc. *

Kanarienhähne und Weiden, erste Bundes-Ausstellung Meisterschaftspreis, die goldene Bundesmedaille mit Medaille. Franke, Döllsdorferstrasse 12. 7108*

Kanarienhähne und Weiden, Restaurant Popelstraße von Karl Brühl, Waldemarstraße 54. Gemüßlicher Aufenthalt für Liebhaber und Gäste. 24676*

Chaiselongue, Tischensofa, Tru-mean, mahagoni, mahagoni, kunstliche, Kreuzverband, Bettstellen, einzelne Matratzen ganz billig. Kreuzstrasse 57, vorn Keller, Lazarus. *

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Bahnhofsstrasse 80/81, nahe Spittel-marke. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurück-gezogene und verleierte gewasene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Bettsofa 25,00, Ausziehtisch 16, Anzieh-tische mit Federmatratze und Metallfüß 36, Tischensofa 50, Ganz-sofa 70, Nachtschreibtisch 20, Nach-tisch 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 857*

Steppdecken billigst. Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 71

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Messer, spottbillig. Lude, Oranienstrasse 131.

Reisefläger, Lperngläser, Reif-segen, Regulatoren, Hochuhren, Harmonikas, Geigen, Klaviere, Bett-stühle, spottbillig. Lude, Oranienstrasse 131. 24795*

Waffronen. Petroleumlampen, Speisekannen, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Kleiner, Böttcherstr. 10.

Gründungs: Vorhangenstrasse 32 (Stadt-bahn, Hofbahn: Borschastrasse).

Spezial: Kavenstrasse 6 (Bahnhof-Weg). 11278*

Betten, 17,00, Michel, Dresdenstrasse 38. 24976*

Grünteile, Möbel, Sofas, enorm tiefer Kauf vollständiger Wohn-zimmer-Einrichtungen bekannt billig. Kur Oranienweg 81. * Hermann Dornau. 11898*

Lambourier - Maschinen "Gode-meyer", alleiniger Fabrikant O. Dell-mann, Wolfenbüttelstr. 26, nahe der Landwehrstrasse. 11348*

Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Son-tag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Reine-Milien. 11598*

Einfachere: Borschastrasse 6, 6,00, Borschastrasse 4,75, feine Ge-legenheit, Borschastrasse 46, Möbel-fabrik. 733*

Hochverehrte Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Stoffen herbeizend, 16—35,00. Gebrodenanzüge, Lodenjoppen, Herrenhosen spottbillig. Täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Verkaufshaus, Jägerstrasse 68, I.

Monatsanzüge und Winter-paletots von 5,00 an, Joppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Gebrodenanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, tolle für kostbare Figuren. Neue Garderobe zu haussend billigen Preisen, aus Hand-eln verschaffte Sachen, kauft man am vorteilhaftesten bei Rah. Pulad-strasse 14. 25158*

Blüschsofa, Salongarnitur, Kleider-schrank, Säulentrumeau, elegant, sofort billig veräußert Invalidenstrasse 40/41, hohparterre links, herrschaftlicher Aus-gang. 28616*

Nahbaummöbel, Spinde, Tisch-chen, Bettstellen, Säulentrumeau, Ausziehtisch, Kommode, Spiegel-tisch, Spiegel, Regulator, Bilder, Seiten, Kleiderhaken sofort spott-billig veräußert Waldemarstraße 27, vorn I. 25126*

Parteilokal mit Veranda und Zahlstube sofort zu verkaufen. Näheres bei Röhle, Brunnenstrasse 63, vorn drei Treppen. 25265*

Reparatur, 2000, Zahlstube, so-ort veräußert. Gefragte Bureau-vorsteher Viefner, Reichstr. 18. 25135*

Paarfedern, 100, ungeschädlich, elegant, sofort. Naturwollschmelz. Auch auferstehen. Sommerfeld, Rossestr. 57. 2523*

Kolonial, Obst, Gemüsegeschäft billig veräußert. Zu erfragen Annoncenbureau Kirch, Charlottenburg, Bülowstrasse 32. 25176*

Mittelelsofa, Bettstelle mit Ma-trasse, wie neu, 13 Mark, Dresdenstrasse 54 II. 25166*

Sportwagen, elegant, Verdeck verstellbar, 15,00. Andreasstrasse 77, Hennig. 32206*

Blüschsofa, Bettstellen, Gardinen, Kleiderhaken, Standbetten, Gardinen, Ueberzugschirmen, elegante Steppdecken, Stores billig. Hoffmann, Kaufmann-strasse 32. 25276*

Nähmaschinen, ohne Geld, Woche 1,00. Uhr Gratisabgabe, gebrauchte 12,00 an. Köpenickerstrasse 60/61, Große Frankfurterstrasse 43, Brenzlauerstrasse 59/60. 789*

Nähmaschinen. Zahl bis 10,00, wer Zeitabgabe kauft oder nach-zahlt. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Ohne Anzahlung. Postkarte. Brauer, Tüftelstrasse 50. 733*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte spottbillig. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 und Alt-Borscha 4. 7128*

Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 71

Betten, neue, rosafarbt, zwei Etagen, 18,00. Lohringstrasse 75 III rechts.

Schlafgeschäft, Tisch, Koffer, Material-waren, konfurrenzlos, drei Jahre Anhaber, billige Miete, anschließende Wohnung, nach verhältnismäßig ver-kauf werden. Michaelstrasse 24a.

Heute spottbilliger Uhrenverkauf. Steppdecken, Bettdecken, Verschleissene. Handbühnen-Beidenweg neuzug. 733*

Wollgeschäfts frankheitshalber ver-kauflich. Zu erfragen Ramlersstrasse 23.

Wassenanlage für färbere Dome, Sportfliegenwagen verkauft spottbillig Nordendstrasse 59 II geradezu.

Wegen Familienstörung verlässt elegante Salongarnitur, Blüschsofa, englische Betten dringend billig. Gubenstrasse 17, Hof Aufgang III.

Abreiseshalber verkaufe meine Blüsch bis Donnerstag Salongarnitur, rot, grün Blüschsofa, Schrank, Bettsofa, Tisch, Bilder, Uhr, für Brau-leute passend, auch einzeln. Eiferer-strasse 32, Gartenhaus parterre. 25228*

Gutgehendes Wollgeschäfts frank-heitshalber sofort billig veräußert. Oden, Voigtstrasse 12. 71291*

Kleine Schloßwerkstatt im Zentrum, gut eingerichtet, billig zu verkaufen. Klein, Diefenbachstrasse 74.

Wohrirtschafts -Läden frankheits-halber veräußert. Köpenickerstrasse 36. 754*

Junge Frau muß verkaufen ledig Zimmer Möbel, wie neu, elegant. Blüschsofa 44,00, Ganzsofa 70,00, Salongarnitur, Salonbilder 4,00, Gaskrone, Freischwinger 13,00, Zim-mer, Steppdecken, Stores, Berle-terpisch 5,00, Gardinen, Verschleißene, jeden Preis. Landwehrstrasse 42, II.

Nähmaschinen, alle Modelle, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, ge-brauchte 12,00. Postkarte genügt. Bienenstrasse 6, Allee 113. 25026*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Reich (Postkarte). Verandstr. 11, Reanderstr. 11.

Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark. Dresdenstrasse 38, vorn II links. 85/8*

Chauffeurhülle des Technikum Elektro, Berlin, Reanderstrasse 4. Gründliche theoretische und praktische Ausbildung von Chauffeuren in Tageskursen. Prospekt frei. 204/11*

Kunsttopferei von Frau Kolsch, Charlottenburg, Goebeistrasse 84, I. *

Landbau, Treiben, verpackt mit, ohne Biergeschäft, Langenberg, Neue Ansbacherstrasse 14. 25186*

Saal! Sonnabende, 24. März, 28. April frei. Klubhaus, Innenstrasse 16. 85/12*

Vertebral der Gewerkschaften, Vereinszimmer, 20 bis 130 Personen, noch frei. Seidelstrasse 30. 25026*

Die Verteidigung, die ich gegen Herrn Ostermann, Joachimstrasse 11a, angeschlossen habe, nehme ich hier-durch jurist. Dr. Grottel. 25058*

Lande zu kaufen gesucht, Nähe Landsberger Allee. Preisabgabe. D. Grünig, Grüner Weg 99 II.

Zichere Existenz bietet sich tüchtigem Arbeiter mit kleinem Kapital durch Beteiligung an einer blühenden Wollfabrik. Offerten mit Angabe der Höhe der Einlage unter J. R. 7599 befördert Rudolf Hoffe, Berlin SW.

Theaterverein sucht Herren und Damen als Mitglieder. Offerten Laurinot, Bienenstrasse 17. 790*

Singerbobbin, Ringlichtgesch. Nieme, Seidelstrasse 16. 24916*

Wäsche wird sauber gewaschen bei Schröder, Reimendorferstrasse 18a.

Rosenthaler Vereinshaus, kleiner Saal für Bergnugungsderein noch Sonntag frei. 791*

Sanftmütigen nachmittags lacht Genk, Köpenickerstrasse 60. 25056*

Teereisende, Dienstag 1,50 Mark Quittenscheine 28. 797*

100 Paletots auf Paletots ver-lange Wigerl, Reimendorferstrasse 12, Ecke Gledingstrasse. 755*

50 Paletots auf Paletots verlangt Schmidt, Lohringstrasse 128. 754*

50 Paletots auf Standbussen verlangt Schmidt, Lohringstrasse 128.

Paletots auf bessere Paletots, Stück, auch Wochenlohn bis 20 Mark. Viehch, Weinmüllerstrasse 49 I.

Häfen-Borderei-Streperin, Zu-sammenlegen verlangt Großhufe, Eberstrasse 68. 734*

Gebilde Arbeiterinnen und Tabel-Sortierarbeiten verlangt Jägerstr. 9/10. 233/11

Passenbenden -Arbeiterinnen im und anhem Hause, 15 bis 20 Mark, beschäftigt Marie, Annoncenpl. II. *

100 Paletots auf Paletots ver-lange Nieme, Eberstrasse 9. 24788*

Paletots auf Paletots, Stück, Boden- oder Tischlohn, verlangt Schwarz, Schönhauser Allee 177 b. *

Arbeiterinnen auf Damenhüten verlangt König, Dunderstrasse 83. *

Achtung! Achtung! **Bauhandwerker!** Seit Donnerstag, den 1. d. Mis., befinden sich die Miteigentümer des Bauerverbandes in einer Lösungs-bewegung. 136/19

Sämtliche Bauten folgender Firmen sind gesperret:

H. Schäfer, Warnhold u. Koffe, Schmalfisch u. Velow, Fromm u. Ganss, Karich, Lehmann, H. Bid, Gohlke, Koenigfeld, Ende, Billeroy u. Vogt, C. Knebelsohn, Perino u. Co.

Zuzug ist fernzuhalten! Wir ersuchen die Bauhandwerker um strenge Beachtung obiger Sperren-Notiz.

Die Firmen: Gebrüder Vogel, F. Keller, F. Wäger, W. Zander, J. Böcher, Bilotti, G. Schaffran, Wolf, Werber, Kamin haben unsere Forderungen unter schriftlich anerkannt. Die bei diesen Firmen arbeitenden Miteigentümer müssen sich durch eine gelbe Arbeitskarte ausweisen.

Zentralverband der Maurer. Für die Streckleitung: J. A.: Felix Bräsko.

Spandau. **Achtung! Holzarbeiter!** In der Bauhilfsverei von **Gebr. F. u. O. Reinicke** Spandau, Pichelsdorferstr. 12, befinden sich die Tischler-Maschinenarbeiter und Einzieher im Streit Bau Zimmerstraße, Spandau, Reinicke Bau Nonnendamm, Siemens & Halske Bau Siemens-Schuckert in Fürsten-brunn.

Zuzug fernzuhalten! 791* Die Ortsverwaltung, J. A.: Georg Dünge, Bevollmächtigter

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“ **Osten:** Wengels, Frankfurter Allee 78, Gustav Vogel, Köpenickerstr. 63. **Nordosten:** G. Jucht, Reichstr. 42. J. Reul, Barnimstr. 42. **Norden:** G. Rasche, Rügenstr. 24. Karl Warg, Köpenickerstr. 123. Carl Weise, Bienenstr. 41/42. L. Dechant, Rühlstr. 24. G. Vogel, Demminstr. 32. A. Ties, Invalidenstr. 124. **Nordwesten:** Karl Anders, Salzschleierstr. 8. **Südwesten:** G. Werner, Wittenmalerstr. 30. G. Zährder, Kreuzbergstr. 15. **Süden:** St. Frick, Prinzenstr. 31. F. Gutschmidt, Köpenicker Damm 8. **Südosten:** Paul Böhm, Lützner Weg 14/15. V. Gorch, Engel-Aller 15. **Charlottenburg:** G. Schöner, Eichenbühlstr. 1. **Friedrichsberg:** C. Seifel, Komprinzenstr. 50. **Rixdorf:** W. Heirich, Prinz Handjerystr. 7. **Conrad,** Hermannstr. 69. **Schöneberg:** Wilh. Baumier, Martin Lutherstr. 51. **Weißensee:** W. Recke, Seckstr. 105. **Jul. Schiller,** König-Chaussee 39a. **Reinickendorf:** P. Gurich, Prodingstr. 108. 772*

Vermietungen.

Wohnungen. **Kleinwohnungen,** Zimmer 9, Zinmer, Küche 16, Speisezimmer, Küche 20, Klosett, Sanitärstrasse 12 (Keremannplatz), sofort, April. 286/9*

Hermannstrasse 62, Nordost, neues Haus, Wohnungen von 2 und 1 Zimmer, Balkon, Zubehör, sofort billig zu vermieten. 12233*

Gottschalkstrasse 5/6 in Pantof. Nur Vorderwohnungen von 2 Studien eventuell Bad, Balkon, zum 1. 4. eventuell früher zu beziehen. Näheres beim Verwalter. 23728*

Cudenarderstrasse 30, 37, 38, billige Wohnungen sofort und später. Näheres bei 37. 24728*

Große zweizimmerige Vorder-wohnungen, Kammer 35, hintere 17 und 22,50, Pappellack 128. 753*

Große und kleine Studios und Küche. Gubenstrasse 6. 23456*

Billige Wohnungen Nordost, Raller Friedrichstrasse 211, im Garten-haus zum 1. 4. eventuell sofort zwei Studios und Küche sowie eine Stube und Küche mit großem hellen Korridor. 12389*

Verschiedenes. **Chauffeurhülle** des Automobil-technikums Berlin - Epochen-strasse 11/12, bildet jedermann fürstens zu erstklassigen Automobil-führer aus. Prospekt frei. 29925*

Patentanwalt Bessel, Gütlich-strasse 24a. 17926*

Wandtafel, Prinzenstrasse 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 83/5*

Auspolierung Matratze 4,00, Sofa 5,00, Weide, Große Hamburgerstrasse 18/19. 280/5*

Altes Kleiderständer, Kommode, Schlafsofa laut Eiserl, Wallfischstrasse 35. 85/11*

Verkaufsaule, Sonnabende, Sonn-tag im März, April, 2. Osterfesttag zu vergeben. Schönhauser Allee 28. *

Wassenanlage! Amor, Tölerstr. 1, Schmelzwerk verleiht spottbillig Meyer, Streckerstrasse 23. 791*

Auspolieren, Matratze 3,00, Sofa 5,00, (Postkarte) Besuch sofort. Grenda, Steinwegstrasse 43. 7103*

Rechenunterricht für Bauer und Zimmerer. Ausbildung für Bau-polier. Architekt Buchholz, Eisenach-strasse 103, nahe Bismarckplatz. Anmeldungen 7-9; Sonntags 9-11. 793*

Bereinszimmer mit Pianino noch einige Tage zu vergeben. Restaurant, Allee 21. 11918*

Kleinwohnungen, Zimmer 9, Zinmer, Küche 16, Speisezimmer, Küche 20, Klosett, Sanitärstrasse 12 (Keremannplatz), sofort, April. 286/9*

Hermannstrasse 62, Nordost, neues Haus, Wohnungen von 2 und 1 Zimmer, Balkon, Zubehör, sofort billig zu vermieten. 12233*

Gottschalkstrasse 5/6 in Pantof. Nur Vorderwohnungen von 2 Studien eventuell Bad, Balkon, zum 1. 4. eventuell früher zu beziehen. Näheres beim Verwalter. 23728*

Cudenarderstrasse 30, 37, 38, billige Wohnungen sofort und später. Näheres bei 37. 24728*

Große zweizimmerige Vorder-wohnungen, Kammer 35, hintere 17 und 22,50, Pappellack 128. 753*

Große und kleine Studios und Küche. Gubenstrasse 6. 23456*

Billige Wohnungen Nordost, Raller Friedrichstrasse 211, im Garten-haus zum 1. 4. eventuell sofort zwei Studios und Küche sowie eine Stube und Küche mit großem hellen Korridor. 12389*

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht kleines möbliertes Zimmer sofort. Nähe Moritzplatz. Offerte mit Preisabgabe G. 85 Postamt 79. 26045

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. **Schmelter,** Rog, Eichenstrasse 57. 77*

Görlich, Emil, Hennstrasse 1a. *

Schick, Henry, Rantenschlagstrasse 41.

Bilnder Tischflechter bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeschickt. H. Gläser, Pulad-strasse 27. 14688

Arbeitersekretär gesucht.

Arbeitersekretär gesucht. Für das Arbeitersekretariat Eisen-Aller wird zum 1. April, eventuell etwas später, ein zweiter Sekretär gesucht. Bedingung: Gute Kenntnisse der einschlägigen sozialpolitischen und Berufungsverhältnisse. Besondere Beachtung wird darauf gelegt, daß der Sekretär in Bezug auf rednerische Leistung allen Ansprüchen genügt. Kenntnis von Stenographie und Schreib-maschine erwünscht. 772*

Anfangsgehalt: Mindestens 1200 M. Bewerbungen mit kurzer Angabe über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung werden bis zum 25. Februar unter Beifügung einer Probearbeit über: Die Aufgaben eines Arbeiters- und Gemeinwohlsekretärs erbeten an: **Wilhelm Wohlsein,** Eisen-Aller, Eberdorferstrasse 155.

Stellengesuche.

Wohrirtschafts -Läden frankheits-halber veräußert. Köpenickerstrasse 36. 754*

Junge Frau muß verkaufen ledig Zimmer Möbel, wie neu, elegant. Blüschsofa 44,00, Ganzsofa 70,00, Salongarnitur, Salonbilder 4,00, Gaskrone, Freischwinger 13,00, Zim-mer, Steppdecken, Stores, Berle-terpisch 5,00, Gardinen, Verschleißene, jeden Preis. Landwehrstrasse 42, II.

Nähmaschinen, alle Modelle, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, ge-brauchte 12,00. Postkarte genügt. Bienenstrasse 6, Allee 113. 25026*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Reich (Postkarte). Verandstr. 11, Reanderstr. 11.

Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark. Dresdenstrasse 38, vorn II links. 85/8*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Bornstraß Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Cindencstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 31. Mittwoch, den 7. Februar 1906.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Tempelhof. Zu der heutigen bei Müller, Berlinerstr. 41/42, stattfindenden Mitgliederversammlung erwarten wir, der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen, die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder. Eingeführte Gäste sowie Frauen, letztere ihrer Gefährlichkeit wegen im „Segment“, haben gleichfalls Zutritt. Der Vorstand.

Steglitz. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins heute abend fällt aus. Dafür findet am nächsten Mittwoch eine öffentliche Versammlung bei Schellhase statt mit der Tagesordnung: „Unsere Kommunalwahlen“. Sonntag morgen 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich heute nachmittags zur Beerdigung des Genossen Borch um 3 Uhr bei Schellhase.

Wilhelmsruh. Heute abend 8 1/2 Uhr: Diskutierabend bei Barth, Prinz Heinrichstraße.

Kordens. Mittwoch, den 7. d. M.: Tagung des Wahlvereins bei Krieg, Kasanien-Allee.

Potsdam. Der Wahlverein hält am Mittwoch, den 7. d. M. seine Mitgliederversammlung bei Ladenthin ab. Die Tagesordnung umfaßt Berichterstattung über die Kreiskonferenz usw. sowie einen Vortrag des Genossen P. Riemann über „Die schlesische Milliarde“. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein vierter der vollständigen Vortragsabende, welche von der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse im Laufe dieses Winters veranstaltet werden, findet am Freitag, den 9. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Saale Rosinenstr. 3 statt. Sprecher ist Herr Professor Dr. Heinrich Kohn über den Wert natürlicher und künstlicher Nahrungsmittel und ihre zweckmäßige Verwendung. Zu diesem Vortrage hat jedermann unentgeltlich Zutritt. Rauchen ist jedoch verboten und Getränke werden nicht verabreicht.

Baunfälle. Bei dem Neubau eines Hauses am Kurfürstendamm fiel gestern vormittag ein Stimmchen aus der Höhe der dritten Etage herab und traf den dort arbeitenden 43jährigen Maurer Friedrich Diabo aus der Frankfurterstr. 7, durchschlagend über den rechten Fuß und brachte ihm eine 4 Zentimeter tiefe, bis auf den Knochen gehende Wunde am Hinterkopf bei. Diabo mußte sich in einer Drochke nach der Unfallstation Zoologischer Garten begeben, wo ihm die statt blutende Wunde genäht wurde. Dann mußte er seine Wohnung aufsuchen. — Beim Abladen eines eisernen Trägers, den 18 Arbeiter auf den Jandorfschen Neubau tragen wollten, wurde gestern mittag dem 26jährigen Arbeiter Otto Deutsch aus der Wilmerdorferstr. 132 der Mittelfinger, der Ringfinger und der kleine Finger der linken Hand gequetscht. — Ein ähnlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittags auf einem Bau in der Uhländerstr. Dort fiel ein eiserner Träger dem 19jährigen Maurer Hermann Wolfprung, am Bahnhof Westend 5 wohnhaft, auf die linke Hand und zerquetschte ihm den Ringfinger und den kleinen Finger. Herzliche Hilfe lag bei beiden Unfällen schnell zur Stelle.

Schöneberg.

Stadtvorordnetenversammlung am Montag. Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Einführung des neugewählten zweiten Bürgermeisters Blankenstein.

Eine regelrechte Feuerungsdebatte entspann sich dann bei Gelegenheit der Beratung einer vom hiesigen Lehrerverein und den städtischen Lehrern eingereichten Petition um Gewährung einer Feuerungszulage. Im Verlauf dieser Debatte legte unser Redner unseren schon früher einmal zum Ausdruck gebrachten Standpunkt dar und trat für Berücksichtigung ein. Die Petition wurde schließlich mit einem Gesuch um Änderung der Befehlsordnung für die städtischen Beamten an den Staatsauschuß überwiesen.

Demselben Schicksal verfiel eine Petition des Vereins deutscher Kaufleute, an der fakultativen Fortbildungsschule eine Abteilung für Mädchen einzurichten. Genosse Küter forderte das Obligatorium. Die etwa entstehenden Kosten dürften nicht ausschlaggebend sein. Schließlich gelangte ein Zusatzantrag Sobel zur Annahme, zur Entlastung der Schuldeputation ein Auditorium einzusetzen.

Die Genehmigung eines Fluchtlinienplanes, der den letzten Rest des Besigelandes nördlich der Grunewaldstraße umfaßt, sowie eine Magistratsvorlage um Veränderung der Lüftungsanlagen im Stadtbezirk wurden je einem Ausschuss überwiesen.

In der Sitzung der Schöneberger Gewerkschaftskommission, welche am Freitag, den 2. Februar, bei Obst, Reiningersstr. 8, stattfand, beschäftigten sich die Delegierten mit dem Ausgang der Gewerkschaftswahlen. Die Berichte aus den einzelnen Bezirken ergaben, daß alles glatt von statten gegangen war. Unliebsame Auftritte, wie sie sich vor zwei Jahren vor den Wahllokalen abspielten, sind erfreulicherweise unterblieben. Genosse Baumig kommt dann auf die Wahl im allgemeinen zu sprechen. Ein Vergleich mit den Zahlen von vor zwei Jahren zeige, daß der Stimmzuwachs leider nicht so gewesen sei, wie es nach Lage der Verhältnisse hätte sein müssen. Das läge aber daran, weil sich die Arbeiter gerade bei dieser Wahl in einem zu großen Sicherheitsgefühl wiegten und glaubten, auf eine Stimme mehr oder weniger läme es nicht an. Das wäre verfehlt und es müßte dem in den einzelnen Versammlungen der Gewerkschaften entgegengearbeitet werden. Die Abrechnung mit der Berliner Gewerkschaftskommission ergibt, daß einer Einnahme von 18,75 M. eine Ausgabe von 92,75 M. gegenübersteht. Auf Antrag des Ausschusses wird beschlossen, die Neuwahlen der Delegierten künftig im Januar stattfinden zu lassen, nicht mehr wie bisher im April. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit dem Thema „Massenfleiß“ soll im März stattfinden, in welcher auch die Wahl des Obmannes erfolgen soll.

Der Obmann teilte dann noch mit, daß sich eine Ausschussung auch mit der Frage ausstehender Sammellisten für die Ausgewählten in der Elektroindustrie betreffend zu befassen hatte. Die Namen derjenigen, welche noch im Besitz von Sammellisten sind, sind dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission übergeben worden. Darunter befindet sich auch der Buchbinder Reiche, der in der letzten Nummer des Fachorgans der Buchbinder eine Verächtigung erlassen hatte, deren Verlesung allgemeine Enttäuschung hervorrief. Der Obmann wurde beauftragt, sich in dieser Sache mit dem Vorstand des Wahlvereins in Verbindung zu setzen. Es fehlten die Vertreter der Metzlarbeiter, Tapezierer und Stukkateure.

Pankow.

Der hier bestehende Volksküchenverein hat in seiner letzten Generalversammlung beschlossen, die Speisung derjenigen Schulkinder unentgeltlich zu übernehmen, deren Eltern nicht in der Lage sind, für regelmäßiges warmes Mittagessen zu sorgen. Es soll in den Volksküchenräumen in der Florastr. zu diesem Zwecke ein Zimmer eingerichtet werden, wo die Kinder sich während und nach dem Essen aufhalten können. Für die Kinder derjenigen Eltern, die des Tages über in Fabriken und Geschäften arbeiten und deren Kinder ebenfalls darunter leiden, daß sie kein regelmäßiges warmes Essen bekommen, soll diese Einrichtung ebenfalls dienen; doch soll, wenn die Eltern nicht verarmt sind, für die Speisung pro Kind fünf Pfennig erhoben werden, um das Odium der Verarmung von den Kindern zu nehmen.

Wenn wir auch dieser Einrichtung unsere Sympathie entgegenbringen, so müssen wir doch verlangen, daß auch in diesem Falle, wie bei der Errichtung der Waldschule, es Pflicht der Gemeinde ist, derartige Einrichtungen ins Leben zu rufen und dies nicht der privaten Wohltätigkeit zu überlassen.

Nieder-Schönhausen.

Die Gemeindevertretung beschloß auf Antrag der Schulkommission, vom 1. April dieses Jahres ab die Alterszulagen der Lehrer und Nektoren von 200 auf 225 M. und die Mietentschädigung von 500 auf 550 M. zu erhöhen, die Grundgehälter von 1400 M. für Lehrer und 2100 M. für Nektoren bleiben bestehen, für Lehrerinnen dagegen wurde eine Erhöhung des Grundgehältes von 1100 auf 1200 M. beschlossen. Die Mehrbelastung des Staats durch vorstehende Erhöhungen beträgt 1480 M. jährlich. — Den Gemeindebeamten, welche um Gehaltserhöhung petitionierten, wurde ebenfalls eine Erhöhung ihrer Gehälter zugestimmt. Es wurden erhöht das Grundgehalt für den Rentanten und den ersten Sekretäre von 2100 auf 2300 M., für die zweiten Sekretäre von 1800 auf 1950 M., für die Bureauassistenten von 1600 auf 1650 M., für die Amtsdienner und Vollziehungsbeamten von 1300 auf 1350 M. und für die Nachtwächter von 900 auf 950 M. Zwei Bureauvorsteher wurde eine Funktionzulage von je 100 M. bewilligt. Die gesamte Mehrerausgabe für die Beamten stellt sich auf circa 1450 M.; mit der Erhöhung der Lehrergehälter auf insgesamt 3000 M. jährlich.

Treptow-Baumschulweg.

Ja, die Eltern bewahren auch eine ganze Etage. Wegen die diesjährige Gemeindevorwahlenliste ist von verschiedenen wahlberechtigten Gemeindegliedern Einspruch erhoben worden. In der Hauptsache handelt es sich um die Aufnahme von Wählern, welche bei ihren Angehörigen wohnen und deswegen von der Gemeindebehörde als nicht selbständig betrachtet werden. Schon im vorigen Jahre war aus denselben Gründen Einspruch erfolgt. In der Gemeindevorwahlenliste, welche über die Einsprüche zu befinden hatte, führte der sozialdemokratische Redner aus, daß bei Aufstellung der Liste wohl zweierlei Recht geltend habe, weil Söhne der Besitzenden Aufnahme gefunden, hingegen solche der Nichtbesitzenden, trotzdem sie verhältnismäßig hohe Steuern zahlen, nicht in die Wählerliste aufgenommen wurden. Der Amts- und Gemeindevorsteher machte hierzu die lakonische Bemerkung: „Ja, die Eltern der in der Liste Enthaltenen bewohnen auch eine ganze Etage.“ Die erhobenen Einsprüche wurden abgelehnt.

Die nächste Gemeindevorwahlenliste wird sich mit der jetzt beantragten Ergänzung der Wählerliste zu beschäftigen haben und wir sind gespannt, wie sich die Vertretung in diesem Jahre hierzu verhalten wird.

Weißensee.

Herr Dr. Pape, befohlener Schöffe und stellvertretender Gemeindevorsteher, entwirft sich immer mehr als Allein herrscher. Zum Beweise dieser Behauptung seien nur zwei seiner letzten Handlungen der Öffentlichkeit übergeben. Der Vorstand der Ortskrankenkasse, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wurden in eine Strafe von 5 M. genommen, weil sie einen von Dr. Pape beanstandeten Beschluß nicht rückgängig machten. Bevor noch ein Streitverfahren aufgenommen, wurden bei einigen Arbeitnehmern Spindeln und Sofa gepfändet und erst dem Eintreten des Gemeindevorstehers ist es zu danken, daß die Sachen bis nach Erledigung des Streitverfahrens freigegeben wurden. Zwei in Strafe genommene Arbeitgeber jedoch erhielten ihre bereits rechtskräftig gewordenen Strafmandate zurück, auch eine Pfändung unterblieb. — Der andere Fall wird jedenfalls das Strafgericht beschäftigen. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab Herr Dr. Pape als Vorsitzender des Gewerbegerichts den Geschäftsbericht des letzten Jahres, trotzdem derselbe nicht auf der Tagesordnung stand. Letzteres ist eine Verletzung der Landgemeindeordnung, da nach § 104 die Tagesordnung 48 Stunden vorher bekannt gemacht werden muß. Aber was kümmert das den Juristen Dr. Pape. Diese große Eile hat natürlich auch einen Grund. Schon lange vorher wurde das Gebahren des 1. Vorsitzenden des Gewerbegerichts kritisiert und vielleicht glaubte Herr Dr. Pape durch die pöbelliche Berichterstattung unseren Genossen die Angriffspunkte zu nehmen. Hierin hatte er sich aber geirrt. Unter atemloser Stille der Gemeindevorsteher hielt Genosse Schmutz eine Anklage, nach der sich Herr Dr. Pape als Vorsitzender eine Handlung habe zuschulden kommen lassen, welche nach § 336 des Strafgesetzbuches zu ahnden ist. § 336 besagt, daß ein Beamter oder Schlichter, welcher bei Entscheidung von Rechtsfällen parteiisch wirkt, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft wird. Ein solcher Fall liege vor und sei die vorgelegte Behörde bereits hieron unterrichtet worden. Nach Schluß der Rede herrschte weiter Ruhe und auf Befragen des Gemeindevorstehers, ob er erwidern wolle, sagte der Angeklagte Dr. Pape: „Nein!“ Das Vertrauen zum stellvertretenden Gemeindevorsteher ist jetzt so weit, daß der Gemeindevorsteher von allen Seiten bestärkt wird, dem Herrn Dr. P. bald dieses und bald jenes Dezernat abzunehmen.

Der Herr muß wirklich glauben, die Einwohner Weißensees sind feiner wegen da, anstatt er der Einwohner wegen. Wenn das so weitergeht, dürfen wir hier noch schöne Dinge erleben.

Wilmerdorf.

Die Stadterwerb von Wilmerdorf wird am 10. Februar den Kreisrat des Teltower Kreises beschäftigen und es ist als sicher anzunehmen, daß der Kreisrat diese wichtige Vorlage bewilligen wird. Der Inhalt der Vorlage ist kurz folgender: Die Gemeinde Wilmerdorf scheidet am 1. April 1907 aus dem Kreisverbande aus und erhält Stadtrechte. Die ziemlich schwerwiegenden Verpflichtungen Wilmerdorfs sind folgende: Es wird keine einmalige Abfindungssumme gezahlt, wie seinerzeit von Kirdorf und Schöneberg. Wilmerdorf hat ein Viertel aller Kreislasten zu tragen und zwar solange, bis alle bis zum 1. April 1907 für Anlagen und Unternehmungen gemachten Kreislasten ge-

tilgt sind; das kann unter Umständen dreißig Jahre dauern. Die Tragung der Kreislasten für die Kreislasten kann die neue Stadt im Jahre 1925, also nach 18 Jahren, durch eine einmalige Zahlung ablösen. Diese Bedingungen sind, zumal bisher Wilmerdorf ein Viertel aller Kreislasten aufbrachte, außerordentlich hart, doch lassen die Finanzkräfte des Kreises eine andere Lösung nicht zu. Ähnliche Bedingungen sollen auch später an Steglitz und Lichterfelde gestellt werden, sodas es für diese Gemeinden, die an Reichtum mit Wilmerdorf nicht wettern können, durchaus nicht vorteilhaft wäre, Stadtrechte zu erwerben, da sie auf lange Zeit an den Kreis dieselben Gelder zu zahlen hätten wie als Landgemeinde, und auch die alten Verpflichtungen weiter tragen müßten, die Selbstverwaltung also nur formell sei. — Die Gegenleistungen des Kreises an Wilmerdorf sind folgende: Der Stadt stehen 25 Proz. der Ueberflüsse des Teltower Kanals zu (arbeitet der Kanal mit Unterbilanz so haften auch Wilmerdorf), der Kreis zahlt der neuen Stadt 322 125 M. als Beteiligung derselben an den Aktiven des Kreises sofort bei der Stadterwerb. Weiter hat die Stadt das Recht, so lange sie Schulnerin des Kreises ist, in den Kreiskrankenhäusern Brig und Lichterfelde 130 Betten zu belegen. Die Stadt dürfte es aber bald vorziehen, ein eigenes Krankenhaus zu bauen und auf das Recht der Belegung der Kreiskrankenhäuser dann gegen eine Abfindungssumme durch den Kreis verzichten. Es ist demnach heute schon bedeutend teurer, Stadt im Teltower Kreise zu werden wie 1890 bei Schöneberg und Kirdorf.

Stralau.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einer weite Kreise der hiesigen Einwohnerschaft angehenden Angelegenheit.

Die Firma The French Asphalt Company London, Filiale Berlin, beabsichtigt, ihre jetzt in Berlin befindliche Fabrik für Stampf- und Gipsabfall nach Stralau auf das Grundstück Alt-Stralau 44/45 zu verlegen. Eine derartige Fabrik erfüllt nicht nur ihre nächste Umgebung, sondern auch, je nach der Windrichtung, den gesamten Ort mit scharfen penetranten Gerüchen. Dieselben sind nach einem Gutachten des Kreisarztes für Personen mit empfindlichen Atmungsorganen durchaus schädlich. Aus diesen Gründen dürfte schon mit Rücksicht auf die Nähe des Schulhauses einer derartigen Anlage die Konzeption zu verweigern sein; aber auch materiell würde Stralau durch die Anlage einer solchen Fabrik geschädigt. 50 Meter von der beabsichtigten Anlage entfernt ist eine neue Straße projektiert. Die an derselben aufgeteiseten Grundstücke würden bedeutend durch die nächste Nachbarschaft einer Asphaltfabrik entwertet. Die Grundbesitzer werden dadurch herabgesetzt und durch ungünstigeren Verlauf der Grundstücksteile die Umsatzsteuer bedeutend zurückgehen. Die Gemeindevertretung beschloß daher, gegen diese Anlage Einspruch zu erheben, und wurde der Gemeindevorstand beauftragt, eine Begründung in obigem Sinne ausgearbeitet. Am 14. Februar findet im Gemeindebureau in Stralau ein Termin statt, um Einsprüche entgegenzunehmen. Die Glasarbeiter, welche in den drei Arbeiterwohnungen Alt-Stralau 46 wohnen, würden die nächsten Nachbarn der beabsichtigten Anlage sein und haben demnach alle Ursache, ihrerseits ebenfalls Einspruch einzulegen.

Zossen.

Unsere für den 21. Januar einberufene Wahlvereinsversammlung verfiel infolge verspäteter Eröffnung derselben der polizeilichen Auflösung. Wie sehr aber dieses Versehen des Vorstandes infolge der polizeilichen Aufmerksamkeit für und agitiert hat, beweisen die 8 Reaufnahmen, welche in der am 31. Januar abgehaltenen Versammlung vollzogen wurden. Trotz aller Schwierigkeiten und Schikanen, gegen welche wir hier zu kämpfen haben, ist die Mitgliederzahl nunmehr auf 92 gestiegen. Das zwar langsame, aber stetige Wachsen unseres Wahlvereins hier am Orte ist den Bürgern höchst unbedauerlich, und es wird alles versucht, uns in unserem Vorwärtsstreben zu behindern. Hier nur ein Beispiel: Zum Schluß des vergangenen Jahres wurde uns der einzige zur Verfügung stehende Saal vom Wirt Schimle gekündigt. Unsere über dieses Lokal verhängte Sperre hat den Wirt aber schnell bekehrt, daß Arbeitergeschloß doch besser sind als unerfüllbare Verpflichtungen anderer Leute. Wie der Vorsitzende in der letzten Versammlung mitteilte, hat uns der Wirt des Lokals nicht Saal wiederum zur Verfügung gestellt. Der Saal soll durch eine öffentliche Demonstration der Gemeindevertretung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht gleichsam aufs neue eingeweiht werden, um so nachzuholen, was uns in Ermangelung eines Saales am 21. Januar nicht möglich war. Für unsere Versammlungen stellte uns während unserer „Obedienzlosigkeit“ der Wirt des Restaurants „Zur Flora“ in Nächst-Neuendorf, Herr Karl, seine Räumlichkeiten bereitwillig zur Verfügung, wofür ihm seitens der Genossen alleseitige Anerkennung ausgesprochen wurde. Ferner ist noch hervorzuheben, daß Zossen zum Zwecke der wirksameren Agitation in vier Bezirke eingeteilt wurde, welchen die Genossen Zibell, Lehmann, Schulz und Dobnusch als Bezirksführer vorziehen. Für Dabendorf übernahm Genosse Engler freiwillig das Amt des Bezirksführers. Die Genossen W. Blümke, Hülsarbeiter und W. Schulz, Zimmermann, mußten wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen werden.

Zühlendorf. (Bez. Nieder-Schönhausen.)

Ende Januar fand die Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Genosse Otto Wegener wurde zum Bezirksleiter, die Genossen Störtes und Doebel zu Revisoren gewählt. Unter Verschiedenem wurde die Gründung eines Arbeitergefangenvereins angeregt; mehrere Genossen sagten ihre Beteiligung zu.

Berliner Nachrichten.

Billetsteuer und — „deutsches Lied“.

Gegen die Billetsteuer, die die Stadt Berlin als Schröpfmittel benutzen will, wenden sich auch die „namhaftesten Gesangsvereine Berlins“. Sie haben dem Magistrat eine Eingabe überreicht, in der sie die Bitte aussprechen, von der geplanten Besteuerung der musikalischen Aufführungen hiesiger Gesangsvereine Abstand zu nehmen. Die Petition ist unterzeichnet von Vorstandsmitgliedern des Berliner Sängerbundes, des Berliner Lehrer-Gesangsvereins, der Berliner Liedertafel, des Märkischen Zentral-Sängerbundes, des Bundes Berliner Männerchöre, der Berliner Sängervereinigung. Die beigegebene Begründung ist so interessant, daß ihre leitenden Gedanken weiteren Kreisen bekannt zu werden verdienen.

Die Herren, die sich da zusammengetan haben, um die drohende Billetsteuer wenigstens von den Ge-

Sängervereine abzuwehren, machen Gründe sozialer, kultureller und ethischer Natur gegen die Vesteuerung ihrer musikalischen Veranstaltungen geltend. Prinzipielle Gegner der Billettssteuer überhaupt scheinen sie nicht zu sein. Sie bemängeln lediglich, daß bei dieser Steuer nicht unterschieden werden soll zwischen Veranstaltungen, die idealen Zwecken dienen, und solchen, die nur Geschäft sind. Nur für die Veranstaltungen mit „idealen“ Zwecken fordern sie Befreiung von der Billettssteuer, und zu ihnen zählen sie in erster Linie die musikalischen Aufführungen der Sängervereine. Klar ist, ob sie schließlich auch hier noch nach dem Schema „Ideal oder Geschäft“ einen Unterschied machen wollen. Wenn ja, so bleiben vermutlich nur ihre eigenen Vereine als die einzigen übrig, die ihnen selber würdevoll erscheinen, von der Billettssteuer befreit zu werden. Denn an die Spitze ihrer Begründung stellen sie ein „Ideal“, das nicht allen Sängervereinen zugewandt dürfte. „Der Zweck der Sängervereine“, so schreiben sie, „besteht darin, das deutsche Lied zu pflegen in der Ueberzeugung, dadurch unserem Volke in kultureller, besonders in nationaler Beziehung zu dienen. Wir Sänger wissen uns darin in Uebereinstimmung mit Sr. Maj. Kaiser Wilhelm II., der die Bedeutung der Pflege des deutschen Liedes, namentlich durch die Männer-Sängervereine, erkannt hat und voll und ganz würdigt.“ Pflege des deutschen Liedes! Das ist ein Programm, das am Ende jeder deutsche Sängerverein unterschreiben könnte — wenn nicht der Begriff „deutsch“ in der Auffassung, die bei den unterschriebenen Vereinigungen gilt, einige höchst unerwünschte Meinungen hätte. Kennzeichnend für die Richtung, in der das „Ideal“ dieser Sangesbrüder liegt, ist ja schon die Berufung auf „Sr. Maj. Kaiser Wilhelm II.“ Daß sie sich mit ihm in Uebereinstimmung wissen, das ist das Erste und Wichtigste, was sie anzuschreiben haben. Was das Herz voll ist, des fließt der Mund über. Oder folgen sie hiermit nur einem Gebot der Klugheit, die an die Spitze stellen heißt, was am meisten Eindruck zu machen verspricht? Bei den engen Beziehungen, die gegenwärtig in Berlin zwischen Rathaus und Königshof bestehen, ist es allerdings nicht unmöglich, daß der Hinweis auf den Kaiser den Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten einschüchtern und zur Besinnung bringt.

Die Sangesbrüder vom „deutschen“ Lied haben noch eine andere Nummer auf ihrer Liste. Sie erzählen: „Durch unsere Zeit geht das Streben, namentlich die unteren Volksschichten mehr für ideale Genüsse empfänglich und sie ihnen durch Verbilligung der Eintrittspreise zugänglicher zu machen.“ Na, gewiß doch! Aber bisher hat man reichlich nur sehr wenig davon gemerkt, daß die unterschriebenen Vereinigungen sich in den Dienst dieser Bestrebungen gestellt hätten. Das Publikum, auf das sie rechnen, gehört nicht zu den „unteren Volksschichten“ und rechnet sich selber nicht zu ihnen. Die Pflege des Liedes in diesen „unteren Volksschichten“ hat man den Arbeitern überlassen, die sich zu eigenen Sängervereinen zusammenschließen mußten, weil in jenen Vereinen der bürgerlichen Klasse kein Platz für sie war. Sie sind übrigens die letzten, die das beklagen möchten; wir begrüßen es sogar mit Befriedigung. Die Arbeiterklasse bedarf nicht der „veredelnden Wirkung“, die von den bürgerlichen Sängervereinen auf sie ausgeübt werden soll, und die in der Petition so sehr gepriesen wird. Die Herren Schwäger von dem deutschen Volkslied, das besonders geeignet sei, das Gemüt zu beleben und zu erheben und ein „Gegengewicht gegen die materialistische Gesinnung“ zu schaffen. Welche Sorte „Volkslied“ sie meinen, das zeigen die Worte: „Wie nicht anders dirgt es in sich die Kraft, in uns, was Standes wir auch seien, das Bewußtsein zu stärken, daß wir eines Stammes sind, und es auflodern zu lassen zu heller Begeisterung und zu selbstentzündendem Opfermut für unser teures Vaterland.“

Auch die Arbeiter-Sängervereine pflegen das deutsche Volkslied, aber mit der Auswahl, die sie treffen, würden sie allerdings weder an Kaisers Geburtstag noch am Sedontage ein stilvolles Programm zusammenstellen können. In künstlerischer Hinsicht sind ihre Leistungen im Laufe der Jahre immer mehr gewachsen. Die Arbeiter-Sänger könnten noch mehr leisten, wenn nicht die ungeliebte Repetition in zahllose kleine Vereine und Vereinchen sie hemmte. Auch die Unterführung der Arbeiterbevölkerung wird ihnen nicht immer so zuteil, wie man sie ihnen wünschen muß. Es läuft noch mancher den Vereinen nach, die sich zwar gleichfalls an die Arbeiterschaft wenden, aber im übrigen sich wenig um die Arbeiterbewegung scheren.

Die Arbeiter-Sängervereine werden, wenn sie öffentliche Sängeraufführungen veranstalten wollen, durch die geplante Billettssteuer noch viel härter getroffen als die Sängervereine der bürgerlichen Klasse. Auch auf die Arbeiter-Sängervereine weist die Petition hin, aber das ist wohl nur dekoratives Beiwerk. Uebrigens könnte der oben erwähnte Vorschlag einer Unterscheidung zwischen „Ideal“ und „Geschäft“ leicht dazu führen, daß jemand auf den Ausweg verfiel, den unbedeutenden Arbeiter-Sängervereinen die künstlerische Berechtigung abzusprechen und ihre Veranstaltungen zum „Geschäft“ zu zählen. Wänden Freund des „deutschen“ Liedes würde das vielleicht mit der Billettssteuer ausüben.

Dem Berliner Magistrat und den Stadtverordneten zur Nachachtung empfohlen. Der Kultusminister hat an die Regierungen und Provinzialschulkollegien einen Erlaß gerichtet, in dem auf eine Beschreibung der Waldschule im „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ hingewiesen wird. Dann heißt es weiter:

„In Hinblick auf die Gefahren, welche in großen Städten und Orten mit vorwiegend industrieller Beschäftigung der Bewohner für eine gesunde Entwicklung der Jugend bestehen, sind alle Veranstaltungen lebhaft zu begrüßen, welche auf eine gesunde geistige Kräftigung der Schuljugend abzielen. Je wirksamer solche Maßnahmen sind, um so nachdrücklicher sind sie zu empfehlen und um so tatkräftiger zu fördern. Unter demselben verdient die Waldschule wegen ihrer eigenartigen Verbindung des gesundheitlichen Zweckes mit dem erzieherischen vorzugsweise Beachtung. Indem ich auf den bezeichneten Erlaß noch ausdrücklich aufmerksam mache, veranlasse ich auf besonderen Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs die königliche Regierung, in geeigneter Weise für die weitere Verbreitung der Darlegung zu sorgen und überall da, wo seitens größerer Städte und Landgemeinden Ihres Bezirkes sich das Bestreben nach Begründung ähnlicher Einrichtungen zeigt, dieses Bestreben möglichst wirksam zu fördern. Ueber etwaige im dortigen Bezirke getroffene Einrichtungen vorbezeichneter Art ist mir zu berichten.“

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist kürzlich ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag auf Einrichtung von Waldschulen abgelehnt worden. Dem Wunsche des Kaisers, das Bestreben nach Errichtung von Waldschulen zu fördern, ist demnach von den königstreuen gesinnigen Preussenen nach Möglichkeit entgegen gewirkt worden.

Wir werden aber wieder kommen mit dem Antrage, vielleicht befinden sich inzwischen die Herren anders.

Eine Jagd auf den Raubmörder Hennig hat gestern morgen in der Schönhauser Vorstadt große Aufregung hervorgerufen. Hennig war gestern von der Polizei gefaßt worden, es gelang ihm aber wieder zu entkommen. Ueber diesen Vorgang werden folgende Mitteilungen verbreitet:

Der Verbrecher wohnte in den letzten Tagen in der Frankfurter Allee. Hier entfernte er sich mit dem Bemerkten, daß er in einer halben Stunde zurückkehren werde, um Kaffee zu trinken. Gestern holte er seinen Koffer und zog zu der Witwe Ranigel in der Chornitzerstraße 54, wo er unter dem Namen eines „Kaufmanns Rudolf Heim“ ein Zimmer mietete. Er behauptete, daß er soeben von Hamburg komme. Außer einem neuen Leberzieher hatte er in einem schwarzen Glanzbeckarton einen Spiegelkassett geblitzten Zylinderhut. Der angeblende Kaufmann aus Hamburg suchte seine Anmeldung bei der Polizei zu verhindern,

indem er der Wirtin vorspiegelte, er wolle unmittelbar, ohne den Hauswirt, nach dem Revierbureau gehen. Der Wirt aber, ein früherer Beamter, ließ sich die Meldebüchlein des Heim zur Unterschrift vorlegen. Der Wirt und die Vermieterin machten nun der Polizei über den verdächtigen Mann Mitteilung. Daraufhin kamen gestern morgen zwei Beamte zu diesem. Er erklärte, daß er keine Ausweis-papiere besitze, zur Feststellung seiner Persönlichkeit aber gern mit nach der Wache gehe. Der Ergriffene wurde zur Wache des 17. Reviers in der Wörtherstr. 1 gebracht; unmittelbar vor der Tür zog er aber seinen Revolver aus der Tasche. Auf der Treppe schlug er einem der Beamten in das Gesicht und schloß dem anderen durch den Hut. Dem Verbrecher gelang es nun zu entkommen. Vor dem Hause Schönhauser Allee 28 schoß Hennig auf einen Briefträger, der ihn verfolgte. Er verfehlte sein Ziel und lief dann in das Haus hinein, um über die Dächer zu entkommen. Im Hause warf er seinen Leberzieher weg, in dem Ausweis-papier auf seinen Namen gefunden wurden. Sofort wurde die gesamte Revierpolizei des Viertels aufgegeben. Alle Häuser zwischen der Schönhauser Allee, der Frankfurter Allee und Wörtherstraße wurden mit zahlreichen Kriminalbeamten besetzt. Tausende von Menschen sammelten sich an, um den Erfolg der gefährlichen Verbrecherjagd abzuwarten. Auf die Mitteilung aus dem Publikum, daß man den Verfolgten nach der Treppenstraße zu über die Dächer habe laufen sehen und daß er wahrscheinlich durch ein Dachfenster nach dem Boden des Hauses Nr. 14 eingestiegen sei, wurde dieses Haus von Revier- und Kriminalbeamten stark besetzt. Das Haus wurde bis in den letzten Winkel abgesehen; dem Verbrecher war es aber bereits längst gelungen, aus dem Hause zu entkommen. Er hatte in aller Gemütsruhe das Haus verlassen, ohne von den Schugleuten daran gehindert zu werden, die das Haus umstellt hatten.

Nachdem es dem Mörder gelungen war, von der Wache des 17. Reviers in der Wörtherstr. 1 zu entkommen, rannte er auf der Flucht stürmisch die Hintertreppe des Hauses Schönhauser Allee 28 hinauf. An einer Wohnungstür im dritten Stock klingelte er, als ob er das Läutewerk hätte abbrechen wollen. Die Frau des Hauses, die die Sicherheitskette vorgelegt hatte, weil sie in den Vorderzimmern wohnte, öffnete, soweit die Kette das zuließ, und fragte nach dem Vergehre des ihr fremden und sehr aufgeregten Menschen. Hennig antwortete barsch, er sei Kriminalbeamter und verlange sofort und unbedingt Einlaß. Zur Bekräftigung seines Verlangens schob er seinen Revolver durch den Türspalt. Die Frau behielt trotz ihrer begreiflichen Angst Geltesgegenwart genug, den Verbrecher irrezuführen. Sie hat ihn, den Revolver aus dem Spalt herauszunehmen, damit sie die Sicherheitskette beseitigen könne, sonst sei es ihr nicht möglich zu öffnen. Hennig ließ sich täuschen, zog den Revolver zurück und in demselben Augenblick slog die Tür wieder in das Schloß. Jetzt stürmte der Verbrecher in den dritten Stock hinauf, klopfte und klingelte aus Leibesträften und verlangte auch hier als Kriminalbeamter, daß man ihm öffne. Als das jedoch nicht geschah, eilte er auf den Boden hinauf und zwängte sich, nachdem er seinen Leberzieher weggeworfen hatte, durch eine enge Luke auf das Dach hinaus. Von hier aus gab er einige Revolver-schüsse auf die mittlerweile nach dem Hof gekommenen Besorger ab. Die Angeln schlugen auf das Pfloster auf, trafen aber niemand. Ueber die Dächer ging der Verbrecher nach der Wörtherstraße hinüber und von dort nach dem Hause Treppenstr. 14. Das ging alles mit einer ungeheuren Geschwindigkeit vor sich. Durch die Dachluke dieses Hauses gelangte Hennig nach dem Boden und lief darauf die Treppe hinunter zu dem im Erdgeschoß wohnenden Schuhmacher Hermann Krause. Mit der größten Anblütigkeit befestigte er hier ein Paar Stiefel, ließ sich Rauch nehmen und pochte ein Paar neue graugrüne Handschuhe an, nahm eine Mütze des Sohnes Krauses, dann die des Meisters selbst und setzte sie mit der Bemerkung auf, eine solche Mütze sei sehr gut zur Arbeit. Ohne daß sich der Meister etwas dabei dachte, zog sich der Kunde sein Jackett an und sprang dann plötzlich durch ein offenstehendes Fenster auf den Hof hinaus.

Unter dessen hatte der Telegraph die Schugmannschaft der ganzen Hauptmannschaft nach dem Wörtherplatz befohlen. Mit der Straßenbahn und Droschken kamen die Beamten angefahren, und so rasch als möglich wurden alle Häuser des Viertels besetzt, Schloffer, Dachdecker und Schornsteinfeger wurden herangeholt, um beim Absuchen zu helfen, der Verbrecher war aber längst über alle Berge. Man suchte das große Haus Treppenstr. 14 bis in jeden Winkel hinein durch, ohne ihn zu finden. Die Wohnungen, die nicht geöffnet wurden, weil sich die Mieter auf Arbeit befanden, ließ die Kriminalpolizei durch Schloffer öffnen. Aber auch hier hatte sich der Flüchtige nicht verdeckt. Trotz der Absperungen war Hennig aus dem Hause entkommen. Auf dem Hofe befindet sich eine Schmiede, in der viele Arbeiter verkehren. Offenbar hat sich Hennig in Hemsbücheln und Hauschuhen unter die Arbeiter gemischt, und es ist ihm gelungen, als „Nachbar“ unbehelligt zu entkommen.

Abends geht uns noch die Nachricht zu, daß der Raubmörder an der Prenzlauer Allee ergriffen und, ohne diesmal zu entspringen, eingekerkert worden ist.

Verhaftung einer fälschlichen Einbrecherbande. Durch die Umsicht eines jungen Hausdieners ist es jetzt endlich der Polizei gelungen, jene gefährliche Einbrecherbande, die schon seit langer Zeit die Geschäftshäuser im äußeren Westen und ganz besonders in Schöneberg heimgehehrt hatten, hinter Schloß und Riegel zu bringen. In einer der letzten Nächte beobachtete der 19-jährige Hausdiener Hermann Junge, der für den Wäckermeider M., Kaiser Friedrichstraße 1, frühmorgens 6 Uhr den Laden, vor dem Laden des Colonialwarenhandlers Paul Sch. in der Stubenrauchstraße 3 drei verdächtige Männer. Kurz darauf vernahm er das Klirren einer zertrümmerten Fensterscheibe. Der junge Mann ließ die Burschen vorläufig ruhig gewähren. Diese hatten es denn auch tatsächlich auf einen Einbruch abgesehen. Sie raubten die Schaufenster aus, welche für etwa 300 M. Waren aller Art enthalten hatten. Dann entfernten sich die Einbrecher mit ihrer Beute und verschwand in einem Hause in der Erdmannstraße. J. hatte sie verfolgt, und jetzt erst holte er einen Schugmann herbei, dem es auch gelang, das Haupt der Verbrechergesellschaft, den 19-jährigen ehemaligen Hausdiener Paul Hornburg, festzunehmen. J. hatte in dem fraglichen Hause, worin bei einer Hausjudung auch ein reiches Diebeslager entdeckt wurde, mit einem jungen Mädchen unangemeldet gemohnt. Auf die Aussagen des Verhafteten hin konnte dann auch bald die Festnahme von vier weiteren Mitgliedern der Bande erfolgen. Es sind alles Burschen im Alter von 18—20 Jahren, welche Schaufenster- und Ladeneinbrüche als „Spezialität“ betreiben. „Mit vereinten Kräften“ und mit einer unglaublichen Dreistigkeit gingen die Burschen, die vor dem Strafgericht ein langes Sündenregister auszugleichen haben werden, in nächstlicher Stunde zu Werke. Die Witwe Sommer, die an der Siegfriedstraße ein Ränderwaren-geschäft betreibt, hat die Bande durch einen Einbruch fast vollständig ruiniert. Die Diebe warteten den Zeitpunkt ab, an welchem das Lager neu gefüllt war und räumten dann den Laden fast völlig aus. Einen Fettel mit der Aufschrift: „Das nächste Mal mehr!“ ließen die freien Gefellen zurück. Weitere erfolgreiche Einbruchsdiebstähle verübte die Bande in der Filiale des Schuhwarenhandlers Franz King, Steinmetzstr. 40a, in dem Damenmülden-Konfektions-geschäft von Salomon in der Hauptstraße, bei S. Josef in der Grunewaldstraße, in dem Warenhaus von W. Josef um. Bei Deutsch u. Schlemmisch am Kaiser Wilhelmplatz brachen die Diebe fünf hintereinander dreimal ein. Uebrigens ist in der Steinmetzstraße ein zweites Diebeslager entdeckt und polizeilich mit Beschlagnahme belegt worden.

Die Freilegung der Nazareth-Kirche nach der östlichen Richtung erfolgt jetzt durch die Anlage einer Zugangsstraße, durch welche die Reindendorferstraße mit der Adols- und Ragstraße verbunden wird. Durch den der Wiesenthal gegenüberliegenden Durchbruch wird eine neue bequeme Verbindung des Wedding-Stadtteils mit dem Humboldthain und dem Brunnenviertel geschaffen.

Die Eisenteile ist in diesem Jahre sehr ungünstig ausgefallen und die bisherige Ausbeute so gering, daß die Eiswerke der Inzeratenteile veranlagt: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Werte vielfach noch nicht zur Hälfte gefüllt sind. Wenn auch noch eine Prosperperiode eintreten sollte, so ist leider doch nur wenig Hoffnung vorhanden, daß auch nur eine Mittelrente erreicht werden könnte, und so wird Berlin im bevorstehenden Sommer wieder auf Eisführung aus Schweden und Norwegen angewiesen sein. Demgemäß dürften die Eispreise sich auch sehr hoch gestalten, umso mehr, als auch die Pachtpreise in diesem Jahre etwas höher sind als in den früheren.

Sam Raubmord in Reindendorf. Der Eiswerkbesitzer Gustav Gordi in Reindendorf, dessen Sohn unter dem Verdacht, die Mutter ermordet und beraubt zu haben, verhaftet worden ist, ist jetzt von der Unschuld des Verdächtigen überzeugt. Wie der 60 Jahre alte Mann, welcher gestern der Leichenschau durch die Gerichts-Kommission beizuhause, angibt, hatte Max Gordi keinerlei Veranlassung, ein derartiges Verbrechen zu verüben. G. war in diesem Winter, und zuletzt noch vor etwa zehn Tagen, seinen Eltern beim Essen behilflich gewesen und hatte auch die übliche Bezahlung hierfür erhalten. Der Vater hatte ihm einen größeren Geldbetrag geben wollen, doch lehnte Max G. die Annahme des Geldes ab mit der Begründung, daß er dessen nicht bedürfte und sein Auskommen habe. Es stand ihm auch frei, in das Geschäft des Vaters einzutreten, doch hatte der junge Mann auch dies abgelehnt, weil er sich ein eigenes Geschäft laufen wollte. Den bereits geschätzten Betrag, bei welchem Max Gordi und dessen Ehefrau, der jetzt Ermordeten, einen Beutel mit 400 M. Inhalt abnahmen, bezeichnet der alte G. als eine durchaus harmlose Sache. Auch er habe dem Vorfall beizugehört, der lediglich scherzhaft aufzufassen war. Dagegen, so behauptet der Eiswerkbesitzer Gordi, habe seine Schwiegertochter schon vorher den Versuch gemacht, die Schwiegermutter zu berauben. Diese hätte im Bette gelegen und gegen ihre Gewohnheit ungewöhnlich fest geschlafen, als die junge Frau G. in dem Zimmer erschienen wäre und versucht hätte, der Schlafenden das Geld unter dem Kopfkissen fortzunehmen. — Trotzdem kommt Martha G. für die Beteiligung an dem Mord nicht mehr in Betracht, nachdem sie einen einwandfreien Alibibeweis gegeben hat. Dies ist jedoch Max Gordi nicht gelungen, der vor allen Dingen noch dadurch belastet wird, daß zwei Bekannte von ihm ihn am Sonnabend nachmittag in Wilhelmstr. gesehen haben wollen. Besonders der eine Zeuge macht in dieser Beziehung sehr bestimmte Angaben und gibt eine genaue Schilderung über den Weg, den G. zurückgelegt haben soll. Dies ist auch nur der einzige Punkt, der gravierend gegen den Verhafteten spricht, da die an seiner Kleidung und dem Taschentuche entdeckten Blutsflecke wohl kaum mit dem Mord in Verbindung gebracht werden können. Die Wichtigkeit der Behauptung G.s, daß er sich am Finger verletzt habe, ist erwiesen und die Wunde auch tatsächlich noch vorhanden.

Von einem Wachtposten angeschossen. Durch einen scharfen Schuß eines Militärpostens wurde in der Nacht zum Sonntag der Dragoner Otto Peters vom 2. Garde-Dragoon-Regiment schwer verwundet. Der junge Mann dient im dritten Jahre und ist Purtsche bei dem Leutnant Freiherrn v. Jellich und Keipe von der 4. Schwadron. Am Sonnabend abend war er ausgegangen. Als er um 1 1/2 Uhr nachts betrumen durch die Wärschstraße nach seiner Kaserne ging, begegnete ihm in deren Nähe ein Sergeant vom Kaiser Franz-Regiment. Diesen begrüßte der Betrunkene nicht. Auf die Frage, warum er den Gruß unterlasse, gab er dem Sergeant einen Faustschlag ins Gesicht. Jetzt nahm ihn der Sergeant fest und brachte ihn nach der nahe gelegenen Wache der Franzer-Kaserne. Hier war Peters sehr widerständig. Deshalb und wegen des schweren Vergehens gegen den Sergeanten sollte der Betrunkene von drei Soldaten der Franzer-Wache nach dem Militärarrest in der General-Papestraße gebracht werden. Nicht vor dem Arrestgebäude schlug Peters einen seiner Transportiere ins Gesicht und entfloß nach dem Tempelhofer Felde. Der Wachtposten des Arrestgebäudes schoß zweimal mit scharfer Munition nach dem Flüchtling und traf diesen so schwer, daß er zusammenbrach. Der Verwundete wurde nach dem Garnisonlazarett II im Tempelhofer gebracht.

Wegen einer Leuchtgasvergiftung wurde am Dienstag die Feuer-wehr nach der Breitenstr. 11 gerufen. Zwei Arbeiterinnen waren schwer erkrankt. Durch Einflößen von Sauerstoff gelang es die beiden Personen wieder herzustellen.

Ein geisteskranker, etwa 45 Jahre alter Mann wurde heute nachmittag im Grunewald, in der Nähe der Station Eichkamp, von Straßenarbeitern angetroffen, als er im Adamskostüm spazieren ging. Als sie ihn fragten, ob er die Kälte nicht fürchte, antwortete er, daß es ihm sehr warm sei, denn er befände sich ja in Südwestafrika. Sie nahmen ihn mit zur Station, gaben ihm warmen Kaffee, außerdem reichlich ihm der Stationsvorsteher warme Kleidung. Dann telephonierte er nach der Rettungswache in der Wilmersdorferstraße in Charlottenburg, von wo den Kranken ein Rettungswagen abholte. Nachdem der Arzt erkannt hatte, daß es sich um einen Geisteskranken handelte, wurde der Kranke nach der Dr. Edelshaus Heilanstalt geschafft. Offenbar handelte es sich um einen Geisteskranken, der aus einer Anstalt entwichen ist. Seine Kleidung konnte nicht gefunden werden.

Personen, die gesehen haben, wie in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar vor dem Hause Greifswalderstraße 214 ein Mann von einem anderen geschlagen und infolgedessen schwer verletzt wurde, werden gebeten, ihre Adressen Marienburgerstr. 27 im Lokal abzugeben.

Im Zirkus Busch wird gegenwärtig eine von Frederic Ireland konstruierte automatische Figur gezeigt, die eine Tätigkeit ausübt, daß man glaubt, ein menschliches Wesen vor sich zu haben. „Quig-marelle“ ist ein mechanisches Kunstwerk, das sechs Fuß hoch ist, 198 Pfund wiegt und aus 385 verschiedenen Stücken zusammen-gesetzt ist. Im Innern der Figur befinden sich sieben Motore, von denen drei durch Federn, die übrigen durch Elektrizität betrieben werden. Die beiden stärksten Motore treiben die unteren Glied-mägen und verursachen die Fortbewegung, ein dritter Motor be-treibt die Bewegungen der Arme und ein vierter sorgt für die Auf-rechterhaltung des Gleichgewichts. Von den durch Federn be-triebenen Motoren reguliert der eine die Bewegungen des Kopfes, ein anderer unterstützt den elektrischen Motor beim Bewegen der Arme und der dritte treibt die Drahtspulen, die sich je nach der wechselnden Lage des Gewichtes auf- und abwinden. Ferner sind in der Figur 14 Akkumulatoren angebracht, die bei 84 Volt Stärke 2700 Ampere die Stunde liefern. Sie geben an die Motore die erforderliche Kraft ab und dienen gleichzeitig zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts. Bemerkenswert sind im Innern der Figur der Rheostat, 18 Triebfedern, einfache Hebel und mehrere anatomische Pressen angebracht. Beim Gehen schiebt sich ein Motor das linke Bein nach vornwärts, und die Figur neigt infolgedessen nach rechts. In diesem Augenblick wird Quecksilber, das als Leiter des elektrischen Stromes dient, an einen Hebel geschleudert. Ein elektrischer Kontakt wird hergestellt und dadurch der entsprechende Motor in Bewegung gesetzt, der die Gewichte rasch wieder so ver-teilt, daß das Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Dann wird der rechte Fuß vorgehoben und es vollzieht sich auf der rechten Seite derselbe Prozeß, wie vorher auf der linken, und so schiebt die Figur Schritt für Schritt vorwärts. Die Figur schreibt auch ihren eigenen Namen. Zu diesem Zweck ist ein magnetischer Apparat in der rechten Schulter angebracht. Er besteht aus starken Magneten in Form der Buchstaben, aus denen das Wort „Quig-marelle“ zusammengesetzt ist. Der Arm sieht in Kontakt mit den Magneten. Wird der Strom eingeschaltet, so läßt ihn ein automati-scher Kontrollapparat langsam die Magnete passieren, der Arm wird gebogen zur Tafel hingezogen und malt die Striche der Buch-staben, wobei ein im Vorderraum angebrachter Federmotor den entsprechenden Druck liefert. Zum Schluß unternimmt die Figur gar eine kleine Partie auf dem Zweirad. Die eigenartige Vor-führung fand beim Publikum großen Beifall, und mit Interesse warf man einen Blick in das Innere der Figur, die von ihrem Besitzer geöffnet wurde.